Donnerstag, 23. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 143 - 25.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 90 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kohl: Keine Stationierung vor 15. November

AP/rtr, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern im Kabinett versichert, daß vor dem vorgesehenen Ende der Genfer amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Begrenzung der Zahl der atomaren Mittelstreckenwaffen am 15. November keine neuen Raketen in der Bundesrepublik Deutschland stationiert würden. Kohl wies damit Befürchtungen der Opposition als unbegründet zurück, daß bereits während der Genfer Verhandlungen neue Waffen aufgestellt werden könnten, und bestätigte entsprechende Erklärungen von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner. Wie Regierungssprecher Peter Boenisch mitteilte, kündigte der Kanzler in diesem Zusammenhang vor dem Kabinett an, daß er vor einer eventuellen Stationierung eine Erklärung im Bundestag abgeben werde. Damit werde das Parlament Gelegenheit zu einer Debatte haben. Dementsprechend lehnte die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP gestern im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages einen Antrag der SPD ab, eine Entscheidung des Parlaments vor einer Raketenstationierung in der Bundesrepublik herbeizuführen.

Ostblock-Gipfel möglicherweise noch im Juni

rtr/AFP, **Moskau**

Die Parteichefs der Warschauer-Pakt-Staaten wollen nach Informationen aus Osteuropa Ende Juni zu einem Gipfeltreffen in Moskau zusammenkommen, das sich in erster Linie mit der Reaktion auf eine mögliche Raketenstationierung der NATO beschäftigen soll. Die Konferenz soll am 28. Juni beginnen und zwei Tage dauern. Ein vollständiges Programm ist aber offenbar noch nicht festgelegt worden. Auf der Tagesordnung steht jedoch nach diesen Informationen auch eine Antwort auf die Beschlüsse der westlichen Industrienationen in Williamsburg. Von seiten des Moskauer Außenministeriums hieß es bislang auf Anfrage, es sei nichts über ein derartiges Treffen bekannt. Als einziges Hindernis für das Moskauer Treffen sehen osteuropäische Beobachter ein Zögern Rumäniens, das sich in einigen außenpolitischen Fragen – einschließlich der Atomstrategie – kritisch über seine Bündnispartner geäußert hat. Die Sowjetunion hatte die NATO Ende Mai warnend darauf hingewiesen, daß sie auf die Realisierung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses mit der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Ländern des Warschauer Pakts reagieren werde.

ZITAT DES TAGES



»Die Rückkehrhilfe ist für beide Seiten von Vorteil: Unser Arbeitsmarkt wird entlastet und für die Heimatländer ist sie ein Stück Entwicklungshilfe«

Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister, zur WELT FOTO: WERNER SCHÜRING

Kohle und Kernenergie

hy. **Düsseldorf**

Zum ersten Mal seit fünf Jahren hat die SPD-Mehrheitsfraktion im Düsseldorfer Landtag in einer gemeinsamen Erklärung mit der CDU einen Verbund von Kohle und Kernenergie ausdrücklich anerkannt. Auf Anregung der Opposition verabschiedeten der Landtag gestern eine Entschließung zur Kohlepolitik, in der es heißt, das Parlament sehe „auch im Verbund mit der Kernenergie (Kohleveredelung) einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung der Kohle-Politik".

Bonn hilft Kairo

Co. **Bonn**

Bundesaußenminister Genscher hat seinem ägyptischen Amtskollegen Kamal Hassan Ali zugesagt, Bonn wolle die Nahost-Politik Kairos auch künftig unterstützen und die beiderseitigen Beziehungen in allen Bereichen ausbauen. „Mit Ihnen hoffen wir, daß sich die Kräfte der Mäßigung und Vernunft auf allen Seiten im Nahen Osten durchsetzen werden", sagte Genscher bei einem Abendessen für den Ägypter, der gestern zu einem dreitägigen Besuch in der Bundesrepublik eingetroffen war.

Strauß für Verkauf?

SAD, **Jerusalem**

Die Tel Aviver Zeitung „Ma'Ariv" berichtet, der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß dränge Bundeskanzler Kohl, den Verkauf von Leopard-2-Panzern an Saudi-Arabien zu genehmigen. Gemeinsam mit Bundesinnenminister Zimmermann vertrete Strauß die Ansicht, eine Regelung mit Israel könnte sich in Form einer Kompensation zustande bringen lassen. Israel hingegen widersetze sich dem geplanten Geschäft nach wie vor und wolle nichts von einer Entschädigung wissen. „Ma'Ariv" beruft sich auf „verläßliche Berichte".

Auch für Freiberufler

HH. **Bonn**

Vor allem Freiberufler sowie kleine und mittlere Unternehmen sollen von den Änderungen profitieren, die noch in letzter Minute am Entwurf des Steuerentlastungsgesetzes 1984 vorgenommen werden sollen, bevor das Kabinett ihn am 29. Juni verabschiedet. Danach wird auch für Freiberufler – und nicht nur für Gewerbetreibende – die Vermögensteuer gesenkt. Seite 9

WIRTSCHAFT

Konjunktur-Prognosen

DW. **Bonn**

Zuversichtliche Konjunkturprognosen wurden gestern für die Bundesrepublik Deutschland und die USA veröffentlicht. Die Deutsche Bundesbank kommt in ihrem jüngsten Monatsbericht zu dem Schluß, daß die konjunkturellen Auftriebskräfte in der deutschen Wirtschaft die Oberhand gewonnen hätten. Getragen werde die Belebung vom Verbrauch, die fehlende ausländische Nachfrage sei ein Handikap. Als weitere Schwachstelle wird die unzureichende Investitionsbereitschaft genannt. Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin vertritt die Auffassung, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine konjunkturelle Erholung begonnen habe.

Seiten 9, 10

Auto-Rekord

AP, **Flensburg**

Mit 294 260 Fahrzeugen sind im Mai dieses Jahres 15,9 Prozent mehr neue Kraftfahrzeuge auf die deutschen Straßen gerollt als im gleichen Monat 1982. Nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes wurde damit das zweithöchste „Mai-Ergebnis" in der deutschen Automobilgeschichte erreicht.

Aktien fester

DW. **Frankfurt**

Die deutschen Aktienmärkte tendierten zur Wochenmitte deutlich fester. Besonders fest tendierte die Mercedes-Aktie (plus 22 Mark). Auch Elektropapiere zogen an. An den Rentenmärkten hat sich die Stimmung deutlich gebessert. WELT-Aktienindex 139,0 (138,3); Dollarmittelkurs 2,5228 (2,5530) Mark; Goldpreis je Feinunze 420,50 (414,75) Dollar.

WETTER

Sommerlich

DW. **Essen**

Im Süden und Westen noch örtlich Gewitterschauer. Im Norden und Osten trocken und sonnig. Tagestemperaturen zwischen 23 und 26 Grad. In der Nacht 12 bis 17 Grad. In Gewitternähe böiger, sonst schwacher Wind.

Heute in der WELT

Überraschungsangriff auf Kabul, Mudschahedin in der Offensive

Widerstandskämpfer setzen jetzt auch Raketen gegen Sowjets ein

WALTER H. RUEB, **Bonn**

Die afghanischen Widerstandskämpfer haben eine Offensive gegen Kabul und seine Umgebung begonnen, die von diplomatischen Beobachtern als die schwerste seit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen im Dezember 1979 bezeichnet wird.

In der Hauptstadt konzentrierten sich die vor zehn Tagen eingeleiteten Angriffe der Mudschahedin auf die Stadtteile, in denen sich das Hauptquartier der Roten Armee sowie Kasernen, Wohnviertel und Botschaft der Sowjets befinden. Auch das afghanische Verteidigungsministerium sowie der Militärflughafen wurden angegriffen. Nach Angaben von Angehörigen des afghanischen Widerstands in der Bundesrepublik Deutschland sind die Mudschahedin seit neuestem mit Boden-Luft-Raketen ausgerüstet. Sie verfügen damit erstmals über eine Waffe gegen die bisher fast unverwundbaren sowjetischen Hubschrauber.

Über die Herkunft der neue Waffen äußerten sich die Informanten zurückhaltend. „Viele der Waffen wurden auf dem Weltmarkt gekauft, andere wurden von den Sowjets erbeutet", sagte ein prominentes Mitglied des afghanischen Widerstands. Die Frage, ob die USA nach wie vor an ihrer Weigerung festhielten, den Mudschahedin Raketen und andere Waffen für den Kampf gegen Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge zu liefern, wurde mit dem Hinweis auf sowjetische Behauptungen beantwortet, die USA hätten in jüngster Zeit begonnen, die Verhandlungen unter UNO-Führung über Afghanistan mittels massiver Waffenhilfe an die Guerrilla zu sabotieren.

Die Verhandlungen in Genf zwischen der UNO, dem kommunistischen Regime in Kabul und Pakistan sind nach Angaben mehrerer Informanten auch der Grund für die Offensive der Guerrilla: Die afghanischen Freiheitskämpfer wollen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstreichen, daß sie eine Verhandlungslösung über ihre Köpfe hinweg nicht hinzunehmen bereit sind.

Zur Unterstützung der militärischen Aktionen in der Hauptstadt entfesselten die Mudschahedin südlich von Kabul im Tal der Logar bis nach Baraki eine parallel angelegte Offensive gegen hier stationierte sowjetische Truppen und Regierungseinheiten. Auch in Paghman westlich von Kabul herrscht seit Tagen rege Kampftätigkeit.

Nach Angaben unterrichteter Kreise wurden Widerstandskämpfer aus mehreren Regionen Afghanistans zusammengezogen. Die Feuerkraft der Angreifer war angeblich so stark, daß Hunderte von Angehörigen der afghanischen Regierungstruppen zur Guerrilla überliefen.

Die Offensive der Mudschahedin hat die Sowjets total überrascht: sie fiel zeitlich ziemlich genau mit dem Beginn des Fastenmonats Ramadan zusammen. Bisher hatten die Sowjets am Hindukusch die Erfahrung gemacht, daß ihre strenggläubigen muselmanischen Gegner während des Ramadan eher zurückhaltend agieren.

DER KOMMENTAR

Falle am Hindukusch

JÜRGEN LIMINSKI

Was die westliche Medienwelt nicht sieht, findet in den Köpfen ihrer freiheitsgewohnten Menschen nicht statt. So ist es bei vielen Kriegsschauplätzen, an deren Rand das Kamera-Auge der Journalisten fehlt. Man weiß um das ferne Gewühl, der Schlachtenlärm jedoch dringt nur verhalten herüber. Das gilt in besonderem Maße für Afghanistan. Dort ringen seit dem Einmarsch der Sowjets die Mudjahedin um ihre Freiheit und die ihres Landes. Ihr Kampf drohte ebenso in Vergessenheit zu geraten wie der Völkermord, den die Rote Armee dort seit drei Jahren verübt. Wenn Polybios' Wort stimmt, daß Geschichtsschreibung ohne Wahrheit wie ein Gesicht ohne Augen ist, dann taumelte der hochtechnologisierte Westen in Sachen Afghanistan seit drei Jahren fast erblindet durch die Welt.

Diese Unschärfe war immer ein Vorteil der Sowjets. Ihr geschlossenes totalitäres System läßt sich nicht in die Karten blicken, redet aber dennoch über Afghanistan – zu unserem Hausgebrauch sozusagen. In Genf wird so über Afghanistan verhandelt, ohne die Betroffenen. Jetzt aber haben die Freiheitskämpfer eine Initiative ergriffen, die fast mediengerecht das Schweigen durchbricht. Ihr gezielter Schlag auf Kabul soll die Verhandler am grünen Tisch von Genf beeindrucken. Ohne die Freiheitskämpfer wird eine Lösung, wie sie auch aussehen mag, ein Stück Wort- und Medienfassade bleiben, in all den Sprachen, die die UNO als amtlich bezeichnet.

Die Sowjets sind Legitimisten. Selbst den Einmarsch nach Afghanistan haben sie vor der Welt mit groben, rasch zusammengezimmerten Rechtsklauseln zu rechtfertigen versucht. Ihnen liegt daran, im Rükken der Freiheitskämpfer über den Satrapen Karmal zu einer Übereinkunft mit Pakistan und mit der Weltorganisation von New York zu gelangen. Daß diese Übereinkunft den Interessen des afghanischen Volkes nicht entsprechen wird, bedarf nun keiner Erklärung mehr. Das Volk gibt durch die Hand der Freiheitskämpfer sein Votum ab.

Moderne Waffensysteme haben die Mudjahedin über Nacht zu einem gefürchteten Gegner der Roten Armee gemacht. Für die Sowjets ist damit unvermittelt die Fußangel am Hindukusch zugeschnappt. Es wird schwierig sein für den Kreml, das vor der Welt weiter zu verschweigen.

Papst appelliert an Vaterlandsliebe

Kampf gegen „willkürliche Beherrschung" gefordert / Kritik von polnischer Regierung

DW. **Krakau**

Papst Johannes Paul II. hat die polnische Bevölkerung ermutigt, sich gegen jegliche „willkürliche Beherrschung" zur Wehr zu setzen. Das Oberhaupt der katholischen Kirche nahm in Krakau die Seligsprechung seiner Landsleute Rafal Kalinowski und Albert Chmielowski zum Anlaß seines Appells. Kalinowski und Chmielowski hatten beide 1863 im damals unter russischer Herrschaft stehenden Teil Polens am Aufstand gegen die Zarenmacht teilgenommen. Der eine wurde nach Sibirien verbannt, der andere schwer verwundet. Beide traten später in Mönchsorden ein.

Vor zwei Millionen Menschen würdigte der Papst die „heldenhafte Vaterlandsliebe" der neuen Seligen. Durch ihr Beispiel seien alle Polen zum „Sieg" aufgefordert. Und Johannes Paul II. fügte hinzu: „Die Nation als besondere menschliche Gemeinschaft ist zum Sieg aufgerufen."

Die Erhebung von Kalinowski und Chmielowski zu Ehren der Altäre sei „das Zeichen dieser Kraft, die mächtiger ist als jede menschliche Schwäche und noch so schwierige Situationen, die Anmaßung der willkürlichen Macht dabei nicht ausgeschlossen. Ich fordere euch auf, diese Schwächen, diese Sünden, diese Untugenden beim Namen zu nennen, sie unablässig zu bekämpfen und nicht zuzulassen, von der Welle der Unmoral und der Gleichgültigkeit verschlungen zu werden".

Die Zuhörer sahen in diesen Äußerungen deutliche Anspielungen auf die gegenwärtige politische Situation im Lande und begleiteten die entsprechenden Stellen mit brausendem Beifall. Zum Abschluß der Messe wandte sich der Papst von Krakau, seinem ehemaligen Bischofssitz aus, noch einmal an den mitreisenden Berliner Bischof Joachim Kardinal Meisner. Er bat Meisner, den „Ausdruck der christlichen Einheit zu unseren Nachbarn in Berlin und in ganz Deutschland" zu bringen. Für den späten Nachmittag stand die Weihe einer neuen Kirche in dem Krakauer Industrievorort Nova Huta auf dem Programm des Papstes.

SEITE 3:
Sonderthema Papst-Besuch

Ähnlich wie in Breslau am Dienstag kam es gestern auch in Krakau zu Demonstrationen für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität". Als die Hunderttausende von Teilnehmern an der Papst-Messe zur Stadt zurückströmten, marschierten in der Mitte der Menge mehrere tausend junge Polen mit „Solidarnosc"-Fahnen. Sie riefen: „Kommt mit uns, heute schlagen sie nicht." Diese Rufe fanden jedoch bei der überwiegenden Mehrheit der unübersehbaren Menge wenig Echo. Ein Hubschrauber der Polizei kreiste über den Menschen, seine Besatzung forderte die Demonstranten auf, auseinanderzugehen. Später bildeten sich mehrere Marschsäulen. Immer wieder erschollen Rufe wie „Lech Walesa", „Dies ist eine friedliche Demonstration", „Es gibt keine Freiheit ohne Solidarität". Bereits kurz nach Beendigung der Messe in Krakau hatten Teilnehmer vor dem Altar 20 bis 30 „Solidarität"-Transparente entrollt.

● Fortsetzung Seite 5

Thronrede bekräftigt Thatchers Kurs

FRITZ WIRTH, **London**

Die Regierung Thatcher bleibt auf ihrem politischen Kurs. Das geht aus der Regierungserklärung hervor, die gestern mit dem altvertrauten prunkvollen Ritual von der Königin im Oberhaus verlesen wurde. Die Bekämpfung der Inflation und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit sind nach wie vor die Prioritäten in der Wirtschaftspolitik der Regierung, die seit der Wahl mit einer Mehrheit von 144 Stimmen im Unterhaus keine Schwierigkeiten hat, ihr Programm durchzusetzen.

Die Thronrede bekräftigt die Entschlossenheit Großbritanniens, seine Rolle als unabhängige Nuklearmacht weiter zu spielen und sein Nuklearsystem durch die Umrüstung auf das Trident-Programm weiter zu modernisieren. Zugleich betonte die Regierung, daß sie fest zum Nachrüstungsbeschluß der NATO stehe und gegen Ende dieses Jahres mit der Stationierung amerikanischer Marschflugkörper in Großbritannien beginnen werde.

Bemerkenswert war, daß im außenpolitischen Teil der Rede zum ersten Mal das Hongkong-Problem erwähnt wurde. Die britische Regierung kündigte an, daß sie ihre Gespräche in dieser Frage mit der Regierung in Peking fortsetzen werde.

Innenpolitisch wird sich die Regierung zunächst darauf konzentrieren, jenes Programm fortzusetzen, das durch die plötzlich angesetzten Neuwahlen unterbrochen wurde. Im Mittelpunkt der kommenden Legislaturperiode steht die von der Regierung beabsichtigte Gewerkschaftsreform.

Seite 6: Reform erst im Herbst

Vor dem Streik in Chile neue Verhaftungen

dpa/rtr, **Santiago**

Kurz vor dem heute in Chile beginnenden unbefristeten Generalstreik gegen die Politik der Regierung von General Pinochet sind gestern der Vorsitzende des 70 000 Mitglieder zählenden Verbandes der Frachttransporteure des Landes, Adolfo Quinteros, und der Chef der Gaststättenarbeitergewerkschaft, Manuel Caro, verhaftet worden. Quinteros hatte den Aufruf des Gewerkschaftsdachverbandes „Nationalkommando der Arbeiter" (CNT) zum Generalstreik verkündet.

Weitere Haftbefehle ergingen gegen die Führer des Verbandes der Steuerbeamten, Hernol Flores, und der Angestelltengewerkschaft, Federico Mujica, gegen den früheren christdemokratischen Senator Jorge Lavandero und zwei führende CNT-Mitglieder. Dem bereits verhafteten CNT-Führer Rodolfo Seguel und den anderen Gewerkschaftern wird Verstoß gegen das Gesetz für innere Sicherheit vorgeworfen.

Vor einer für Mittwoch angesetzten Kabinettssitzung hat General Pinochet hartes Vorgehen gegen Oppositionelle angedroht.

Nach Angaben des Ministers sollen rund 150 im Exil lebende Oppositionelle wieder ins Land gelassen werden. Unter ihnen befänden sich der führende Christdemokrat Andres Zaldivar, der ehemalige Innenminister Carlos Briones aus dem Kabinett des 1973 gestürzten Präsidenten Allende sowie Margarita Morel Gumucio, die Witwe des früheren Außenministers Orlando Letelier, der 1976 im Washingtoner Exil durch eine Autobombe ermordet wurde.

Seite 2: Wem die Stunde schlägt

Prag: Spontane Demonstration für Freiheit

DW. **Prag**

Am Rande der von offiziellen tschechoslowakischen Stellen organisierten „Weltversammlung für Frieden und Leben, gegen den Atomkrieg" in Prag ist es am Dienstagabend zu einer spontanen Demonstration von Jugendlichen für die Freiheit gekommen.

Nach der Großkundgebung auf dem Wenzelsplatz, an der nach amtlichen Angaben über hunderttausend Menschen teilnahmen, marschierten etwa 200 bis 300 Jugendliche durch die Prager Innenstadt und riefen: „Wir wollen Freiheit." Die Polizei löste die spontane Kundgebung unter Einsatz von Schlagstöcken auf.

Nach Berichten von Augenzeugen wurden sechs Personen festgenommen. Die Demonstranten hatten auf der offiziellen Veranstaltung die Ansprachen der Sprecher durch Singen und Händeklatschen gestört. Anschließend hatten sie sich aus der Masse der Kundgebungsteilnehmer gelöst und waren vom Wenzels-Platz in die Altstadt Prags gezogen, wo sie dem offiziell angeordneten Slogan „Wir wollen den Frieden" durch die Worte „und die Freiheit" ergänzten. Als sich der Protestmarsch von der offiziellen Kundgebung entfernt hatte, griff die Polizei ein, löste die Ansammlung gewaltsam auf und verhaftete mehrere Teilnehmer.

Seite 2: Frieden, nix Freiheit

„Berlin bleibt der Test"

Regierender Bürgermeister von Weizsäcker bei Reagan

D. SCHULZ, **Washington**

Der Berliner Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker hat bei seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und dem Vizepräsidenten George Bush Verständnis dafür gefunden, „daß wir von Berlin aus weder auf die Verteidigungsbereitschaft noch darauf verzichten können, auf der Grundlage einer festen eigenen Verteidigungsbereitschaft mit den politischen Zentren im Warschauer Pakt zu sprechen, zu verhandeln und die Beziehungen zugunsten der Menschen so gut es geht zu verbessern".

Von Weizsäcker war bereits kurz nach seiner Ankunft in Washington zu einem 20minütigen Gespräch im Weißen Haus von Präsident Reagan empfangen worden. Wie der Bürgermeister sagte, laute die Botschaft, die er von Berlin aus seinen amerikanischen Gesprächspartnern während des viertägigen Besuches übermitteln wolle, die Freiheit zu schützen und Brücken in den anderen Teil des europäischen Kontinents zu schlagen. Sowohl Reagan als auch Bush hätten sich ausführlich nach der Situation in der Stadt erkundigt, die sie beide vor kurzem besucht hatten. Schon in diesen ersten Gesprächen habe er erfahren können, daß man sich in Washington sehr für die innere Lage und die Lebenskraft Berlins interessiere. In seiner geopolitischen Lage sei Berlin unverändert ein Test für die Ost-West-Beziehungen.

In dem Gespräch mit Reagan sei neben den aktuellen Berlin-Fragen auch das Thema der Genfer Abrüstungsverhandlungen zur Sprache gekommen. Von Weizsäcker betonte mit allem Nachdruck, er sei davon überzeugt, daß die amerikanische Regierung in Genf ernsthaft verhandle. Die Gespräche dort seien nicht „nur ein Schaugeschäft". Der Sowjetunion dürfe „gegenüber den Amerikanern nicht zugestanden werden, daß sie auf europäischem Boden ein Monopol in einem sehr entscheidenden Sektor, nämlich im Bereich der Mittelstreckenraketen, besitzt".

Der NATO-Nachrüstungsbeschluß müsse, wenn er von den verfassungsrechtlich zuständigen Organen getroffen worden sei, auch durchgesetzt werden. Zunächst einmal gehe es darum, die Möglichkeiten für ein Verhandlungsergebnis in Genf auszuloten. Von Weizsäcker betonte, daß in diesem Sinne auch seine Gespräche mit Reagan und Bush geführt worden seien.

Der Regierende Bürgermeister wird heute in Washington noch mit führenden Vertretern des Kongresses und hohen Beamten des amerikanischen Außen- und Verteidigungsministeriums zusammentreffen. (SAD)

Bush: Wir haben gemeinsame Werte

SAD/dpa, **Washington**

US-Vizepräsident George Bush, der am 25. Juni in Krefeld gemeinsam mit Bundeskanzler Helmut Kohl an den offiziellen Feiern zum 300. Jahrestag der Auswanderung der ersten Deutschen nach Amerika teilnimmt, hat am Dienstag in Washington den Beitrag der Deutschen am Aufbau der USA hervorgehoben. Vor Journalisten erklärte Bush, dieses Jubiläum mit seiner „positiven, erfreulichen Bedeutung" sei der Hauptanlaß für seine zweite Europa-Reise innerhalb von sechs Monaten, die ihn nach Großbritannien, Irland sowie nach Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden führen wird.

Bush sagte, die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdienten „großen Respekt". Er betonte die gemeinsamen Werte der Demokratie und der Freiheit. Der Vizepräsident: Er sei froh, in Krefeld an den Feiern zur Erinnerung an ein Ereignis teilnehmen zu können, das von lebenswichtiger Bedeutung für die Entwicklung der Vereinigten Staaten werden sollte: den Aufbruch der ersten Deutschen, die in Amerika eine neue Heimat suchten. Im Gegensatz zu seinem Besuch im Januar werde er diesmal auf deutschem Boden weniger über Raketen sprechen und mehr über die „allgemeinen Werte, die wir mit den Deutschen teilen".

Bush: „Alle Werte, die wir in den Vereinigten Staaten hochschätzen, sehen wir heute in Deutschland." Die Deutschen, die nach Amerika gekommen seien, hätten mitgeholfen, das Land aufzubauen, sie hatten Amerika große Führerpersönlichkeiten gegeben. Sie hatten ihre Arbeitsethik mitgebracht, die bis auf den heutigen Tag ihren Einfluß ausübe.

Dem Raketenthema will der amerikanische Vizepräsident jedoch nicht aus dem Wege gehen. Er sagte, er unternehme die Reise nach Europa auch, um den Europäern nahezubringen, wie sehr Präsident Reagan, wie sehr die amerikanische Regierung sich verpflichtet fühlen, auf eine Verringerung der Rüstungen hinzuwirken. Begegnungen mit Vertretern der europäischen Friedensbewegung stünden zwar nicht auf dem Programm, doch wenn jemand in Europa glaube, daß es hilfreich wäre, wenn er, Bush, auch Gespräche mit den Gegnern der Nachrüstung führe, so sei er durchaus bereit, das zu tun.

Seine Europa-Reise sei auch ein Ausdruck dafür, daß Washington die Freundschaft seiner Verbündeten nicht für selbstverständlich halte, erklärte Bush. Die Beziehungen zu Freunden wollen gepflegt sein.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der sprudelnde Quell

Von Peter Gillies

Es ist allemal mißlich, wenn sich Institutionen aus einer Kasse bedienen, die von anderen gespeist wird. So läuft das Gezerre über die künftige Parteienfinanzierung auf die Glaubwürdigkeit der Parteien, auf ihre politische Moral hinaus.

Warum jetzt die Diskussion über mehr Geld für die Parteien, wo doch dieselben Parteien den Bürgern immer mehr Opfer zumuten? Anstoß für das Thema kann und darf es nicht sein, daß Parteizentralen mit ihrem Geld nicht auskommen und die Finanzpleite vor Augen haben.

Anlaß einer Reform sind vielmehr die „Umwegfinanzierungen", wie sie verharmlosend genannt werden. Hier muß der Gesetzgeber Klarheit schaffen, ohne freilich schwebende Verfahren zu „amnestieren". Zu leicht geht den Parteien die Forderung nach einer Erhöhung der Wahlkampfpauschale von 3,50 auf fünf Mark über die Lippen. Das Argument der Geldentwertung zieht deshalb nicht, weil wir keine Indexierung haben und der gleiche Fiskus ungerührt zusieht, wie steuerliche Freibeträge mitunter seit den fünfziger Jahren unverändert sind, also die Inflation diese Vorteile auszehrt.

Für Parteien zu spenden ist nicht unschicklich oder klebrig, sondern erwünscht. Aber der Vorgang muß aus dem Zwielicht heraus. Dabei ist keine Regelung möglich, die darüber hinwegzutäuschen vermöchte, daß nur der etwas spendet, der etwas „übrig" hat.

Alle Reformer sollten aber die Verfassung bedenken. Schon jetzt sind die Parteien in so bedenkliche Nähe der Staatsfinanzierung gerückt, daß man Verfassungsklagen in Karlsruhe gute Aussichten einräumt. In ihrem eigenen (und unserem Interesse) müssen sie Distanz zur Staatsbürokratie halten. Und zur Staatskasse. Der Staat ist kein Selbstbedienungsladen, und am Ende braucht man das viele Geld nur noch für Imagepflege, um den schlimmen Eindruck zu verwischen, den die Beschaffung eben dieses Geldes gemacht hat.

Politisch verrückt

Von Herbert Kremp

Von der russischen Seele ist viel die Rede, von den psychiatrischen Kliniken in der Sowjetunion weniger. Dabei sind diese sehr gut belegt infolge einer besonderen, außerhalb des kommunistischen Bereichs unbekannten Form des Irreseins. Als verrückt gilt nämlich in der Sowjetunion unter anderem derjenige, der eine vom offiziellen Kurs abweichende politische Meinung vertritt. Das macht anstaltsreif.

Dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Zu den prominenten gehört Generalmajor Pjotr Grigorenko, zu den jüngsten der Kommentator von Radio Moskau, Wladimir Dantschew.

Grigorenko, nach dem Kriege Leiter des Kybernetischen Instituts der Frunse-Militärakademie, protestierte öffentlich gegen den neuen Personenkult um Chruschtschow und später gegen den Einmarsch Breschnews in die Tschechoslowakei. Für dieses unfaßbare Verhalten wurde er auf typisch sowjetische Weise bestraft: zuerst degradiert, dann an die chinesische Grenze abkommandiert, dann in die psychiatrische Anstalt gesteckt, das erstemal für vierzehn Monate, das zweitemal gleich für fünf Jahre. Schließlich erhielt er ein Ausreisevisum für die USA. Dort erreichte ihn die Nachricht, daß der Oberste Sowjet ihm die Staatsbürgerschaft entzogen habe.

So weit ist es mit Wladimir Dantschew noch nicht. Seine Verfehlung besteht darin, daß er unfaßlicherweise im Auslandsdienst von Radio Moskau fünfmal die sowjetische Invasion in Afghanistan verurteilt hat. Er wurde sofort entlassen und in seiner Heimatstadt Taschkent in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Was man dort erlebt, hat Grigorenko geschildert: In sorgfältiger Behandlung wird das Gehirn gewaschen, das Schuldbewußtsein zielausgerichtet, der Mensch entwürdigt.

Wer im Westen die eigene Regierung kritisiert, sei es wegen Vietnam oder der Raketen, kommt nicht in die Irrenanstalt. Er kommt vielmehr in seiner Sendeanstalt zu hohen Ehren und wird wegen „Engagements" mit Preisen ausgezeichnet. Das ist der Unterschied der Welten.

Frieden, nix Freiheit

Von Carl Gustaf Ströhm

Die „Weltkonferenz für Frieden und gegen den Atomkrieg" in Prag wurde allen unabhängigen Friedensgruppen aus Osteuropa verschlossen. Weder die Jenaer Friedensgruppen aus der „DDR" noch die tschechoslowakische „Charta 77" wurde zugelassen. Den Anhängern der tschechischen Menschenrechtsbewegung wurde sogar „nahegelegt", für die Dauer der Konferenz die Hauptstadt zu verlassen. Man wollte offenbar keine unerwünschten Kontakte zwischen westlichen und nicht regimegebundenen tschechischen Friedensanhängern.

Dennoch hat die Prager Veranstaltung nicht so funktioniert, wie die Organisatoren sich das vorstellten. Bei einer amtlichen „Friedensdemonstration gegen den Atomkrieg" begann eine Gruppe von Jugendlichen in Prag plötzlich aufmüpfige Lieder zu singen. Den von „oben" amtlich vorgeschriebenen Demonstrationsruf „Wir wollen Frieden" ergänzten sie durch die Parole „Wir wollen Frieden und Freiheit". Die tschechoslowakische Polizei nahm eine Anzahl dieser nicht zugelassenen Friedensfreunde fest – worauf andere junge Leute vor dem Prager Polizeipräsidium die Freilassung ihrer Kameraden forderten.

Was als kommunistisches Friedensspektakel zur Verwirrung naiver westlicher Gemüter gedacht war, ist also den tschechischen Kommunisten fehlgeschlagen. Wer ein wirklicher Pazifist ist und nicht nur „Frieden", sondern auch noch „Freiheit" ruft, wer darüber hinaus nicht nur amerikanische, sondern auch sowjetische Raketen zählen will, muß in der Tschechoslowakei mit Verhaftung rechnen. Die westlichen Friedensanhänger, die größtenteils immer noch nach der schlauen Eppler-Bahr-Parole argumentieren: „Friedensbewegungen in Osteuropa können und dürfen uns gar nicht so interessieren, denn wir sind für unsere Seite zuständig" – sie wissen nun wenigstens genau, welche Art von Frieden ihnen von der anderen Seite zugedacht ist.



Es ist nicht alles Kupfer, was glänzt

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Wem die Stunde schlägt

Von Werner Thomas

Als Augusto Pinochet vor drei Jahren das Pensionsalter erreichte, war er auf dem Höhepunkt seiner Popularität angelangt. Siebzig Prozent der Chilenen, so ermittelte eine Gallup-Umfrage, standen hinter ihm und seiner Regierung. Selbst in Arbeiterbezirken wie San Miguel, einem Vorort Santiagos, wo Allendes linke Volksfront einst einige ihrer fanatischsten Aktivisten rekrutierte, genoß der General Ansehen.

Pinochet hätte damals zurücktreten sollen. Er wäre in Ehren gegangen, obgleich der Putsch und die ersten Jahre seiner Präsidentschaft das Stigma des Blutvergießens tragen. Der chilenische Führer ist von seinem Volk immer positiver beurteilt worden als im Ausland, wo er die Rolle eines der Bösewichte der weltpolitischen Bühne spielen mußte.

Seit 1980 aber geht es mit dem Generals-Präsidenten abwärts, und vorerst zeichnet sich kein Ende dieses Trends ab; im Gegenteil, Pinochet versucht sich gegen Probleme zu stemmen, die lawinenartig wachsen. Der General, bald 68, hat den rechten Zeitpunkt seines Abganges verpaßt, weil er zum „Opfer" eines fast paranoiden Hasses auf die Politiker, einer falschen Selbsteinschätzung und der Droge Macht wurde.

Pinochet wollte den Parteien nie das Volksfront-Fiasko verzeihen, das drei Jahre der Demonstrationen, der Terror-Anschläge und Attentate und des wirtschaftlichen Ruins brachte. Anfang September 1973, wenige Tage vor dem Putsch, gab es kein Brot mehr in Santiago, und die Inflation galoppierte auf einer Jahresrate von tausend Prozent. Die überwiegende Mehrheit des Volkes wünschte eine Intervention der Streitkräfte. Auch der in der Zwischenzeit verstorbene Ex-Präsident Eduardo Frei und seine Christdemokraten sahen nur noch diesen Ausweg.

Im Gegensatz zu den Christdemokraten betrachtete General Pinochet jedoch das Eingreifen der Militärs nicht als eine Feuerwehraktion und ein kurzes diktatorisches Interregnum, dem bald wieder Wahlen folgen würden (von denen sich Frei eine zweite Präsidentschaft erhoffte). Pinochet sprach von „neuen Verhältnissen". Die Politiker, „diese Señores", wie er sie noch heute verächtlich nennt, dürften nie wieder die Nation ins Chaos stürzen. Die breite Unterstützung der Chilenen, die nach der turbulenten Volksfrontära das resolute Regiment schätzten, wertete der General als ewiggültigen Vertrauensbeweis – und schließlich gefielen ihm auch Macht und Pomp.

Die auf Pinochets Wünsche zugeschnittene Verfassung, die ihm eine weitere Präsidentschaft bis mindestens 1989 garantierte, wirkt nun wie ein Bumerang. Das Volk hat vor drei Jahren das Dokument wohl mit überwältigender Mehrheit gebilligt. Damals konnte sich der General jedoch im Erfolg seiner Wirtschaftspolitik sonnen. In der Zwischenzeit aber ist Chile in eine schlimme Krise geraten. Die Wirtschaft, die 1980 noch um achteinhalb Prozent gewachsen war, schrumpfte 1982 um 14,1 Prozent. Die Experimente mit einem radikalen Monetarismus sind durch die rapide gefallenen Kupferpreise und die weltweite Rezession sauer geworden. Das dritte Wirtschaftsteam innerhalb eines Jahres versucht mit vorsichtigen Kurskorrekturen vor allem das explosive Arbeitslosenproblem (25 bis 30 Prozent) zu entschärfen.



Ein General, der nicht weiß, wann es Zeit ist: Pinochet

FOTO: CAMERA PRESS

Militärs werden immer nur bewundert, wenn sie siegen. Jetzt können sich viele Chilenen nicht mehr sechs weitere Jahre unter dem Kommando des Generals vorstellen. Wie aus der letzten Gallup-Umfrage im Mai hervorging, stehen nur noch achtzehn Prozent der Bevölkerung hinter ihm. Dabei hat der Popularitäts-Schwund nicht nur wirtschaftliche Gründe. Die Chilenen werden es auch leid, immer noch wie ein unmündiges Volk behandelt zu werden, wo in anderen Regionen Lateinamerikas der Trend zur Demokratie dominiert. Auch in konservativen Kreisen ist der Eindruck weit verbreitet, daß Pinochet sein Soll erfüllt hat und in seinem besten Interesse und dem des Landes handelte, wenn er das Staatsschiff bald verließe. Viele Christdemokraten und Vertreter der konservativen Nationalpartei befürchten eine Radikalisierung der Oppositions-Bewegung und einen wachsenden Einfluß linker Kräfte. Je länger sich Pinochet an die Macht klammere, desto mehr könnten die Kommunisten ihre Position stärken, meinen sie.

Im Juli 1979 hat ein anderer lateinamerikanischer General Kommunisten zur Machtübernahme verholfen, weil er nicht einige Jahre zuvor das Feld räumen wollte für die politische Mitte: Nicaraguas Somoza. Wäre Anastasio Somoza rechtzeitig zurückgetreten, hätten die marxistischen Sandinisten nicht die Chance erhalten, sich an die Spitze des sich rasch eskalierenden Widerstandes zu stellen.

In Peru hingegen, dem nördlichen Nachbarland Chiles, wurde der Beweis geliefert, daß auch Generale gelegentlich die Grenzen ihrer Macht und Möglichkeiten erkennen: Francisco Morales Bermudes führte die Nation 1980 nach einer zwölfjährigen Militärherrschaft zurück zur Demokratie. Er genießt heute eine größere Popularität als sein ziviler Nachfolger Fernando Belaunde Terry.

IM GESPRÄCH Gerhard Reddemann

Sein Feld ist Deutschland

Von Manfred Schell

Die Aussteiger" – so hat Gerhard Reddemann sein neuestes Buch genannt, in dem er aus seiner Sicht die letzten zwei Jahre der Regierung unter Helmut Schmidt beschreibt. Er selbst ist in der Politik ein Aufsteiger. Behutsam, aber bislang unaufhörlich. In dieser Legislaturperiode wird der CDU-Parlamentarier dem Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen vorsitzen. Die Union hat um diesen Vorsitz gerungen, weil sie weiß, daß dieses Gremium in den kommenden Jahren einflußreich sein wird. Die Probleme zwischen beiden Teilen Deutschlands häufen sich.

Gerhard Reddemann ist ein geradliniger Mann, der auch politische Turbulenzen durchsteht. Das hat er häufiger bewiesen. Rainer Barzel hat den Journalisten, der seit 1969 ununterbrochen dem Parlament in Bonn angehört, einmal einen „Spezialisten für schwierige Angelegenheiten" genannt. In diesem Geschäft, das Reddemann jetzt betreiben wird, ist Standfestigkeit, aber auch Behutsamkeit, also ein abwägendes Urteil, gefordert.

Seine Grundhaltung gegenüber der „DDR" ist klar. Reddemann sagt freimütig, die Politiker in Bonn hätten in den letzten Jahren vergessen, Forderungen an Ost-Berlin zu stellen, zum Beispiel die, daß dort die Menschenrechte stärker zur Geltung kommen sollen. Reddemanns erste Forderung an die „DDR" lautet, eine Amnestie für alle politischen Häftlinge zu erlassen. Davon gebe es mehrere tausend. Durch ein solches Zeichen, so sagt Reddemann, könnte die „DDR" ihren „guten Willen" unter Beweis stellen.

Reddemann verschließt sich dabei der Zusammenarbeit mit der „DDR" keineswegs. Der Umweltschutz ist aus seiner Sicht ein Feld, auf dem Ost und West ungeachtet aller ideologischen Gegensätze zusammenwirken können. Allerdings sollte auch bei der Bereitstellung von Mitteln für Ost-Berlin generell darauf geachtet werden, daß sie „für alle, also die Menschen, nützlich sind".



Vorsitzender des Innerdeutschen Ausschusses: Reddemann

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

In den letzten Jahren hat Reddemann einen Ausflug nach Europa gemacht. Als Parlamentarier gehört er dem Europarat und der WEU an. Er ist der Vorsitzende des politischen Ausschusses des Europarates. In den Gremien hat er gespürt, wie empfindlich Menschen und Regierungen das Thema Menschenrechte behandeln und welche großen politischen Aktionsmöglichkeiten sich daraus ergeben. Ende Juni wird er mit einer Delegation zur UN-Menschenrechtskommission nach Genf reisen. Er hat Experten zur Anhörung über die Abläufe auf den Transitstrecken eingeladen. Hier werden die Akzente deutlich, die Reddemann setzen möchte. Es kommt sicherlich auch nicht von ungefähr, daß er jetzt als stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Westfalen-Lippe im Gespräch ist, wo es derzeit drunter und drüber geht. Männer wie Gerhard Reddemann werden nicht immer geliebt. Aber sie werden gebraucht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE GUARDIAN

Zum Papst-Besuch in Schlesien heißt es in dem britischen Blatt:

Der Besuch, meinte die Regierung, werde Polens hartem Kampf um seine Grenzen das Siegel des polnischen Papstes aufdrücken. Der Papst hat nicht die geringsten Schwierigkeiten mit der Verteidigung des Polentums Schlesiens. Trotzdem hat er, während er über Schlesien als Teil der polnischen Nation sprach, seine Gemeinde auch zur „Verständigung und dauernden Versöhnung zwischen Polen und Deutschland" aufgefordert.

THE TIMES

Zur Haltung des Westens schreibt das Londoner Blatt

Wenn der Westen in bezug auf Polen festbleiben will, muß er bereit sein, noch fester in den Verhandlungen mit Moskau aufzutreten, wo Gewerkschaften frei von Parteikontrolle nicht diskutabel sind ... Es ist nicht der Fehler des Westens, wenn der Marxismus-Leninismus unattraktiv ist und die Völker unter kommunistischer Herrschaft sich zunehmend einem viel älteren Bekenntnis zuwenden, mit der Botschaft der individuellen Verantwortung und der geistigen Erneuerung.

BERLINER MORGENPOST

Über die „Friedenskonferenz" in Amsterdam mit Palme und Bahr meint die Zeitung:

Mit Zahlenangaben bis hinters Komma wird dort vorgerechnet, wieviele Millionen Westeuropäer getötet würden, sollte die UdSSR gegen die NATO-Nachrüstungswaffen einen Atomschlag führen. Nun gibt es im Westen wohl niemanden, der sich über die apokalyptische Vernichtungsgewalt der Kernwaffen Illusionen macht. Ganz anders aber sieht es damit in der UdSSR aus: Dort tut der Kreml so, als würde die Sowjetbevölkerung von einem Atomkrieg unberührt bleiben. Es wäre daher dringend geboten, daß Moskau die Herren Palme und Bahr beispielsweise nach Gorki einlüde, um gemeinsam mit Andrej Sacharow die ahnungslose Bevölkerung in öffentlichen Veranstaltungen über die bedrohlichen Tatsachen zu informieren und zum Kampf gegen die sowjetischen Atomwaffen aufzurufen.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung erwartet, daß der chilenische Staatschef nach dem Aufruf zum Generalstreik versuchen wird, die Christdemokraten und die politische Linke in seinem Land zu zersplittern:

Dieses Mal ist es die Kraftprobe ... Die bedeutende Beteiligung von Chilenen jeden Alters und Berufes an den Protestveranstaltungen des 14. Juni hat die Gewerkschaftsführer ermutigt. Sie sind überzeugt, daß die Chilenen ihrem Aufruf folgen werden. Doch gerade das ist die Frage. Die wirtschaftliche Lage eines gewissen Teiles der Chilenen ist derartig katastrophal und ihr tägliches Leben so unerträglich, daß sie das Gefühl haben, nichts mehr verlieren zu können.

OFFENBURGER TAGEBLATT

Zur Parteienfinanzierung heißt es in der Zeitung:

Auch wenn Oppositionsführer Jochen Vogel Klarstellung darüber verlangt, daß mit einer Neuregelung der Parteienfinanzierung nachträglich keine Rechtsbrüche der Vergangenheit abgesegnet werden dürfen und wenn der Geschäftsführer der Unionsfraktion, Wolfgang Schäuble, den Verdacht einer „Amnestie durch die Hintertür" weit von den Parteien weist, bleibt eines sicher: Der „schwarze Peter" wird den Richtern zugeschoben, die künftig die Parteienfinanzierung nach alter und neuer Machart streng auseinanderhalten sollen.

Ein Bolschewiken-Ehrenwort und das baltische Modell

Es stimmt tatsächlich nicht, daß „die Sowjets morgen einmarschieren" / Von Enno v. Loewenstern

Mit einem U-Boot fing es an. Mit U-Booten fangen in der Ostsee manchmal große Dinge an. Das polnische U-Boot „Orzel", vierzehn Tage nach dem deutschen Einmarsch in Polen nach Reval geflüchtet, konnte in der Nacht zum 17. September 1939 aus dem Hafen der estnischen Hauptstadt entkommen. Daraufhin teilte der sowjetische Ministerpräsident und Außenminister Molotow am 19. September dem estnischen Gesandten Rei mit, daß, „weil die estnische Regierung nicht in der Lage ist, die Erhaltung der Neutralität in ihren Hoheitsgewässern zu garantieren, die baltische Flotte der Sowjetunion ihren Schutz übernehme".

Das war der erste offizielle Hinweis an die baltischen Republiken, daß ihr Untergang besiegelt war. Am 23. August war in den Geheimzusätzen zum Hitler-Stalin-Pakt die Preisgabe der baltischen Republiken an die UdSSR festgelegt worden. Im Juni-Juli 1940 kulminierte die Entwicklung in der Annexion der Republiken Litauen, Lettland und Estland durch die UdSSR – ein Vorgang, der heute, nach 43 Jahren, durch Präsident Reagans Erklärung wieder ins Gedächtnis zurückgerufen wird, daß diese Annexion rechtswidrig erfolgt sei und von den USA nicht anerkannt werde.

Der Vorgang ist ein Modell dafür, wie es schutzlosen Staaten durch die UdSSR ergeht. Die beliebte Frage: „Glauben Sie denn im Ernst, wenn wir nicht nachrüsten, marschieren die Sowjets morgen ein?" geht völlig fehl. Sie marschieren nicht morgen ein, das geht Schritt für Schritt, zu studieren am baltischen Modell.

Im September verlangte Moskau von Estland erst einmal „nur" einen Beistandspakt. Die bestehenden gültigen Verträge seien „nicht mehr adäquat", und man möge doch „bitte" nicht Moskau zu Dingen „zwingen", die „zweifellos weniger angenehm für Estland wären". Der neue Vertrag sah die Stationierung sowjetischer Truppen an strategischen Punkten in Estland vor. Als Außenminister Selter protestierte, rief Molotow Stalin zu Hilfe, „weil die Esten den Vorschlag der Sowjetunion ‚Besetzung' nannten ‚und andere abscheuliche Bezeichnungen' dafür brauchten'." Über die Einzelheiten mußten die Esten dann mit sowjetischen Militärs reden. Dazu der Panzergeneral Pawlow: „Warum hier lange reden, die Panzer rein und fertig."

Genauso erging es dann Lettland und Litauen. An den Grenzen wurden zur Nachhilfe jeweils große sowjetische Militäraufmärsche veranstaltet. Aber es gab auch Trost. In einer Tischrede gab Stalin das „Ehrenwort eines Bolschewiken", daß Moskau sich nicht in die inneren Angelegenheiten Lettlands mischen werde. Molotow erklärte dem Obersten Sowjet am 31. Oktober 1939, „daß alles Geschwätz über die Sowjetisierung der baltischen Länder nur im Interesse unserer gemeinsamen Feinde und der antisowjetischen Provokateure liegt". Womit er ja auch nicht gelogen hat.

Tatsächlich verhielten die Besatzungstruppen und auch die KP-Leute in den besetzten Ländern sich zunächst korrekt. (Erst nach dem deutschen Einmarsch 1941 wurden sowjetische Landkarten mit der Aufschrift „Lettische Sowjetrepublik" und „Litauische Sowjetrepublik" mit dem Druckjahr 1939 gefunden.) Im März-April 1940 begannen dann die Aufrufe der KP-Führungen zum Sturz der „faschistischen" Regierungen. Am 8. Juni warf dann Molotow dem litauischen Premier Merkys vor, die drei baltischen Staaten hätten ein Militärbündnis gegen die UdSSR abgeschlossen – was unwahr und nach Lage der Dinge auch unmöglich war. In der Nacht zum 15. Juni eröffnete Molotow den Litauern, sie seien verantwortlich für „Provokationen" gegen die sowjetischen Garnisonen, und verlangte die Bildung einer neuen Regierung und volle Einmarschrechte. Die Regierung wurde an Hand einer Liste gebildet, die die Sowjetbotschaft überreichte.

Genauso verfuhr man in Lettland und Estland. Regierungschefs wurden in allen Fällen zunächst „Sozialreformer", die nicht als KP-Mitglieder ausgewiesen waren. Am 17. Juni 1940 rückte die Sowjetarmee in die Länder ein. „Wahlen" wurden Anfang Juli veranstaltet; nachdem alle mißliebigen Parteien ausgeschlossen worden waren, erhielten die Kommunisten zwischen 93 und 99 Prozent der Stimmen. Hierauf wurde in großen Demonstrationen „spontan" der Anschluß an die UdSSR gefordert. Vom 3. bis 6. August faßte der Oberste Sowjet auf diese „einmütigen" Wünsche der drei „Völker" hin die Eingliederungs-Beschlüsse. Führende Politiker der früheren Regierungen wie die lettischen und estnischen Präsidenten Ulmanis und Päts verschwanden im sowjetischen KZ. Schon vorher hatten die baltischen Regierungen besonders makabre Beschlüsse gefaßt: Sollte eine „Katastrophe" erfolgen, so seien bestimmte Gesandte im Ausland zum Handeln bevollmächtigt. Aber von den Präsidenten entzog sich nur Smetona (Litauen) der erwarteten Katastrophe.

Der Interims-Ministerpräsident Litauens, Kreve-Mickevicius, berichtete später, Molotow habe ihm am 30. Juni 1940 gesagt: „Wir sind jetzt mehr denn je überzeugt davon, daß der glänzende Genosse Lenin sich nicht geirrt hat, wenn er behauptete, daß der Zweite Weltkrieg uns in ganz Europa an die Macht bringt, wie uns der Erste in Rußland an die Macht half." Und Molotows Vertreter Dekanosow sagte ihm: „Der Zweite Weltkrieg wird uns Europa in die Hand geben wie eine reife Frucht. Der Dritte Weltkrieg, der unausweichlich ist, läßt uns in der ganzen Welt siegen." Bis jetzt freilich hat der glänzende Genosse Lenin nur teilweise recht bekommen.

Einzelheiten nach der vorzüglichen Abhandlung von Seppo Myllyniemi „Die baltische Krise 1938–1941", Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Deutsche Verlags Anstalt, Stuttgart





Auf der Insel der Jugend formt Castro den „neuen Menschen"

Von GITTA BAUER

Mit der Iljuschin ist es von Havanas José-Marti-Flughafen nur ein Hüpfer hinüber nach Gerona, der Hauptstadt der sonnendurchglühten Insel der Jugend. Wir haben den Westzipfel von Kuba mit Kurs nach Süden kaum hinter uns gelassen, als im karibischen Tintenblau das Eiland mit den vielen Namen auftaucht. Der Legende nach hat die von Columbus „Evangelista" getaufte Insel als Vorbild für Stevensons Schatzinsel gedient. Sie hieß einmal Santiago, dann Reina Amalia, sie war eine Insel der Spieler, eine Insel der Gefangenen.

Vor fünf Jahren jedoch wurde aus der Isla de Pinos, wie sie auf Landkarten heißt, durch Erlaß Fidel Castros die „Isla de la Juventud". In ihre graugrüne Landschaft sind als bunte Tupfer 58 Internatsgebäude eingesprenkelt. Hier wachsen rund 30 000 Jungen und Mädchen zwischen 12 und 18 Jahren aus Kuba, selbst aus Afrika und Zentralamerika auf, die auf revolutionäre Führungsaufgaben vorbereitet werden. Militärische Ausbildung, Marxismus und Mathematik wird an diesen Sekundärschulen von Kubanern gelehrt. Heimatkunde und historischer Materialismus liefern Revolutionäre aus den Heimatländern der Kinder.

Rund ein Drittel der Kinder kommt aus Angola, Äthiopien, dem Kongo, Guinea-Bissau, Moçambique, Namibia, dem Süd-Jemen, Südafrika, der West-Sahara, El Salvador und Nicaragua. In marxistisch regierten Ländern werden sie von den Bruderparteien ausgewählt. Da, wo die Revolution noch nicht stattgefunden hat, sind es Guerrillaorganisationen wie die Swapo, der Afrikanische Nationalkongreß in Südafrika, die Polisario in der West-Sahara, Farabundo in El Salvador, die die Auswahl treffen. Bei Bewährung heißt die Zukunft die Universität in Havana. Wenn es dazu nicht reicht, ist es zu Hause das mittlere Management. Die Zukunft heißt aber auch Umsturz, Revolution, Guerrillakampf, Terror. In der Hendrik-Witbooi-Schule der Swapo heißt der englische Gruß: „Der Kampf geht weiter. Der Sieg ist gewiß."

Castros Gefängniszelle gehört zum Programm

Schon am kleinen Flugplatz in Gerona geht es zu wie in einem Ferienlager. Eltern nehmen Abschied von ihren Kindern, die mit knatternden ungarischen Lastwagen, dicke Wolken des in Kuba immer infernalisch stinkenden Abgases hinter sich lassend, in ihre „Esbec" (Escuela Secundaria Basica en el Campo) zurückjagen. Andere Eltern kommen an, schauen nach ihren Sprößlingen aus oder warten gleich uns in der feuchten Hitze auf eins der raren Taxis. Es geht nicht nach der Reihe, sondern nach Rang.

Von lila Bougainvillea und leuchtend rotem Hibiskus überwachsen ist das Colony Hotel, einzige passable Unterkunft der Insel. Sie diente als Casino für amerikanische Spielbesessene und gehörte kubanischem Vernehmen nach der Mafia. Am Swimming-pool tummeln sich schwarze Familien, afrikanische Besucher von Internatsschülern. Ins Meer geht, trotz mäßiger Brandung, keiner.

Vor den Besuch einer der Schulen hat das kubanische Programm die Besichtigung eines nationalen Heiligtums gesetzt. Es ist das Gefängnis, in dem Fidel Castro nach dem Handstreich von 1953 auf das Fort Moncada in Santiago neunzehn Monate verbrachte, dreizehn Monate davon in Einzelhaft. Von hier aus unterwies der Comandante Supremo seine Mitgefangenen in Marxismus. Unter dem Diktator Batista war das Lesen von Karl Marx erlaubt. Es gab Zeitungen und Radio.

Castro wurde trotz der Verurteilung zu 15 Jahren schon im Mai 1955 aufgrund einer Amnestie entlassen, eine Geste, die Batista sicher später bitter bereut hat. Im mexikanischen Exil entwickelte der bärtige Jurist die Pläne, die 1959 zum Sturz General Batistas, zur Umformung des Landes in eine Diktatur marxistischer Prägung, zum Versuch der Bildung des „neuen Menschen" – nicht nur für Kuba, sondern auch für die Dritte Welt – führte.

Die Hendrik-Witbooi-Schule ist eines dieser Institute, in denen dieser neue Mensch geformt werden soll. Der Weg zu ihr führt durch Zitrus-Plantagen, in denen die Schüler morgens arbeiten, getreu dem Wahlspruch des kubanischen Nationalisten des 19. Jahrhunderts, José Marti: „Arbeite für dein Land am Morgen, studiere am Nachmittag." Das weißrot gestrichene Betongebäude, 1968 erbaut, beherbergt 421 südwestafrikanische Jungen und Mädchen. Sie stammen meist aus Ovamboland, sind aber von der südwestafrikanischen Volksorganisation (Swapo) aus Lagern in Angola ausgewählt und hierhergeschickt worden.

Palmen und Blumenkästen, offene, überdachte Flure, Jungen mit der Gitarre, Rufe von einem nahen Fußballplatz. Es sieht aus wie ein friedlicher Sonntag in einem Internat irgendwo auf der Welt. Nur tragen die Kinder das rote Halstuch der Jungpioniere, von der Wand im Tischtennis-Zimmer grüßt ein Plakat von einer AK 47-Kalaschnikow mit dem Spruch „We are freedom fighters". Und vor dem Haus steht der Fahnenmast, wo morgens und abends die Schülerschaft antritt, um die kubanische Fahne mit dem weißen Stern im roten Dreieck zu grüßen.



Zweimal täglich versammeln sich die jugendlichen „Freedom-Fighters" unter der kubanischen Flagge. FOTO: GORGONI/FOCUS

Der stellvertretende Schulleiter, ein Ovambo aus Namibia, ist äußerst zurückhaltend. Es hilft nicht viel, daß die Besucherin erzählt, sie kenne seine Heimat. „Wie sind Sie da reingekommen?" fragt der schlanke, bärtige Mann mißtrauisch. Natürlich über den einzig möglichen legalen Weg, über Südafrika. Erst als die durchaus wahrheitsgemäße Versicherung gegeben wird, daß die Journalistin für ein freies und unabhängiges Namibia ist, wird ihr der aus amerikanischen Black-power-Kreisen bekannte dreifach verschlungene Händedruck gewährt.

Martin Shiwolo taut auf. Er habe mehr Mädchen als Jungen hier, erzählt er, denn „die Jungen sind zu Hause und kämpfen". Die meisten sind zwischen 19 und 20 Jahren, die jüngste Schülerin ist 14 Jahre alt. Sie bleiben durchschnittlich drei Jahre hier, leben zu 80 in Schlafsälen mit zweistöckigen Betten, musterhaft „gebaut". Die Säle sind so anheimelnd wie eine Jugendherberge. Ein Blick aus dem Fenster soll die Heimat ersetzen: Dort steht im Hof auf dem Rasen eine strohgedeckte Ovambo-Hütte, so wie man sie in Namibia sieht – wehmütige Erinnerung an eine Heimat, die die meisten der Kinder hier gar nicht kennen. Persönliche Habe gibt's nicht viel. An Büchern sind neben den marxistischen Klassikern von Stalin bis Che Guevara Jack Londons „Ruf der Wildnis" und Dumas' „Drei Musketiere" zu sehen.

Kein Lächeln, kein jugendlicher Übermut

Der Junge mit der Gitarre, der auf den urafrikanischen Namen Ferdinand hört, sagte, er habe nur vage Erinnerungen an seine Eltern. „Mein Vater war ein Freiheitskämpfer der Swapo, der ist verschollen", berichtet Ferdinand. Seine Mutter habe er auf der Flucht verloren, er sei in einem Lager nördlich des Kayango, Grenzfluß zu Angola, aufgewachsen, bis er hierherkam.

In Kuba, auf der Insel der Jugend, so sagt er, lebt er gern. Aber kein Lächeln, kein jugendlicher Übermut ist in diesem unbeschriebenen Gesicht zu entdecken. „Was willst du denn einmal werden?" Ferdinand zeigt auf das Bild des Nama-Häuptlings, dessen Namen die Schule trägt. Ferdinand weiß nur, daß der Mann, dessen Volk damals noch Hottentotten genannt wurde, 1904 im Kampf gegen die deutschen Schutztruppen in der Kolonie Deutsch-Südwest-Afrika fiel. Ob er auch weiß, daß Witbooi Briefe mit dem deutschen Landeshauptmann wechselte, den er „Mein lieber hochgeehrter Herr kaiserlich deutscher Gesandter Major Leutwein" anredete, daß er seine Briefe schloß „indem ich Euer Hochwohlgeboren mit respektvollem Herzen grüße, verbleibe ich Ihr Freund, Hendrik Witbooi, Kapitän"? Nein, meint der Junge. Daß Witbooi mit den Deutschen gegen die Hereros gekämpft hat? Hier schreitet Shiwolo ein. Genug der Unterhaltung.

Die Kinder, die man sieht, sind gut ernährt, sauber gekleidet, ihre Unterkünfte sind modern und hygienisch. Sie genießen eine Erziehung, die ihnen in Afrika nie zuteil würde. Die Familie wird durch die Schule, die Organisation der Pioniere ersetzt. Wie sollen sie den Kubanern gegenüber nicht Dankbarkeit empfinden? Wie sollen sie eine Gegenposition gegen den als Befreiungsideologie eingetrichterten Vulgärmarxismus aufbauen? „Innerhalb von zehn Jahren bildet Kuba tausend kommunistische Akademiker für Namibia aus", sagte ein deutscher Diplomat, der diese Schulen auch gesehen hat. „Warum bilden wir nicht tausend demokratische Akademiker heran?"

Nicht überall verläuft das Schulleben der ausländischen Brigadistas so reibungslos wie bei den isolierten Südwestafrikanern. Sie kennen keine Schulferien zu Hause. Kubanische Kinder verbringen zwei Monate Sommerferien bei ihrer Familie, die Angolaner werden alle zwei Jahren nach Haus gelassen. Bei ihnen besteht auch nicht die Gefahr, daß die Familien, wie aus Kuba oder Nicaragua, auf Besuch kommen und Unruhe stiften, zum Beispiel ideologiefreies Heimweh erzeugen oder gar den Anspruch anmelden, Kinder zu katholischen Familienfeiern wie Taufen oder Erstkommunion nach Nicaragua zu holen.

Vor drei Jahren berichtete eine englische Zeitschrift, daß 600 Kinder aus dem Kongo zum Teil ohne Wissen ihrer Eltern, zum Teil in dem Glauben, sie verbrächten kurze Ferien in Kuba, auf der Insel regelrecht interniert wurden. Die Regierung in Brazzaville bestritt das Gerücht, das sich jedoch hartnäckig hielt. Im amerikanischen State Department kann man den Wahrheitsgehalt nicht bestätigen.

Von militärischer Ausbildung ist an dem dienstfreien Wochenende nichts zu sehen, Waffen werden nur in Abbildungen und Zerlegungsanleitungen gezeigt. Es bleibt jedoch das Gefühl, daß diese Kinder indoktriniert und zum Haß erzogen, diszipliniert die Befehle ausführen werden, mit denen man sie entlassen wird.

In Kuba selbst studieren nach Angaben von Erziehungsminister José Ramon Fernandez noch weitere 2000 Ausländer aus 30 Nationen an Universitäten und technischen Hochschulen. Der Bau einer Esbec-Schule kostet Kuba 1,7 Millionen Dollar, ihr Unterhalt wird mit über 500 000 Dollar beziffert. Fernandez berechnet die Kosten für einen Schüler mit 950 Dollar im Jahr. Darin sind Essen, ärztliche Fürsorge und Lehrergehälter einbegriffen.

Auf der Rückfahrt müssen wir in Gerona pausieren. In einer Kundgebung auf dem Platz der Revolution werden 210 Schüler aus der nicht existierenden „Demokratischen arabischen Saharawi-Republik" begrüßt. Fanfaren, Spruchbänder und Reden heißen die Neuankömmlinge aus der West-Sahara willkommen, „die Vertreter eines selbstlosen, mutigen, kämpferischen Volkes". Ahamed Said, ein Führer der Polisario-Front, einer Guerrillaorganisation, preist Kuba als die „revolutionäre Schwesternation", die die Kinder auf „ihren Freiheitskampf" zu Hause vorbereite. (SAD)

Urlaub vom Knast – aber wer denkt an die Angst der Opfer?

Von UWE BAHNSEN

Auf einer Revierwache im Hamburger Stadtteil Niendorf erschienen am vergangenen Wochenende der 32jährige Bauunternehmer Jörg B. und die 29jährige Angela W. und baten um polizeilichen Schutz. Die Beamten ließen sich die Gründe darlegen, zeigten auch Verständnis dafür, verwiesen jedoch auf ihre Dienstvorschriften und lehnten den Wunsch des Paares ab. Jörg B. und Angela W. kehrten in ihre Wohnung in Schnelsen zurück – mit einem Gefühl würgender Angst.

Die Gründe dafür liegen in einem Kriminalfall, der vor einigen Wochen in der Hansestadt für Schlagzeilen gesorgt hatte: Am 11. April waren beide im Standesamt Eimsbüttel erschienen, um zu heiraten. Wenige Minuten vor der Trauung tauchte der 25jährige Verkaufsfahrer Rainer O., der frühere Freund der jungen Frau, mit einer Neun-Millimeter-Pistole in der Hand auf und schoß Jörg B. nieder, der lebensgefährlich verletzt wurde. Es war ein nahezu klassisches Eifersuchtsdrama. Angela W., die ein Kind erwartet, hatte sich von dem 25jährigen getrennt.

Der Schütze stellte sich kurz darauf der Polizei und wurde in Untersuchungshaft genommen. Die Haftgründe: dringender Verdacht des versuchten Mordes und Fluchtgefahr. Doch vor einigen Tagen, nur acht Wochen danach, wurde Rainer O. nach einem Haftprüfungstermin wieder freigelassen. Haftrichter Olof Masch, der auch den Haftbefehl ausgefertigt hatte, gewährte dem jungen Mann Haftverschonung. Er tat es „nach langen Gesprächen mit dem Beschuldigten und seinem Freund, mit dem er jetzt zusammenwohnt, aber auch mit der Gerichtshilfe, und nach sorgfältiger Betrachtung des sozialen Umfeldes", wie Richter Jürgen Daniels von der Hamburger Justizpressestelle erläuternd hinzufügt. Der Haftrichter habe sich dazu durchgerungen, den Schuß auf den Rivalen als „einmalige Konflikttat zu werten".

Seit diesem Tag lebte das Paar in Angst vor einem neuen Anschlag. Angela W., die Rainer O. vielleicht etwas genauer kennt als der Haftrichter, hält ihren früheren Freund für gewalttätig und war entsetzt über den Verschonungsbeschluß – ebenso wie die Staatsanwaltschaft, die dagegen sogleich Beschwerde einlegte: Das Landgericht hatte darüber in dieser Woche zu entscheiden. Noch handelt es sich um ein Ermittlungsverfahren und noch sind die Umstände der Tat, die Rainer O. gestanden hat, nicht völlig aufgeklärt. Richter Daniels räumt ein, daß sein Kollege Olof Masch sich mit dem Beschluß auf Haftverschonung eine große Verantwortung aufbürdete – eine zu große, wie die in dieser Sache tätigen Kriminalbeamten meinen.

Der Fall macht exemplarisch deutlich, daß – und in welchem Ausmaß – eine jedenfalls in Hamburg sehr liberale Justizpraxis zunehmend in Konflikt mit dem Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft gerät. Auf tragische Weise hatte sich das schon im Januar dieses Jahres gezeigt, als eine Bluttat in dem Stadtteil Barmbek ebenfalls zu Schlagzeilen, darüber hinaus aber auch zu einem parlamentarischen Nachspiel in der Bürgerschaft und zu einer bemerkenswerten Fernsehdiskussion über das Thema „Knasturlaub auf Ehrenwort" führte.

Der Fall, um den es ging, war entsetzlich: Die 72jährige Rentnerin Gertrud Simon war am 11. Januar gegen 11.30 Uhr in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden worden. Die Tat wurde schnell aufgeklärt: Der Strafgefangene Thomas Z. gestand, die Frau während eines Hafturlaubs vergewaltigt und erwürgt zu haben. Ausgang war dem Häftling bewilligt worden, nachdem die zuständige Strafvollstreckungskammer und die Leitung der Haftanstalt für ihn eine bedingte Entlassung ins Auge gefaßt hatten. Damit sollte honoriert werden, daß der Gefangene mit Erfolg eine Taklerlehre abgeschlossen und zwei Ausgänge im Dezember letzten Jahres ohne besondere Vorkommnisse absolviert hatte. Nun wollte er beim Arbeitsamt und bei der Seeberufsgenossenschaft vorstellig werden, um später zur See fahren zu können.

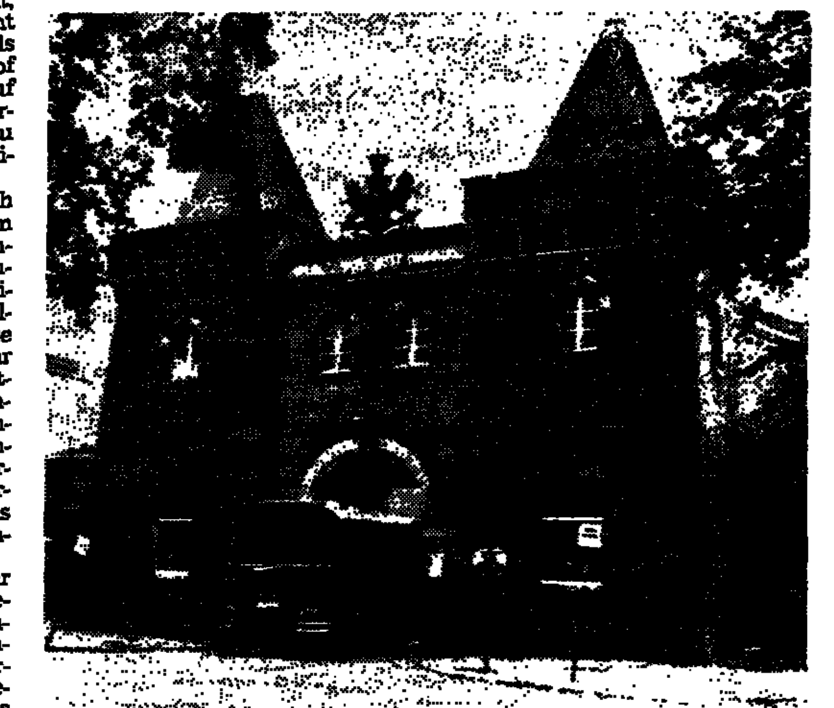
Ein Blick auf die Vorstrafen dieses Mannes freilich wirft die Frage auf, ob die Justiz in diesem Fall nicht viel zu vertrauensselig war: Thomas Z. hatte am 23. Februar 1975 eine Haftstrafe wegen Vergewaltigung und schweren Raubes angetreten. Zu der weiteren Entwicklung dieses Täters gab die Justizbehörde die folgende sehr aufschlußreiche Erklärung ab: „Die letzte Straftat (schwerer Raub) beging er während eines Hafturlaubs aus der Sonderstrafanstalt Hamburg-Bergedorf im April 1977. Er wurde dafür vom Landgericht Hamburg durch Urteil vom 18. Oktober 1977 zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt. Aufgrund dieses Versagens erhielt Z. erst im Juni 1981 wieder Urlaub. Von diesem Urlaub aus der Strafanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel kehrte er jedoch nicht freiwillig zurück. Er konnte drei Monate später von der Polizei festgenommen werden." Im Dezember wurde er wieder in die „Urlaubsregelung" aufgenommen. Sechs Wochen danach standen die Beamten der Hamburger Mordkommission vor der Leiche der Frau Simon.

Die politische Verantwortung für diese liberale Praxis und ihre Folgen trägt die Justizsenatorin Eva Leithäuser. Sie beruft sich dabei auf das Strafvollzugsgesetz, das fordert, der Gefangene solle im Vollzug der Freiheitsstrafe befähigt werden, künftig ein Leben ohne Straftaten zu führen. Dies allein, so meint die sozialdemokratische Justizpolitikerin, diene dem Schutz des Bürgers. Die Ermordung der Rentnerin Gertrud Simon kommentierte Eva Leithäuser mit der Feststellung, sie sei zwar für eine kritische Überprüfung von Ereignissen mit schlimmen Folgen, aber „ich verwahre mich dagegen, derartige einzelne Vorkommnisse nicht als individuelle, schreckliche Pannen zu begreifen, die dem einzelnen zugerechnet werden, sondern sie vielmehr als symptomatisch für die zu großzügige und unangemessene Handhabung eines Hamburger Strafvollzugs darzustellen."

Derartige „Vorkommnisse" sind jedoch nicht so vereinzelt, wie die Justizsenatorin meint. Das zeigte sich unter anderem in einem Fall, der sich am 14. Mai im Stadtteil Niendorf ereignete. Zwar kamen die Opfer mit dem Leben davon, doch was sie erdulden mußten, war schlimm genug: Der 21jährige Niels Sch., der „bedingt", das heißt auf Bewährung, aus der Haft entlassen worden war, überfiel an einem Wochenende zusammen mit einem Komplizen einen 41jährigen Makler, dessen 39jährige Lebensgefährtin und ihre zwölfjährige Tochter in einem Bungalow. Die Täter prügelten mit Tränengasschlagstöcken auf das Paar und das Mädchen ein, fesselten die drei, durchwühlten das Haus, raubten 4000 Mark und vergewaltigten die Frau. Niels Sch. hatte bis zu seiner Freilassung in der Jugendstrafanstalt Vierlande eingesessen.

Die Kernfrage, die in Hamburg die Justizpolitiker der beiden großen Parteien trennt, lautet: Muß der Strafvollzug durch ein geändertes Konzept so modifiziert werden, daß die Allgemeinheit besser vor Strafgefangenen geschützt wird, die durch eine vorschnelle oder zu optimistische Beurteilung ihrer Persönlichkeitsentwicklung während der Haft Genehmigung für eine Ausführung oder einen Urlaub erhalten? Ganz auszuschließen ist das Risiko von Fehlbeurteilungen sicherlich nicht. Der CDU-Abgeordnete Joachim Lampe, Innenexperte seiner Fraktion, brachte das Problem kürzlich auf eine prägnante Formel, als er den Sozialdemokraten im Landesparlament zurief: „Sie reden nur über die Täter. Wir sprechen auch schon mal von den Opfern."

Bleibt die Frage, ob zum Beispiel Haftrichter Olof Masch genügend darüber nachgedacht hat, welche Situation er durch die Freilassung des Schützen aus dem Standesamt für dessen Opfer geschaffen hatte. Das Landgericht wurde nach der Beschwerde der Staatsanwaltschaft in dieser Sache mit großer Eile tätig: Es hob wenige Stunden nach Eingang des staatsanwaltschaftlichen Schriftsatzes den Haftverschonungsbeschluß auf. Seit gestern mittag ist Rainer O. wieder Untersuchungshäftling. Zuvor hatte er Polizeitauchern noch die Stelle angegeben, an der er die Tatwaffe in ein Gewässer geworfen haben will.



Die Strafanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel gilt als Symbol für den liberalisierten Strafvollzug in der Hansestadt. FOTO: BEUTNER

US-Technologie für Peking freigegeben

Jo./AFP, **Washington/Bonn**

Die Volksrepublik China soll nach einer Ankündigung des US-Handelsministeriums beim bilateralen Handel künftig grundsätzlich den gleichen Status wie Europa und Japan erhalten. Bestimmte Güter und Technologien von sicherheitspolitischer Bedeutung sollen aber weiterhin Exportbeschränkungen unterliegen. Darauf hatte das US-Verteidigungsministerium gedrängt.

Bereits vor einem Monat hatte, wie die WELT berichtete, US-Präsident Reagan das Verteidigungsministerium angewiesen, die bisherigen Restriktionen für die Ausfuhr westlicher Hochtechnologie nach China zu überprüfen. Seit April 1980, als die USA ihren Handel mit China zu liberalisieren begannen, war die Volksrepublik in den Restriktionslisten von strategisch wichtigen Produkten in der Kategorie „P" geführt worden, eine Stufe über der Kategorie „feindliche Nationen". Obwohl damit Technologietransfers in die Volksrepublik China möglich wurden, konnten sie in der Praxis der komplizierten Bewilligungsprozesse kaum realisiert werden. Die neue Einordnung in die Kategorie „V" rückt die Volksrepublik China in die Gruppe der befreundeten Staaten. Darunter fallen sowohl NATO-Staaten als auch blockfreie Länder wie Indien - und Jugoslawien. In einem Kommuniqué des Handelsministeriums hieß es dazu, die Aufhebung der China betreffenden Beschränkungen entspreche der „amerikanischen Politik zur Unterstützung der Modernisierung Chinas".

Erleichtert ist nun die Ausfuhr von elektronischen Systemen, besonders Computertechnologien, die sowohl für den zivilen Gebrauch als auch im militärischen Sektor eingesetzt werden können.

Die Entscheidung, die nun eine fast zweijährige Auseinandersetzung zwischen dem Handels- und dem Verteidigungsministerium beendete, wurde auch durch Befürchtungen Washingtons beeinflußt, daß eine starre Haltung im Technologietransfer eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zu Peking mit sich bringen würde.

Zugleich war das Weiße Haus unter Druck amerikanischer Wirtschaftskreise geraten, die mit einem Rückgang des bilateralen Handels argumentierten. Sowohl 1982 als auch 1983 war der Handel rückläufig. Von der neuen Handelspolitik erhoffen sich Beamte des Handelsministeriums nun eine Erhöhung amerikanischer Exporte nach China im Werte von ein bis zwei Milliarden Dollar pro Jahr.

Das Pentagon zeigte sich über die jetzige Entscheidung befriedigt, bei der für bestimmte militärische Ausrüstungen, Beschränkungen bestehen bleiben. Der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, Henri Catto, begrüßte die „Liberalisierung".

Deutschlandpolitik wird weiter Geld kosten

Von BERNT CONRAD

Wir warten noch nach wie vor auf eine Klarstellung über den zukünftigen Kurs in der Deutschlandpolitik dieser Regierung", mahnte vor kurzem der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke an. Tatsächlich kam er damit zu spät. Denn die deutschlandpolitischen Konturen der unionsgeführten Bundesregierung haben sich in den letzten Wochen – nach dem koalitionsinternen Streit vom Frühjahr um „Kontinuität oder Wende" – mit bemerkenswerter Klarheit herausgeschält.

Wesentliche Quellen dafür sind die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl, ergänzende Äußerungen maßgeblicher CDU/CSU-Politiker wie Heinrich Windelen, Rainer Barzel, Franz Josef Strauß, Herbert Hupka, Alois Mertes, Alfred Dregger, Richard von Weizsäcker, Horst Waffenschmidt und auf eindrucksvolle Weise die Rede von Bundespräsident Karl Carstens am 17. Juni.

Aus alldem ergibt sich das Bild einer Deutschlandpolitik, die neue Akzente setzt, indem sie erheblich stärker, als dies unter den vorausgegangenen SPD–FDP-Regierungen geschah, deutsche Rechtspositionen betont, auf nationalen Forderungen beharrt und Mißstände anprangert, die aber gleichzeitig – und in diesem Sinne Kontinuität wahrend – den entschiedenen Willen zum Dialog und zu Abmachungen mit der „DDR"-Regierung im Interesse der Menschen im geteilten Deutschland bekundet.

„Die SPD betrachtet diese Bestandteile als unvereinbare Gegensätze. Für uns ist jedoch das eine ohne das andere nicht denkbar", betonte ein Regierungsmitglied.

Auf dem Schlesiertreffen in Hannover lobte der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, Hupka, den Kanzler, weil in seiner Regierungserklärung zum erstenmal seit einem Jahrzehnt das ganze Instrumentarium zur Offenhaltung der deutschen Frage und zur Wiedervereinigung in Freiheit ausdrücklich beim Namen genannt worden sei.

Kohl hatte am 5. Mai festgestellt: „Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung bleibt bestimmt durch

- das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland,
- den Deutschlandvertrag,
- die Ostverträge, die Briefe zur ‚Deutschen Einheit' sowie die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972, der alle Fraktionen – CDU/CSU, SPD und FDP – zugestimmt haben,
- den Grundlagenvertrag und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1973 und vom Juli 1975."

Dahinter steht nach den Worten des Kanzlers das Ziel, mit dem Rückhalt im Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft, „im Rahmen einer dauerhaften Friedensordnung in Europa" die Teilung Deutschlands zu überwinden. „Es wäre eine verhängnisvolle Kurzsichtigkeit des Westens, zu übersehen, daß die ethischen Grundlagen unserer Westbindung in sich selbst die Unaufgebbarkeit der Forderung nach Recht und Freiheit für die Deutschen enthalten, denen Macht und Willkür sie versagen", erklärte Staatsminister Mertes dazu.

Daß daraus konkrete Schlußfolgerungen zu ziehen sind, machte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger klar: „Die Teilung unseres Vaterlandes ist rechtlich, moralisch und geschichtlich nicht endgültiger, sondern vorläufiger Natur. Es gibt nur eine deutsche Nation und nur eine deutsche Staatsbürgerschaft. Es liegt an uns, ob unser Anspruch auf die Einheit Deutschlands Gegenstand der Ost-West-Politik bleibt – oder ob die Diskussion darüber eingestellt wird."

Die zurückliegende Auseinandersetzung zwischen den Koalitionspartnern CSU und FDP war im Kern durch Zweifel der Christlich-Sozialen daran ausgelöst worden, ob die Freien Demokraten tatsächlich bereit seien, im Unterschied zu nebulösen Formeln der sozial-liberalen Koalition unzweideutig das Ziel der staatlichen Einheit

DIE ANALYSE

Deutschlands zu vertreten. Zum erstenmal hat dazu der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, nun am 15. Juni klar Stellung genommen: „Es gilt aber auch, die nationale Einheit Deutschlands im staatsrechtlichen Sinne nicht aus dem Sinn zu verlieren. Deshalb bedeutet für mich Nationalbewußtsein vor allem das Bewußtsein, daß zwei Staaten, die in ihrer beider Namen das Wort deutsch führen, auf Dauer nicht getrennt bleiben dürfen", sagte Mischnick in vollem Konsens mit der Regierungserklärung.

Nach Überzeugung des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Windelen, können aber die besten Rechtstitel nichts nutzen, wenn die Deutschen aufhörten, sich als eine Nation zu fühlen. Bei den Menschen in der „DDR" bestehe diese Gefahr in keiner Weise. In der Bundesrepublik hingegen könnten mangelndes Geschichtsbewußtsein und unzureichender Schulunterricht das Nationalbewußtsein in der Jugend aushöhlen. Windelens Schlußfolgerung: Verbesserungen im Unterricht, mehr Reisen in die „DDR", engere Kontakte.

In diese Richtung zielte auch Bundespräsident Carstens mit dem Hinweis: „Die Aufrechterhaltung der menschlichen Verbindungen ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Deutschlandpolitik." Er schlug damit den Bogen vom Grundsätzlichen zum Praktischen.

„Nicht zuletzt der menschlichen Verbindungen wegen" – so Carstens am 17. Juni – „sind wir der DDR politisch, wirtschaftlich und finanziell weit entgegengekommen. Um so schwerwiegender war der Rückschlag, als die DDR vor drei Jahren den Zwangsumtausch drastisch erhöhte und damit für viele Bürger die Reisen in die DDR sehr erschwerte. Wir hoffen, daß künftige Gespräche hier eine Erleichterung bringen werden. Es ist unser aller Wunsch, die Beziehungen zu verbessern, und wir sehen dafür Möglichkeiten."

Dies entspricht exakt der Ansicht der Bundesregierung. Dazu Kohl in der Regierungserklärung: „Die bestehenden Verträge mit der DDR wollen wir nutzen und ausfüllen. Grundlage für praktische Regelungen ist die Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung. Im innerdeutschen Handel liegen Chancen für beide Seiten. Er ist ein wichtiges Element der Beziehungen. Wir streben weitere praktische Fortschritte an. Wir sind bereit zu langfristigen Abmachungen über wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Austausch, vor allem auch im Bereich des Umweltschutzes. Dazu können Gespräche auf allen Ebenen nützlich sein."

Experten der Bundesregierung sind überzeugt, daß die wirtschaftlichen Interessen der „DDR" eine weitere Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik geradezu erzwingen. Angesichts des weitgehenden Ausfalls Polens im Comecon und wegen der wirtschaftlichen Schwäche der sowjetischen Führungsmacht braucht die „DDR" den innerdeutschen Handel als Bindeglied zur EG, muß sie auf finanzielle Hilfen als Gegenleistung zu praktischen Erleichterungen Wert legen. Deshalb geht die Bundesregierung davon aus, daß die Deutschlandpolitik auch in Zukunft Geld kosten wird.

Nach Eindrücken an maßgeblicher Stelle in Bonn hat sich die SED-Führung inzwischen auf die neue Bundesregierung eingestellt. Vermutlich hätte sie lieber die alte Bundesregierung behalten. Aber manches geht jetzt sogar leichter, weil keine ideologischen Probleme mehr mit dem „Sozialdemokratismus" bestehen. „Wir sind Kapitalisten – mit denen handelt man", meinte ein Sachkenner.

An dem vorläufig abgesagten Besuch von SED-Chef Erich Honecker ist die Bundesregierung weiter interessiert, rechnet aber erst im nächsten Jahr damit.

Die ständigen Warnungen Honeckers vor einer Nachrüstung in der Bundesrepublik werden in Bonn nicht so gedeutet, daß daraus eine politische Vereisung entstehen müßte. Vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen werden weitergehen. Vermutlich wird sich die Reaktion der „DDR" auf das Militärische konzentrieren.

Obwohl Kohl also auf weitere Kontakte baut, will er nicht darauf verzichten, Mißstände wie die Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und Schikanen auch künftig öffentlich zu kritisieren.

Tokio: Kontrollen gegen Spionage der Sowjetunion

dpa, Tokio

Nach der Ausweisung eines sowjetischen Diplomaten wegen versuchter Industriespionage hat die japanische Regierung schärfere Kontrollen für den illegalen technischen Informationsfluß in die Sowjetuninon angekündigt.

Der Erste Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Tokio, Arkadij Winogradow (41) hatte am Sonntag auf Verlangen des japanischen Außenministeriums das Land verlassen müssen. Er und ein sowjetischer Ingenieur, der bis Januar 1982 in Japan tätig war, werden beschuldigt, sich illegal um geheime technische Informationen eines führenden japanischen Computerherstellers bemüht zu haben. Zum besseren Schutz von Industriegeheimnissen, besonders im Bereich von Spitzentechnologien, plant das japanische Außenministerium: Beschränkungen bei der Visavergabe für Besucher aus dem Ostblock, eine strengere Auslese für osteuropäische Delegationen, die zur Besichtigung von Industrie- und Forschungsanlagen nach Japan kommen sowie striktere Exportkontrollen für technologische Güter aufgrund der von den westlichen Industrienationen vereinbarten Embargo-Liste.

Drei Jahre Haft für Glistrup

R. GATERMANN, **Kopenhagen**

Der dänische Politiker, Parteigründer und „Steuerrebell" Mogens Glistrup (57) ist gestern vom höchsten Gericht Dänemarks wegen Steuerschwindels in besonders grobem Umfang zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren ohne Bewährung und einer Geldstrafe von 280 000 Mark verurteilt worden. Glistrup darf „bis auf weiteres" auch nicht mehr seinen Anwaltsberuf ausüben.

Auf dem Höhepunkt seiner Anwaltskarriere jonglierte Glistrup mit 2716 Aktiengesellschaften, an denen rund 20 000 Personen beteiligt waren. Ständig wurde Kapital überführt mit dem Ziel, durch Verlustabschreibungen die Steuern der Aktionäre zu reduzieren. Der Staatsanwalt behauptete, die Gesellschaften hätten nur auf dem Papier existiert und die Transaktionen seien fiktiv gewesen.

Der Mann, der 1971 Millioneneinkünfte hatte und keinen Pfennig Steuern zahlte, was nach seiner Ansicht legal war, ist heute ein wirtschaftlich ruinierter Mann.

1973 zog Glistrup an der Spitze seiner Fortschrittspartei als zweitstärkste Fraktion ins Parlament ein. In den vergangenen Jahren wurde seine Position zwar immer mehr geschwächt, die derzeitige Regierung ist jedoch auf die Stimmen seiner Partei angewiesen.

Düsseldorf will Klarheit in der Kohlepolitik

Jochimsen richtet „dringende Bitte" an Bonn

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

In einer Regierungserklärung zur Lage der Kohle hat der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen die „dringende Bitte an die Bundesregierung" gerichtet, möglichst rasch eine neue Kohle-Runde einzuberufen, die letzte fand im Dezember 1978 statt. Nordrhein-Westfalen habe ein Recht auf einen „kohlepolitischen Grundkonsenz", es müsse „endlich wieder Klarheit gewinnen über die langfristige Perspektive des Steinkohlenbergbaus.

Die Kohle-Fraktion – das ist der Zusammenschluß der im Landtag vertretenen Parteien – hat Tradition von Beginn der Bergbaukrise 1957 an. Seit 26 Jahren also sind sich die Fraktionen einig in ihrer Hilfe und Unterstützung eines der lebenswichtigsten Industriezweige des Reviers, des Landes und damit auch der Bundesrepublik. Politisch immer umstrittener wurde auf dem Energiesektor aber der Einsatz der Kernkraft. Darum entzündete sich im Vorfeld zu der Regierungserklärung Jochimsens ein Streit: Die CDU stellte vier Bedingungen an eine gemeinsame Kohle-Politik. Sie wollte es vor allem nicht hinnehmen, daß der von ihr geforderte Verbund von Kohle und Kernenergie auf Dauer ausgeklammert wird. Außerdem sprach sie sich gegen eine Absatzgarantie für die Kohle aus, weil dies in der Praxis – wie es die vergangene Zeit bewiesen hat – nicht durchzuhalten ist. Dazu müßten neben der Steinkohle auch die Braunkohle gleichermaßen berücksichtigt werden, und außerdem sei zu klären, wer die öffentlichen Lasten für die Kohle zu tragen habe.

Im interfraktionellen Gespräch setzte sich die CDU vor der Abstimmung durch – zum ersten Mal seit fünf Jahren ist die SPD bereit, unter eine Entschließung ihre Unterschrift zu setzen, in der es heißt: „Der Landtag sieht auch im Verbund mit der Kernenergie (Kohleveredlung) einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung der Kohle-Politik." Festgestellt wird auch, das Parlament sei sich bewußt, „daß für die Kohlewirtschaft keine politische Absatzgarantie möglich ist".

Jochimsen betonte, die Entwicklungen beim Energieverbrauch und bei der Stahlindustrie haben den deutschen Steinkohlebergbau in eine schwierige Lage gebracht. Lediglich im Bereich der Verstromung habe die Kohle ein festes Standbein. Er erinnerte an den von allen Kräften getragenen „Jahrhundert-Vertrag": Dieser besagt, daß im Jahre 1990 ein Steinkohlenabsatz von 90 Millionen Tonnen erreichbar ist. Die Formel „90 zu 90" wird aufgeteilt in 45 Millionen Tonnen an die Elektrizitätswirtschaft, 30 Millionen an die Stahlindustrie und 15 Millionen in den Wärmemarkt. An dieser Richtzahl haben sich bisher Politik und Bergbau orientiert – doch müssen die Daten angesichts veränderter Absatzlage neu überdacht werden. Jochimsen: „1983 ist das Jahr der demokratischen, nüchternen und ernsthaften Überprüfung." Die Landesregierung lehne es aber ab, sich in dieser Phase allein von den öffentlichen Hilfen für den Steinkohlenbergbau und ihrer Begrenztheit leiten zu lassen.

Es wäre aber unverantwortlich, wenn „Zechenstillegungen zum Spielball politischer Profilierungen" würden. Doch sind „längerfristig Kapazitätsanpassungen im Steinkohlebergbau unvermeidlich", wenn sich herausstellen sollte, daß der Minderabsatz an die Stahlindustrie nicht im vollen Umfang durch einen Mehrabsatz im Wärmemarkt oder in der Verstromung ausgeglichen werden könne.

Oppositionsführer Bernhard Worms antwortete kurz und knapp. Er hatte sich vorher bei der Bundesregierung in Bonn kundig gemacht und erklärte, nach den vorläufigen Planungen werden die Hilfe des Bundes insgesamt 1984 gegenüber 1983 geringfügig zunehmen – Mittel für Kohleveredlung aber sollen überdurchschnittlich steigen.

Die wahren Ziele der Freeze-Bewegung

Paul Nitze beim Aspen-Institut in Berlin / Moskau beurteilt Gipfel mit Reagan skeptisch

Schü/DW. **Berlin/Washington**

Die Zusammenlegung der Verhandlungen über Interkontinentalraketen (START) mit den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen ist nach Auffassung von Teilnehmern einer Expertentagung des Aspen-Instituts in Berlin nicht sinnvoll. Eine Zusammenlegung würde wegen der Schwierigkeiten bei den START-Verhandlungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu einer Beschleunigung führen, sondern die Probleme eher vergrößern, hieß es nach der vertraulichen Beratung, an der auch der amerikanische Chefunterhändler bei den Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen, Paul Nitze, teilgenommen hatte.

Wie Karl Kaiser, Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, nach Abschluß der Konferenz über westliche Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle vor Journalisten sagte, habe Einigkeit auch darüber bestanden, daß die wirklichen Ziele der amerikanischen Bewegung für das Einfrieren der Atomrüstung in Ost und West in Europa kaum bekannt seien. In der Friedensbewegung wüßten nur die wenigsten, daß die US-„Freeze"-Bewegung die umstrittenen Mittelstreckenwaffen aus ihrem Forderungskatalog ausklammere. Auch sei sie nicht für Vorleistungen und einseitige Schritte, sondern für eine gleichmäßige Rüstungsbegrenzung in Ost und West.

Adelman antwortet auf die Fragen der Senatoren

Nur bei einem Abbau der größten sowjetischen landgestützten Mittelstreckenraketen wollen die USA nach Angaben ihres Chef-Abrüsters Kenneth Adelman neue MX-Raketen nicht stationieren. Die MX sei die Antwort der USA auf die Aufstellung schwerer und mittlerer sowjetischer Interkontinentalraketen in den vergangenen zehn Jahren. Solange die UdSSR nicht zu deren Abbau bereit ist, würden die USA an der mit zehn Sprengköpfen bestückten Rakete festhalten, antwortete Adelman auf Fragen von Senatoren, die vorige Woche eine vertrauliche Anhörung veranstalteten. Der republikanische Politiker Charles Percy, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses im Senat, sagte, dies sei das erste Anzeichen dafür, daß die Regierung Reagan einen „fairen Handel" mit der MX-Rakete ins Auge fasse.

Die sowjetische Führung hält derzeit ein Gipfeltreffen von Staats- und Parteichef Jurij Andropow mit US-Präsident Ronald Reagan offenbar für wenig erfolgversprechend. In einem Interview der amtlichen Nachrichtenagentur Tass äußerte Außenminister Andrej Gromyko die Auffassung, daß ein die beiderseitigen Beziehungen und die internationale Lage verbesserndes Treffen zwar nützlich sein würde, für einen sorgfältig vorbereiteten Gipfel sei allerdings ein „gewisses Maß an Einvernehmen über große Fragen" erforderlich.

Gromyko äußerte sich auch zu dem Vorschlag der sowjetischen Führung an die anderen Atommächte, die nukleare Rüstung auf ihrem gegenwärtigen Stand festzuschreiben. Ein Einfrieren würde sich „aufs unmittelbarste" auf die laufenden Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen auswirken.

„DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker hat die Verhandlungsbereitschaft des Westens über Abrüstungsfragen wieder einmal in Frage gestellt und den Kurs der NATO kritisiert. Bei einem Essen für seinen bulgarischen Amtskollegen Todor Schiwkow, der sich zu einem Besuch in der „DDR" aufhält, sagte Honecker, „maßgeblichen Kreisen" der USA und der NATO gehe es offensichtlich darum, mit der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa „um jeden Preis noch in diesem Jahr" zu beginnen. Honecker betonte laut ADN, eine „Zerstörung des militärstrategischen Gleichgewichts" werde nicht zugelassen. Ausdrücklich unterstützte er den sowjetischen Vorschlag, daß alle Atommächte ihre nuklearen Rüstungen gleichzeitig einfrieren.

gtm. **Stockholm**

Werden bei den beiden Genfer Verhandlungen zur Rüstungskontrolle nicht bald spürbare Fortschritte gemacht, besteht Gefahr, daß die gesamten Abrüstungs- und Kontrollbestrebungen über einen längeren Zeitraum gelähmt würden. Komme es dagegen zu einer Einigung, könnte damit die Tür zu umfassenden Waffenreduzierungen geöffnet werden. Diese Auffassung vertritt das angesehene Stockholmer Internationale Friedensforschungs-Institut (SIPRI) in seinem jetzt veröffentlichten Jahrbuch. Es ist in seiner Beurteilung der Gesamtlage äußerst pessimistisch. Das SIPRI verweist darauf, daß es nunmehr zehn Jahre her ist, seit ein konkretes Rüstungsbegrenzungsabkommen unterzeichnet worden ist.

Bei keiner Einigung: 60 000 Atomwaffen bis 1990?

In der Auseinandersetzung um die Stationierung der sowjetischen SS-20-Raketen sowie der amerikanischen Marschflugkörper und Pershing-2-Raketen vertreten die Stockholmer Friedensforscher die Auffassung, daß das britische und französische Kernwaffenpotential mit einbezogen werden sollte; entweder bei den START-Verhandlungen oder – vorzugsweise – im SS-20-Pershing-2-Zusammenhang. Sie betrachten dieses Potential zunächst mehr als einen Rechenfaktor. Dies müsse nicht unbedingt die Einbeziehung dieser beiden Länder in die Verhandlungsrunde bedeuten.

Das Institut kommt zu dem Schluß, bis 1990 würden weltweit mehr als 60 000 Atomwaffen gelagert sein, falls die USA und die Sowjetunion keine Einigung bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen erzielen sollten. „In der Geschichte der Waffen markieren gewisse Jahre neue Stufen im Prozeß der militärischen Konfrontation. 1983 ist ein solches Jahr. Sowie neue (Waffen-)Stationierungen gemacht sind, werden sie selten rückgängig gemacht. Sie erweisen sich gewöhnlich als Punkte ohne Wiederkehr", heißt es im SIPRI-Jahrbuch.

Schlechte Zensuren für Lehrer

AP, Köln

Die Wirtschaft hat den zur Zeit fast 23 000 arbeitslosen Lehrern ein vernichtendes Zeugnis über ihre Verwendungsfähigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgestellt. Aus einem ersten Zwischenergebnis eines Modellversuchs des unternehmernahen „Instituts der Deutschen Wirtschaft" ergibt sich, daß nur zwischen zehn und 20 Prozent der Lehrer in der privaten Wirtschaft eine ihrem erlernten Beruf gleichwertige Beschäftigung finden können. Im Rahmen dieses Versuchs wurden 78 Arbeitsplätze in der Wirtschaft angeboten. Obwohl sich darum rund 1000 Junglehrer bewarben, konnten nur 35 Stellen besetzt werden. Für 13 Plätze reichte die Qualifikation der Bewerber nicht aus, sieben blieben aus „sonstigen Gründen" leer, und 23 Plätze waren wegen kurzfristiger Absagen der Lehrer nicht zu belegen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 580 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Der Papst in seiner früheren Bischofsstadt

Johannes Paul II. als das national-religiöse Idol der Polen

Von F. MEICHSNER

In Krakau, der Endstation dieser zweiten päpstlichen Polenreise, konzentriert sich noch einmal all das, was diesem Ereignis weit über das Heimatland Karol Wojtylas hinaus Bedeutung und Ausstrahlungskraft gegeben hat: der von der Botschaft des Evangeliums getragene Mut dieses polnischen Papstes, für die von ihm empfundene Wahrheit Zeugnis abzulegen; das Ineinanderschließen von Religiosität und Patriotismus; die Begeisterung der Massen für ihr nationalreligiöses Idol, die dieser Papst wie kein anderer zu wecken und zu lenken versteht; die gläubige Inbrunst der Menschen, die blitzartig umschlagen kann in frenetischen Jubel, aber auch in Demonstrationen; die Verwobenheit gepredigter Heilserwartung und politischer Deutungsversuche; das Nebeneinander von Gottesdienst und Demonstration, von Andacht und Schau.

Als der ehemalige Erzbischof von Krakau am Dienstag abend im päpstlichen Gewand in seine alte Metropole einzieht, übertrifft der Empfang alles bisher Dagewesene. Noch lange nach Mitternacht ist das historische Stadtzentrum um die Wawelkathedrale mit Tausenden von Menschen gefüllt. Sie ziehen über den alten Marktplatz, und viele von ihnen gehen schon jetzt hinaus vor die Stadt, wo am nächsten Vormittag um 10 Uhr die Papstmesse beginnt. Andere strömen in die überfüllten Kirchen. Zur Kathedrale findet man nachts um 1 Uhr kaum noch Zutritt. Sie ist – wie alle Kirchen – durchgehend die ganze Nacht über geöffnet, zum Gebet, aber auch als Nachtquartier für die oft von weither kommenden Pilger.

In Kattowitz winken Kumpel

Im Gebetsgestühl gleich links vom Eingang sitzen ganze Familien. Davor knien vor einem Madonnenbild zur Rechten Männer und Frauen, junge und alte, in tiefem Gebet. Es ist ein Bild, wie es sich keine Regie für die Nachtlagerszene eines historischen Wallfahrtsdramas überzeugender und realistischer ausdenken könnte. Hier ist es die Realität von Krakau in dieser klaren, mondbeschienenen Sommernacht vom 21. zum 22. Juni 1983.

Realität ist auch der Fensterschmuck, den man auf der Fahrt von Breslau durch das oberschlesische Industrierevier nach Krakau überall in den grauen, trostlos wirkenden Arbeiterstädten neben den Gruben und Hochöfen beobachten kann. Liebevoll ist das Papstportrait von Blumen, Teppichen oder aber – in den meisten Fällen – von bunt aufleuchtenden Glühbirnen umkränzt. Bei Kattowitz winken dem Bus mit den Fähnchen Polens und des Vatikans und dem Schild „Prasowe" (Presse) die Kumpels zu, die mit ihren noch immer leuchtenden Grubenlampen von der Arbeit nach Hause eilen.

Und Realität ist dann am strahlenden Frühsommermorgen des Mittwochs auch die unübersehbare Menge bei der Seligsprechung zweier schon wie Nationalheilige verehrter polnischer Mönche durch den Papst, auf deren Weg zur Seligsprechung, wie Johannes Paul II. in seiner Predigt sagt, der Aufstand gegen das russische Zarenregime „eine Etappe" gewesen sei. „Beide waren inspiriert von der heroischen Vaterlandsliebe", hebt der Papst in der Lebensgeschichte hervor, die er während der Seligsprechungszeremonie von dem Karmeliterpater Rafal Kalinowski und dem Franziskanerbruder Albert Chmielowski gibt. Der eine hat sich mit 28 Jahren als Ingenieur und Offizier der zaristischen Armee den polnischen Aufständischen angeschlossen. Der andere war ein 17jähriger Agrarstudent, als er zu den Waffen griff. In beiden erwachte die Berufung zum monastischen Leben erst später – nachdem der eine seine Verbannungsstrafe in Sibirien abgebüßt, der andere – strafweise verstümmelt – aus dem Aufstand heimgekehrt war.

Wie Maximilian Kolbe, so fährt der Papst unter dem Beifall der Menge fort, hätten auch Pater Kalinowski und Bruder Chmielowski „in heroischem Maß" gesiegt. „Ihre Erhebung auf die Altäre in ihrem Heimatland ist ein Zeichen der Stärke, das mächtiger ist als alle menschliche Schwäche, mächtiger als jede Situation, auch als die schwierigste, nicht ausgeschlossen der arrogante Machteinsatz." Sie hätten „der Nation Symbole des Sieges" gegeben: „Auch die Nation als besondere menschliche Gemeinschaft ist zum Sieger aufgehoben, mit Glaubensstärke, Hoffnung und Liebe – mit der Stärke von Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit."

Wie alle ähnlichen vom Papst in den vergangenen Tagen seiner Polenreise ausgesprochenen Sätze ist auch dieser vom Evangelium abgeleitet. Er ist „ausschließlich religiöser und moralischer Natur", wie Vatikansprecher Panciroli in einem Kommuniqué feststellt, das sich gegen den „Versuch gewisser internationaler Informationsorgane" wendet, „die Reise und die Worte des Papstes auf der Grundlage eines Inhalts und einer Absicht politischen Charakters" zu interpretieren.

Das Faktum des Besuches

Tatsache ist freilich, daß sich der Papst selbst mit seiner häufigen Bezugnahme auf die polnische Geschichte und auf die aktuelle Lage in Polen der Gefahr aussetzt, auch politisch verstanden – und vielleicht mißverstanden – zu werden. Und das gar nicht so sehr von „gewissen internationalen Informationsorganen", sondern von Tausenden von Menschen, die sich offensichtlich durch manche Papstworte in ihrer politischen Einstellung bestätigt fühlen und das demonstrativ zum Ausdruck bringen – worüber dann die Weltpresse pflichtgemäß berichtet.

Aber vielleicht findet dieses vatikanische Kommuniqué eine Erklärung in der seit der an die Jugend gerichteten Papstrede von Tschenstochau spürbar zunehmenden Nervosität der polnischen Autoritäten, denen Pater Panciroli ausdrücklich bescheinigt, daß sie bei der Abwicklung des Papst-Besuches „aktiv kooperieren".

Das alles aber bleibt im Grunde nur Randgeschehen. Das zentrale Faktum dieses Besuchs ist die sich immer wieder manifestierende Identifizierung eines um seine Zukunft bangenden Volkes mit einem religiösen Tribun, in dem dieses Volk geradezu messianische Hoffnungen zu setzen scheint. Und diese Identifizierung ist vollkommen, da sie gleichzeitig auf religiöser und nationaler Ebene verwirklicht wird.

Heute, Donnerstag, wird Karol Wojtyla privat – so weit ihm das möglich ist – Erinnerungen an seine Zeit als Erzbischof dieser Stadt und ihrer bis in die Karpaten reichenden Diözese pflegen. „Privat" soll auch – vor der Rückkehr nach Rom – das angekündigte Treffen mit dem Danziger Arbeiterführer Lech Walesa und dessen Familie sein.

Krakau – von Habsburgs Toleranz geprägt

Von CARL G. STRÖHM

In Krakau bewegt sich Johannes Paul II. auf heimatlichem Boden. Hier, im Süden Polens, am Fuße der Beskiden, liegt sein Geburtsort Wadowitz (Wadowice). In Krakau hat Karol Wojtyla studiert, in Krakau wurde er 1958 Weihbischof, 1962 Kapitularvikar und 1964 Erzbischof. Bis zur Papstwahl 1978 war er Oberhaupt der Erzdiözese – und nahm damit, nach dem Warschauer Primas Wyszynski, die zweitwichtigste Position im polnischen Katholizismus ein. Seit 1967 war Karol Wojtyla, gleichfalls nach Wyszynski, der zweite polnische Kardinal.

Als Erzbischof von Krakau befand er sich zwar stets in Übereinstimmung mit dem Primas in Warschau. Aber Wojtyla setzte schon damals die Akzente anders. Das lag einmal an seinem persönlichen Temperament, dann aber auch an der unterschiedlichen Funktion, die beide Oberhirten auszufüllen hatten. Während Wyszynski in Warschau unmittelbar die Verhandlungen und Konflikte mit dem kommunistischen Staat auszutragen hatte und daher eine behutsamere Linie verfolgte, trat Wojtyla in Krakau als weitaus unbekümmerter Kämpfer für die Menschenrechte hervor. Er solidarisierte sich immer wieder mit der intellektuellen Opposition. Er kämpfte gegen den offiziellen Atheismus, etwa in der „sozialistischen Stadt" Nowa Huta bei Krakau, wo die kommunistischen Behörden jahrelang den Bau von Kirchen verweigerten. Jetzt erfährt Johannes Paul II. eine päte Genugtuung für die Kämpfe der damaligen Zeit, als er in einer provisorischen und „illegal" errichteten Baracke von Nowa Huta Gottesdienste abhalten mußte: Als Papst weihte er in der „sozialistischen Stadt", die ursprünglich dem Atheismus verschrieben war, die zweite katholische Kirche. Sie trägt den Namen des Auschwitz-Märtyrers Maximilian Kolbe.

Nur aus dem Krakauer Boden konnte ein solcher Mann wie Karol Wojtyla emporwachsen, sagte einmal ein polnischer Intellektueller. Denn Krakau – das auch das „polnische Rom" oder das „polnische Athen" genannt wird – ist das einzige Gebiet Polens, das von nationalen Katastrophen bis zu einem gewissen Grade verschont blieb. Hier wurde die nationale Kraft des Polentums niemals ganz gebrochen. Eine fast südländische, barocke Grazie liegt über dieser alten Königsstadt, in deren Burg Wawel der von Johannes Paul mehrfach erwähnte Befreier Wiens, König Johann III., Sobieski – und Marschall Pilsudski, der 1920 vor Warschau die Sowjets zurückschlug, ihre letzte Ruhestätte fanden.

Nach den polnischen Teilungen und den napoleonischen Kriegen kamen Krakau und das heutige

DIE ● ANALYSE

Südpolen als „Königreich Galizien und Lodomerien" unter die Herrschaft der Habsburger Monarchie. Während einiger Jahrzehnte war Krakau sogar eine „freie und unabhängige Stadt" mit einer liberalen Verfassung, bevor sie 1846 dem Kronland Galizien einverleibt wurde. Die Österreicher erwiesen sich als Mildeste unter den drei Teilungsmächten. Besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verfolgten sie gegenüber den Polen in Galizien, aber auch in Österreichisch-Schlesien (dem Gebiet um Teschen und Bielitz) eine liberale, tolerante Politik. Die Universitäten von Krakau und Lemberg wurden ebenso wie das galizische Schulwesen durch die Österreicher polonisiert. Viele literarischen und politischen Schriften, die in den preußisch-deutschen und russischen Gebieten Polens von der Zensur verboten wurden, konnten im österreichischen Krakau ungehindert erscheinen. Beim Polen-Aufstand des Jahres 1863, der das russisch beherrschte Gebiet erfaßte, leisteten die österreichischen Polen ihren Landsleuten über die Grenze hinweg umfangreiche Hilfe – was von den österreichischen Behörden anfangs geduldet und jedenfalls nicht sehr behindert wurde. 1869 erließ Kaiser Franz Joseph, der den Polen wohlgesonnen war, eine Verordnung, wonach die polnische Sprache in Galizien zur Amtssprache in der gesamten Verwaltung erhoben wurde.

Das alles wäre sowohl im russischen wie auch im preußischen Teilungsgebiet undenkbar gewesen. Hinzu kam noch, daß zwei Polen aus Galizien zu Ministerpräsidenten in der Wiener Regierung ernannt wurden: Alfred Graf Potocki (1870 bis 1871) und Kazimierz Graf Badeni (1895 bis 1897). In der Armee Österreich-Ungarns stellten nach den Deutschen und den Ungarn die Polen die meisten Generäle.

Gewiß hatten auch die galizischen Polen die Hoffnung auf volle Unabhängigkeit und Wiedervereinigung aller polnischen Gebiete niemals aufgegeben. Aber im Gegensatz zu ihren Landsleuten in den anderen Teilungsgebieten betrachteten sie „ihre" österreichische Teilungsmacht nicht als Feind, sondern als zumindest zeitweiligen Bundesgenossen und Helfer, vor allem gegen Rußland. Österreich wiederum, das die Slawen-Politik und den Druck des russischen Kaiserreichs am meisten zu fürchten hatte, sah in den Polen willkommene Verbündete. So vollzog sich auch das Ende der österreichischen Herrschaft 1918 in Krakau ohne Feindschaft und Bitternis auf beiden Seiten. Knapp zwei Jahre danach wurde Karol Wojtyla geboren: ein Pole mit altösterreichischem Hintergrund. Vielleicht besitzt er deshalb besonderen Sinn für die nationale Frage und für die Völker an den Ufern von Donau, Oder und Weichsel.

Papst appelliert an Vaterlandsliebe

● Fortsetzung von Seite 1

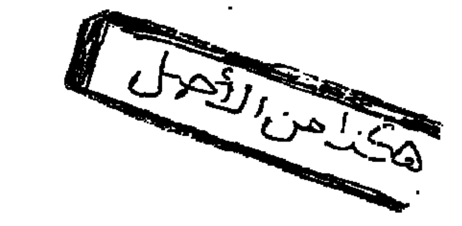
Die polnische Regierung und die offiziellen Medien veröffentlichten auch gestern kritische Kommentare zu einzelnen Bemerkungen des Papstes. Außenminister Stefan Olszowski reagierte vor allem auf die Äußerungen von Johannes Paul II. über die besondere geopolitische Lage, die Polen nach 1945 in den Bereich des Ostblocks brachte. Olszowski erklärte, gerade diese Situation verbunden mit einer neuen Gesellschaftsordnung habe dem Land erstmals eine ruhige nationale Existenz garantiert. Die Allianz mit der UdSSR sei „keine Frage der Notwendigkeit, sondern die einer klugen politischen Wahl". Olszowski warf westlichen Kräften vor, die Pilgerfahrt des Papstes in sein Heimatland politisch auszubeuten und in eine „antisozialistische Manifestation" zu verwandeln.

Der Außenminister vertrat in der Parteizeitung „Trybuna Ludu" die Auffassung, die Unterredung zwischen dem Papst und General Jaruzelski am Freitag vergangener Woche habe eine „bedeutende Konvergenz der Ansichten in zahlreichen wesentlichen Fragen" gebracht. Vor allem begrüßte Olszowski die Haltung des Oberhaupts der katholischen Kirche zur Frage der „territorialen Integrität". Die Worte von Johannes Paul II. in „Wroclaw" hätten all jenen in der Bundesrepublik Deutschland, „das moralische Recht abgesprochen, weiter von Breslau statt von Wroclaw zu reden".

In Breslau hatte der Papst seinen Appell zur Versöhnung zwischen Polen und Deutschen mit Worten der Genugtuung über die 1972 vollzogene kirchenrechtliche Neuordnung in den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten verbunden.

Arbeiterführer Lech Walesa reiste gestern von Danzig aus nach Krakau, wo das geplante Treffen mit dem Papst für heute vorgesehen ist. Mit Walesa und einem Teil seiner Familie reist der Danziger Bischof Tadeusz Goclawski.

Die polnischen Behörden versicherten gestern, alle Papst-Reden seien für die Presse des Landes frei. Es gebe keine Zensur mehr, wurde erklärt.



Für Arafat läuft die syrische Sanduhr ab

Damaskus geht in der Bekaa-Ebene offen zum Angriff über / Lage im Norden Libanons noch nicht entschieden

Von PETER M. RANKE

Wieder einmal kam die entscheidende Hilfe für die Gegner des PLO-Chefs Yassir Arafat (54) aus Syrien. Während Arafat am Sonntag bis in die Nacht noch mit den zwölf anderen Mitgliedern des Zentralkomitees der Fatah-Organisation in Damaskus tagte und die Kämpfe mit den „Meuterern" als ernst bezeichnete, fiel in der syrischen Führung die Entscheidung, nun endgültig offen gegen Arafat und seine letzten Erfolgsleute vorzugehen.

Mit Panzern und Schützenpanzern rollten die Syrer am Dienstagmorgen an den Stellungen und Lagern der rund viertausend Fatah-Kämpfer in der Bekaa-Ebene und an der syrischen Grenze auf. Es gab Tote und Verwundete. Aber aus Rücksicht auf die arabische Welt nennen die Syrer keine Zahlen über diesen neuen Kampf Araber gegen Araber.

Arafat war noch am Montagabend aus Damaskus in das palästinensische Flüchtlingslager Baddawi in Nordlibanon geflüchtet, wo er seine Hilferufe an arabische Könige und Präsidenten wie den Ägypter Mubarak veröffentlichte. Nach Damaskus kann und will er nicht mehr zurückkehren, nachdem er die Syrer der offenen Aggression und Hilfe für die „Meuterer" bezichtigt hatte. Wahrscheinlich wird Arafat versuchen, nach Saudi-Arabien oder Tunesien zu gehen, wo er eine Art Exil-PLO weiterführen kann.

Der syrische Präsident Hafez Assad unterstützte die „Meuterer" unter „Oberst" Samir Mussa gegen die Politik Arafats durch Nachschub, während das libysche Bekaa-Bataillon in der vorigen Woche schon offen gegen Arafats Fatah-Anhänger kämpfte und sich verschiedene PLO-Fraktionen den Arafat-Gegnern anschlossen. Jetzt ist offenkundig, daß Arafat der Meuterei nicht mehr Herr werden kann und daß sich die Mehrheit der rund 8000 Fatah-Kämpfer gegen ihn stellt.

Damit ist für Hafez Assad das Warten vorbei. Er sieht und ergreift die Gelegenheit, Arafat zu entmachten und die PLO unter syrische Kontrolle zu bringen. Argwöhnisch hatte er im Frühjahr beobachtet, wie sich Arafat mit König Hussein zusammentat und anscheinend dem Plan von US-Präsident Reagan zum Erfolg verhelfen wollte. Mißtrauisch hat Assad auch verzeichnet, wie sich Arafats Leute anschickten, Nordlibanon mit Tripolis zu ihrer neuen Basis zu machen, und wie sie sich an der strategischen Straße nach Damaskus häuslich niederließen.

Offenbar hat die syrische Führung auch vermutet, daß Arafats Anhänger in Tripolis mit den antisyrischen Milizen zusammenarbeiteten, wie es schon im Winter der Fall war. Den syrischen Truppen stand ein verlustreicher Kleinkrieg bevor. Der Verdacht muß in Damaskus zur Gewißheit geworden sein, als am Montag sieben syrische Offiziere und Soldaten an der Küstenstraße in einen Hinterhalt gerieten und ermordet wurden. Während die Palästinenser in der Bekaa aber heute keine Gefahr mehr für die Syrer sind, sondern im Gegenteil eine künftige Speerspitze, bleibt den syrischen Truppen nun noch, ihre Herrschaft auch in Tripolis und Nordlibanon durchzusetzen. Sie können dort jeden Nachschub für die PLO Arafats sperren. Über Zypern werden in jüngster Zeit zunehmend schwerbewaffnete PLO-Kämpfer aus Tunesien nach Libanon eingeschleust. Sie sollen Arafats Truppen stärken.

Der Streit der Syrer mit Yassir Arafat ist alt und wird in diesen Tagen entschieden. Für Hafez Assad ist der Chef und Oberkommandierende der PLO, Arafat, weder politisch noch militärisch erfolgreich und hat die PLO zum Selbstzweck degradiert, was allen seinen Anhängern ein gutes Leben erlaubt. Der gleichen Ansicht sind die harten Terroristen-Chefs oder „Politiker" wie Khaddumi, Fahum oder Abu Iyad. Schon 1976 im libanesischen „Bürgerkrieg" hatte Assad die syrische PLO-Organisation „Saika" (Blitzstrahl) gegen Arafat in Beirut eingesetzt. Seitdem belastet Blutschuld die Beziehungen zwischen Assad und Arafat.

Nachdem die PLO durch Arafats Schuld aus Jordanien (1970) und Südlibanon (1982) vertrieben worden war, konnte sie nach syrischer Auffassung nur unter der Dominanz von Damaskus weiter existieren. Arafat hat das nicht anerkannt und wollte sich und den PLO-Gremien eine gewisse Unabhängigkeit sichern. Das aber läßt Assad nicht zu. Eine selbständige PLO paßt nicht in das Konzept eines großsyrischen Reiches, bestehend aus Libanon, Jordanien und einem arabischen Palästina. Für Assad wird der Kampf um „Palästina" von Damaskus aus geführt oder gar nicht.

Die ewig zerstrittenen Palästinenser müssen nach syrischer Auffassung an die Kandare gelegt werden, so wie jetzt in der Bekaa. Tatsächlich sind die Palästinenser stets uneins gewesen, wenn es darauf ankam: vom Streit der großen Clans der Husseini und Nashashibi in Jerusalem in den zwanziger und dreißiger Jahren bis zur PLO mit acht uneinigen Kampforganisationen.

Der Schlag der Syrer aber fordert auch Saudi-Arabien als Hauptstütze Arafats heraus. Doch Damaskus scheint die Risiken abgewogen und auch Moskaus Zustimmung erhalten zu haben. Die Saudis können ihre Finanzhilfe den Syrern entziehen, doch eher werden sie wohl aus Furcht eine Rumpf-PLO dulden oder ihren stoppelbärtigen Freund fallenlassen. Die syrische Sanduhr für Arafat läuft ab. (SAD)

Brasilia umarmt Surinam

Waffen und Kredite sollen Kubas Einfluß schmälern

MANFRED NEUBER, **Bonn**

Brasilien läßt nichts unversucht, das Nachbarland Surinam aus der Einflußsphäre Kubas herauszubekommen. Sein Vorgehen wird in Nord- und Südamerika mit großer Aufmerksamkeit und einigem Befremden verfolgt.

Die rechte Militärregierung in Brasilia will dem linken Revolutionsregime in Surinam mit Waffen- und Wirtschaftshilfe unter die Arme greifen. Schon in wenigen Tagen soll eine breitgefächerte Unterstützungsaktion anlaufen.

Wieder einmal geht Brasilien mit seiner „pragmatischen Außenpolitik" eigene Wege. Während die USA und südamerikanische Staaten den Diktator Desi Bouterse isolieren wollen, kommen die Brasilianer freundschaftlich auf ihn zu.

Die Niederlande als frühere Kolonialmacht Surinams und die USA stellten im Dezember 1982 ihre Hilfe für Paramaribo nach den Massakern an der Opposition des seit 1975 unabhängigen Landes ein. Kolumbien und Venezuela lehnten danach Hilfeersuchen der Regierung Surinams ab.

Noch im September vorigen Jahres waren die USA bereit, Unterstützung in Höhe von 1,5 Millionen Dollar an Surinam zu leisten. Bis zur Einstellung jeglicher westlicher Hilfe zahlten die Niederlande 1,5 Milliarden Dollar, jährlich 20 Prozent des Haushalts Surinams seit der Unabhängigkeit.

Bouterso (37) kam 1980 durch eine Unteroffiziers-Revolte an die Macht. Anfangs mißtraute er Havana und wies einen kubanischen Diplomaten wegen „subversiver Umtriebe" aus. Das änderte sich nach einem Besuch bei Fidel Castro.

Heute unterhält Havana die größte Botschaft in Paramaribo: Etwa 50 Mitarbeiter unter Führung von José Osvaldo Càrdenas, vorher Chef der Karibik-Abteilung im Zentralkomitee der kubanischen Kommunisten.

Das Castro-Regime hat Berater in das neue Ministerium für die revolutionäre Schulung der Massen und Experten in die Armee Surinams entsandt. Ähnlich gingen die Kubaner in Nicaragua und auf der Antillen-Insel Grenada vor.

Mit großer Sorge sieht Brasilien eine Basis für kubanische Subversion in Südamerika an seiner Nordgrenze entstehen. Dieser Gefahr will man mit einer „Strategie der Umarmung" Surinams entgegenwirken.

Präsident Joao Baptista Figueiredo schickte den Chef des Nationalen Sicherheitsrates, General Danilo Venturini, bereits im April in geheimer Mission nach Paramaribo. Kürzlich kam Surinams Ministerpräsident Erroll Alibux nach Brasilia.

Bei seinen Gesprächen über brasilianische Hilfe erklärte Alibux, Surinam wünsche engere Beziehungen zu den südamerikanischen Nachbarn. Darauf ging Brasiliens Außenminister Ramiro Saraiva Guerreiro mit der Feststellung ein: „Wir nehmen ihm das ab."

Gleichzeitig erklärte General Venturini vor dem Senat: „Es wäre nicht gut, wenn ein Nachbarland zum Verbündeten eines Regimes würde, das Probleme für Brasilien heraufbeschwören könnte." Zwischen Brasilien und Kuba bestehen keine diplomatischen Beziehungen.

Beim Besuch des niederländischen Regierungschefs Ruud Lubbers Anfang Juni in Brasilia wurde die Lage in Surinam eingehend erörtert. Lubbers riet zur Zurückhaltung bei Waffen-Lieferungen an das Revolutionsregime.

Die Armee Surinams ist etwa 1600 Mann stark (bei 350 000 Einwohnern europäischer, afrikanischer und asiatischer Abstammung). Sie soll um 500 Soldaten verstärkt werden. Nach dem Massaker im Dezember sind die meisten Offiziere aus dem Lande geflüchtet.

Surinams Armee-Chef, Iwan Graanoogst, besichtigte unlängst Betriebe der brasilianischen Rüstungsindustrie. Es gab auch Begegnungen zwischen Regierungsbeamten, und Brasilia entsandte einen Militärattaché an seine Botschaft in Paramaribo.

Brasilien ist bereit, dem militanten Nachbarland leichte Schützenpanzer sowie Aufklärungs- und Transport-Flugzeuge auf Kredit zu liefern.

Im Juli sollen Abkommen über technische Hilfe Brasiliens für die Exploration von Bodenschätzen, die tropische Landwirtschaft, die Palmöl-Gewinnung, die Fischerei, die Reisverarbeitung und kleine Wasserkraftwerke getroffen werden. Außerdem soll der Handelsaustausch zwischen Brasilien und Surinam erweitert werden.

Amerikanische Diplomaten halten die brasilianischen Bemühungen für nützlich, falls sie den kubanischen Einfluß in Surinam zurückdrängen können. Man macht aber keinen Hehl daraus, daß diese Hilfe zu spät komme, um noch etwas am Pro-Castro-Kurs zu ändern.

Reform erst im Herbst

Frau Thatcher will Gewerkschaften demokratisieren

FRITZ WIRTH, **London**

Die Herren Minister erschienen im Smoking, zahlten 23,50 Pfund (rund 100 Mark) in die Haushaltskasse von Frau Thatcher und wurden dafür mit den gastronomischen Künsten und den politischen Plänen von Downing Street vertraut gemacht. Es war das übliche Ritual am Vorabend der Thronrede: die Premierministerin lud ihre 103 Minister zu sich zu Gast, bewirtete sie mit einem Dinner zum Selbstkostenpreis und ließ ihnen zugleich ihre Regierungserklärung vorlesen, bevor am Mittwochvormittag ihr Inhalt in einem noch wesentlich prunkvolleren Ritual durch die Königin der Öffentlichkeit enthüllt wurde.

Aufwand und Inhalt jedoch standen dieses Mal kaum im richtigen Verhältnis. Denn diese Regierungserklärung signalisierte nicht so sehr einen Neuanfang nach der gewonnenen Wahl, sie ist eher der Fortsetzungsbericht altvertrauter politischer Pläne. Frau Thatcher beginnt ihre Arbeit dort, wo sie vor fünf Wochen durch die plötzlich angesetzte Wahl unterbrochen wurde. Es geht – zumindest in den ersten sechs Monaten ihrer neuen Legislaturperiode – in der alten Routine weiter.

Dann jedoch wird Leben ins Unterhaus kommen. Die Regierung wird ein Versprechen einlösen, das ihr bei der letzten Wahl beträchtliche Stimmengewinne sicherte: sie wird Gesetze einbringen zur Gewerkschaftsreform. Sie sollen diesen großen monolithischen Block, der seit einem halben Jahrhundert fast allen britischen Regierungen im Weg stand, demokratisieren. Ein Grünbuch, ein Diskussionspapier zu dieser Reform, war durch Arbeitsminister Norman Tabbit bereits im Januar dieses Jahres vorgelegt worden.

Ziel dieser Reform ist es in erster Linie, die Allmacht gewisser Gewerkschaftsfunktionäre zu brechen und den einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern mehr Mitbestimmungsrechte in den wichtigsten Entscheidungsprozessen zu sichern. Die neuen Gesetze sehen deshalb vor, daß diese Gewerkschaftsfunktionäre künftig durch geheime Wahl ihrer Mitglieder gewählt werden und daß zugleich vor Streiks in geheimer Abstimmung die Zustimmung aller betroffenen Gewerkschaftsmitglieder zur Arbeitsniederlegung eingeholt werden muß.

Außerdem war in diesem Grünbuch eine Reform der bisher automatisch einbehaltenen Beitragszahlungen der Gewerkschaftsmitglieder für die Labour Party vorgeschlagen worden. Künftig sollten nach Vorstellungen der Regierung Thatcher nur noch Mitgliedsbeiträge jener Gewerkschafter an die Labour Party weitergeleitet werden, die es ausdrücklich in schriftlicher Form wünschen. Sollte dieser letzte Vorschlag Gesetz werden, wäre es ein schwerer Schlag für die Labour Party, die 85 Prozent ihrer Einnahme aus dieser Quelle bezieht und ohne diese automatisch einbehaltenen Beiträge praktisch bankrott wäre.

Wie zu erfahren ist, ist man in Regierungskreisen heute nicht mehr sehr begierig, diese Finanzreform durchzusetzen, weil durch sie das gesamte heikle Thema der britischen Parteienfinanzierung hochgespielt würde. Bei den Tories fürchtet man, daß die Labour Party, wenn sie einmal wieder an die Macht kommen sollte, sich mit einem Gesetz revanchieren würde, das die Parteienfinanzierung durch die Industrie reglementieren würde.

Die Regierung Thatcher erhofft von dieser Reform eine Entradikalisierung der Gewerkschaften. Im Augenblik sind zahlreiche Gewerkschafts-Präsidenten auf Lebenszeit gewählt. Viele von ihnen verdanken ihre Wahl einem komplizierten Wahlblock-System an der Basis, bei dem in erster Linie die Aktivisten unter sich waren. Es gibt viele Gewerkschafts-Präsidenten, die von höchstens 15 Prozent ihrer eingeschriebenen Mitglieder ein Mandat auf Lebenszeit erhielten.

Ob eine Demokratisierung dieses Wahlprozesses jedoch militante Gewerkschaftsfunktionäre abzublocken vermag, ist keineswegs sicher. So ist beispielsweise die britische Bergarbeiter-Gewerkschaft eine der demokratischsten im Lande, in der alles das bereits verwirklicht worden ist, was die Regierung nun durch ihre Reform zum Gesetz machen will. Dennoch haben diese Bergarbeiter mit Arthur Scargill vor zwei Jahren den bei weitem militantesten Gewerkschaftschef im Lande zum Präsidenten gewählt. Scargill ist bis zum Jahre 2004 unabsetzbar im Amt.

Wesentlich realistischer dagegen ist die Hoffnung der Regierung, durch gesetzmäßige Urabstimmungen vor Streikaktionen die Zahl der Streiks erheblich zu reduzieren. Bisher fanden solche Abstimmungen meistens öffentlich durch Handerheben statt.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Billigmiete auf Lebenszeit?

„Trautes Heim"; WELT vom 15. Juni

Herr von Loewenstern spricht in seinem Artikel den künstlich geschaffenen Pferdefuß des seit 1. 1. 1983 geltenden neuen Mietrechts an, nämlich die dreißigprozentige Kappungsgrenze. Diese führt de facto dazu, daß Mieten, die weit unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen, erst in einem u. U. Jahrzehnte dauernden Erhöhungsprozeß – wenn überhaupt – an das geltende Marktmietniveau herangeführt werden können, was für die einsitzenden Mieter Billigmiete auf Lebenszeit bedeutet. Durch diese dirigistische Sperre wird dem Vermieter der ihm nach der Verfassung zustehende Anspruch auf die ortsübliche Vergleichsmiete erheblich beschnitten, wenn nicht sogar völlig unmöglich gemacht.

Es ist darum geradezu grotesk, wenn der Deutsche Mieterbund diese – für den Bereich des freifinanzierten Wohnungsbaus konzipierte Regelung – umfunktionieren und auch auf den Bereich des kostenmietgebundenen Wohnungsbaus ausdehnen möchte. Die Kostenmiete, durch staatliche Berechnungsverordnung basierend auf anachronistischen Kostenansätzen künstlich niedrig gehalten und nachweislich die laufenden Bewirtschaftungskosten nicht deckend, wäre eine völlig untaugliche Berechnungsgrundlage, von verfassungsrechtlichen und sozialen Aspekten (z. B. Festschreibung der Fehlbelegung!) ganz zu schweigen.

Der Gesetzgeber ist aufgerufen, hier endlich für die notwendige politische Klarstellung zu sorgen, damit die Intentionen des Gesetzes, nämlich mehr Liberalismus und Vertrauen zu Investitionen, völlig konterkariert werden, und letztlich nur noch mehr Dirigismus auf den Wohnungsmarkt zukommt.

Heinz W. Dürselen, Düsseldorf 12

Unbekannte Insel

„Skat beim Botschafter"; WELT vom 8. Juni

Mein Fazit des WDR-Fernsehberichtes deckt sich mit dem Ihres Kritikers Klaus Boden: Eine dürftige Reportage, oberflächlich, ein unvollständiges, mißverständliches Bild von Madagaskar vermittelnd.

Leider kein Wort über den wirklichen madagassischen „Alltag": Hohe Ölpreise, hohes internationales Zinsniveau, niedrige Weltmarktpreise für Exportprodukte, Auswirkungen ungünstiger Witterungsbedingungen usw. Bedauerlicherweise auch kein Hinweis auf enge Konsultationen mit und Unterstützung durch IWF und Weltbankgruppe, vielseitige Hilfe westlicher Regierungen in Unterstützung madagassischer Rehabilitierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen (z. B. auch Liberalisierungstendenzen in Wirtschaft und Landwirtschaft, wie Freigabe des Reispreises u. ä.) und das unübersehbare Bemühen Madagaskars, die Kooperation mit dem Westen (speziell auch der Bundesrepublik Deutschland) zu intensivieren.

Vor genau 100 Jahren wurde der deutsch-madagassische Freundschafts- und Handelsvertrag geschlossen. Spätestens anläßlich der Feierlichkeiten in Antananarivo und Bonn im Mai diesen Jahres hätte Ihr Korrespondent Gelegenheit gehabt, seine Madagaskar-Kenntnisse „a jour" zu bringen.

H.-J. Knappe, Hamburg 73

Regeln im Äther

„Piratenstück der ‚DDR' im Äther"; WELT vom 15. Juni

Die in der DDR verwendeten Mittelwellenfrequenzen entsprechen grundsätzlich dem ab 23. 11. 1978 gültigen Genfer Wellenplan. Die von Herrn Jäger angeführte neue Frequenz 1341 kHz ist eine Ausnahme, ähnlich wie die in der Bundesrepublik Deutschland seit 1982 benutzte Frequenz 774 kHz (Bonn/WDR).

Die Frequenzen 1575 kHz und 1431 kHz sind im Genfer Wellenplan für sehr leistungsstarke Sender der DDR vorgesehen, und zwar für Neubrandenburg mit 1500 kW bzw. Dresden mit 250/150 kW Leistung (vgl. „Der große HÖR ZU-Wellenplan" – Die aktuellen Frequenzen des Genfer Wellenplans, zusammengestellt von Hermann Jäger).

Wenn schwächere Sender von anderen Standorten aus auf diesen Frequenzen arbeiten, so ist das als eine Übergangslösung anzusehen. Auch in der Bundesrepublik gibt es für beides ein entsprechendes Beispiel: die Frequenz 630 kHz ist im Wellenplan für einen 100-kW-Sender im Tagesbetrieb von Braunschweig aus vorgesehen, benutzt wird sie vom zuständigen NDR lediglich mit 10 kW von Dannenberg aus (z. T. SFB-Programm).

Jedenfalls ist eine spätere Umstellung auf leistungsstärkere Sender durchaus legal.

Dr. Karl Heidelberg, Herne 1

Ein Vaterland

„Der 17. Juni endete nicht mit einer Niederlage"; WELT vom 14. Juni

Als Teilnehmer und Mitmarschierer des 17. Juni 1953 weise ich die Behauptung zurück, der Wunsch nach Deutschlands Wiedervereinigung „sei nicht vorherrschend gewesen". Die Arbeiter damals waren fast alle noch Soldaten der großdeutschen Wehrmacht gewesen und kannten nur e i n Vaterland: Gesamtdeutschland. Deshalb riefen sie in Sprechchören „Deutsche, reiht Euch ein! Wir wollen keine Sklaven sein!" und sangen zu Hunderttausenden angesichts der Sowjetpanzer: „Deutschland, Deutschland, über alles!".

Dr. Wolfgang Venohr, München 22

Andere Ansicht

„Leserbrief: Zu enge ‚Masche'"; WELT vom 14. Juni

Als ich mit Urteil (BVerfGe. 21, 12 ff) die Abschaffung der wettbewerbsverzerrenden Allphasenumsatzsteuer zugunsten der Mehrwertsteuer nach 6jähriger Drucklage erzwang, hatte ich ebenfalls die außergewöhnlichen Kosten, die meine Existenz in ihrer Höhe gefährdeten, zu tragen. Der Petitionsausschuß lehnte den Ersatz der Auslagen trotz der entscheidenden Förderung der deutschen Wettbewerbslage ab.

Obwohl ich daraus schließen könnte, daß den Ex-Abgeordneten ebenfalls kein Ersatz für die Kosten zustehe, ist zu bedenken, daß sie im Allgemeininteresse gehandelt haben, nachdem das Urteil klarstellte, daß sich eine Auflösung des Parlaments in solcher Form nicht wiederholen darf. Die Beschwerde war nicht leichtfertig, wie sich aus der Begründung und den „abweichenden Meinungen" einiger Richter ergibt.

Die Verweigerung der Erstellung der Auslagen in dem Zeitpunkt, in dem eine Diätenerhöhung angestrebt wird, dient nicht dem Schutz der Verfassung.

Mit freundlichen Grüßen Wilhelm Schulte, Lüdenscheid

Wort des Tages

„Es ist nicht auszudenken, was Gott aus den Bruchstücken unseres Lebens machen kann, wenn wir sie ihm ganz überlassen."

Blaise Pascal, franz. Mathematiker und Philosoph (1623–1662)

Personalien

VERANSTALTUNG

Die WELT und die „Bild"-Zeitung haben erneut den Garten der Heinrich-Brüning-Straße 14 in Bonn zur Verfügung gestellt, als der Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion zum Sommerfest einlud. Gastgeber war der Vorsitzende des Diskussionskreises, der CDU-Bundestagsabgeordnete **Hansheinz Hauser**, Krefeld. Unter den mehr als 1000 Gästen begrüßte er viele Bonner Prominente, Bundespräsident **Karl Carstens**, Bundestagspräsident Dr. **Rainer Barzel**, Bundeskanzler **Helmut Kohl** und die Bonner Minister **Manfred Wörner, Friedrich Zimmermann, Heinrich Windelen, Oscar Schneider**, den CDU/CSU-Fraktionschef **Alfred Dregger** und CSU-Landesgruppenchef **Theo Waigel**. Sommerfeste in Bonn sind keine ganz ernsten politischen Angelegenheiten. Hansheinz Hauser erfreute wie immer mit einem „heiteren Tagesbefehl", in dem er auch erneut den Begriff der „Wende" amüsant verdrehte: „Der Bundeskanzler hat vor wenigen Tagen in einen Gespräch mit dem CSU-Vorsitzenden **Franz Josef Strauß** die Wende beschworen und gesagt: ‚Wende brav bist, komme ich nicht nach München.'" Die Mittelständler und ihre Gäste feierten so wohlgelaunt bis tief in die Nacht die erfolgreiche „politische Wende" in Bonn.

ERNENNUNGEN

Der Deutsche Akademische Austauschdienst, DAAD, hat in Bonn seinen amtierenden Präsidenten Professor Dr. **Hansgerd Schulte** wiedergewählt. Schulte wird sein Amt bis 1987 weiterführen. Vizepräsident wurde erneut Professor Dr. **Jürgen Salzwedel**, Bonn. Der DAAD, zentrale Hochschulorganisation für die internationale Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen im Studentenaustausch, sprach sich erneut dafür aus, daß ausländischen Studenten, jährlich rund 10 000 in unserem Lande, der Zugang zur deutschen Universität so offen wie möglich gestaltet werden soll.

*

Dr. **Klaus Bald**, seit mehreren Jahren stellvertretender Sprecher im Auswärtigen Amt, wird deutscher Botschafter im Niger. Bald, Jahrgang 1936, in Hagen in Westfalen geboren, Volljurist, ging 1967 in den Auswärtigen Dienst. Von 1968 bis 1972 war er Ständiger Vertreter des Botschafters in Zypern, 1972/73 Ständiger Vertreter des Botschafters in Bangladesch. Anschließend bis 1977 leitete er das Referat für Recht- und Konsularwesen an der deutschen Botschaft in Buenos Aires. Seit 1977 gehört er der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes an. In diesem Ressort entwickelte er rege Kontakte zu Bonns Journalisten, die er ebenso diskret wie korrekt bedient hat.

*

Karl Magnus Graf Leutrum von Ertingen ist zum neuen Präsidenten des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft gewählt worden. Sein Vorgänger, Professor Dr. **Hans Schlütter**, wurde von der Mitgliederversammlung zum Ehrenpräsidenten ernannt.

AUSZEICHNUNG

Kurt Mattick, langjähriger früherer SPD-Bundestagsabgeordneter und kürzlich zurückgetretener langjähriger Vorsitzender des Rundfunkrats des Deutschlandfunks, wurde von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband ausgezeichnet. Den hohen Orden überreichte in Berlin der Regierende Bürgermeister **Richard von Weizsäcker. Werner Kießling**, Präsident des Verbandes Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands e. V. erhielt das Große Bundesverdienstkreuz. Den Orden überreichte Bundesinnenminister Dr. **Friedrich Zimmermann.**

Beim Autobau zehrt die „DDR" von den Entwicklungen der 30er Jahre

„Hier stinkt alles nach Zweitakter"

Über die „Verkehrskonzepte" beider deutscher Staaten will „Kennzeichen D" heute abend berichten. Wäre man ehrlich, dann müßte man sagen, daß es drüben gar kein solches Konzept gibt. Der Verkehr, zumindest der individuelle Straßenverkehr, ist durch all die Jahrzehnte stets das Stiefkind des „sozialistischen Aufbaus" geblieben. Die „DDR" ist heute verkehrstechnisches Entwicklungsland; ihre Produktionsziffer an Personenautos liegt weit hinter der von Südkorea.

Das mitteldeutsche Autobahnnetz ist nach dem Kriege, abgesehen von dem Verbindungsstück zwischen Leipzig und Dresden und der Trasse von Berlin nach Rostock nicht erweitert worden; noch nicht einmal der Berliner Ring ist geschlossen. Das bestehende Straßennetz ist in einem erbarmungswürdigen Zustand. Verhobene Fahrbahnprofile, unterspülter Unterbau und armlange Schlaglöcher sind die Regel.

Dabei war das Gebiet der heutigen „DDR" in Fragen des Verkehrs einmal führend im Deutschen Reich. Berlin und Sachsen hatten die größte Verkehrsdichte, es gab eine Menge ausgezeichneter Autofabriken, so die Auto-Union (Horch, Audi, Wanderer, DKW) in Zwickau und Chemnitz, BMW-Dixi in Eisenach, Opel-Blitz in Brandenburg. Hinzu kamen große Karosseriebetriebe in Berlin-Adlershof (Ambi-Budd), Dresden (Gläser), Leipzig und Halle sowie Motorradwerke in Chemnitz und Suhl.

Alles wurde nach 1945 demontiert oder in „Volkseigentum" überführt – und dennoch zehrt die „DDR" noch heute von den technischen Entwicklungen, die damals, in den 30er Jahren, geleistet wurden. Bei BMW in Eisenach baute man noch viele Jahre unter dem Namen „EMW" den Vorkriegstyp 326/27 nach; der später dort montierte „Wartburg" fußt immer noch auf dem von Porsche 1940 inspirierten Dreizylinder-Zweitakter der Auto-Union.

Kennzeichen D – ZDF, 21.25 Uhr

Auch der „Trabant", den „Kennzeichen D" heute abend testen will, ist ein unverfälschtes Vorkriegskind. Fahrgestell und der 600 Kubikzentimeter große Zweitaktmotor stammen von der DKW-Meisterklasse, der man eine selbsttragende Stahlblechkarosserie mit Duroplast-Außenteilen aufgestülpt hat. Der „Trabant" hat zwei Zylinder und leistet maximal 26 PS. Wer ihn drüben erwerben will, muß, je nach Aufbau, bis 15 000 Ost-Mark sofort einzahlen und darf dann etwa sieben Jahre warten, bis er das Auto bekommt.

Weder „Wartburg" noch „Trabant" sind exportfähig. Ihre Zweitaktmotoren sind total veraltet und extrem umweltschädlich. Die einstigen Vorteile des Zweitakters, Einfachbauweise und hohe spezifische Leistung, sind beim Viertakter konstruktiv längst ausgeglichen; geblieben sind die Nachteile des Zweitakters: hoher Kraftstoffverbrauch, niedriges Drehmoment, hohe Wärmebelastung und vor allem ein kriminell hoher Ausstoß von Schadstoffen wie Kohlenmonoxid, unverbrannten Kohlewasserstoff und Stickoxid. Die ganze „DDR" – westlichen Besuchern fällt das sofort auf – „stinkt nach Zweitakter".

Im Jahre 1981 wurden in Zwickau und Eisenach nicht mehr als 165 000 „Wartburg" und „Trabant" montiert (zum Vergleich: allein die Opelwerke fertigten im gleichen Jahr über 800 000 Personenwagen). Während andere Ostblockstaaten wie die UdSSR oder Polen durch Lizenzverträge mit Fiat und Renault den Anschluß an moderne Automobiltechnik fanden und auch zu nennenswerten Produktionsziffern kamen, vegetiert ausgerechnet das ehemalige Autoland Nummer eins, nämlich die „DDR" (in der CSSR ist die Lage ähnlich), hoffnungslos vor sich hin. Die ruhmreiche Tradition von Horch und BMW, Wanderer und DKW ist total verspielt. Gute Autos in Mitteldeutschland müssen heute von draußen importiert werden.

ANDREAS WILD

KRITIK

Kein Platz für Heißsporne in der Kühlhauswüste

Jetzt hat der modische Uralt-Alptraum auch die Video-Spielwiese erwischt: das Trauma von der gefühlsentleerten Menschmaschinenwelt. Liebe ist verboten, Gefühle sind genetisch vernichtet. Nur im Video-Musical Zero-Zero (ZDF) infiziert sich Nummer 17 beim Beschauen eines alten Albums, in das barocke Akte eingeklebt sind, mit dem Bazillus Emotion.

Mitten in der gefühlsamputierten Kühlhauswüste fängt Mike Batt, eben Nummer 17, mit Singsangs an, seiner Emotionsschübe Herr zu werden. Dies bekommt ihm natürlich schlecht. Denn in der schwarzweiß konsequent durchkarierten Kulissenwelt ist für Heißsporne kein Platz. Absolute Anpassung ist oberstes Gesetz. Nummer 17 muß also genetisch umfrisiert werden. Aber diese Frisur soll nun ausgerechnet, wie einst im schönen Hollywood, von Frau Numero 36 vorgenommen werden, in die sich 17 verknallt hat.

Dieser Dutzend-Story aus der Science-fiction-Literatur geht freilich die Spannung schon nach zehn Minuten aus, da der Regie nichts anderes einfällt, als die Schachbrettmuster-Idylle unentwegt so lange zu modifizieren, bis alle Bilder wie eins aussehen. Zwar klebt Mike Batt da und dort ein paar Dias dazwischen und läßt No. 36 in Vollweibschönheit aus der Glotze Charm versprühen – aber nach Sekunden ist schon wieder die karierte Norm im Bilde.

Auf diese Weise wird das Großkarierte alsbald so kleinkariert, daß dem Videodical die Story von der herzlosen Welt verlorengeht – am Ende ist nur der Zuschauer matt gesetzt. Das Fernsehen weiß schon, warum es derlei gottverlassene Verblasenheiten zur Programm-Mitternacht verurteilt.

REGINALD RUDORF

STUDIO

Das französische Fernsehprogramm „FR3" sendet auch in diesem Sommer **Ferien-Nachrichtendienste für ausländische Urlauber** in Deutsch und Englisch. Für deutsche Touristen wird jeweils am Dienstag, Donnerstag und Samstag um 19.10 Uhr gesendet. Der Hörfunk Frankreichs sendet ab 1. Juli (bis Ende August) täglich um 10.00 und 17.00 Uhr (nach den Nachrichten in Französisch) ebenfalls Nachrichten und Informationen für deutsche Touristen. Diese Sendungen sind in ganz Frankreich über den Langwellensender auf 1829 m = 164 kHz und die MW-Sender Marseille (444 m = 675 kHz) und Nizza (222 m = 1350 kHz) zu hören.

*

Zum Thema **Miterziehende Medien – Zielkonflikte in der Familie** veranstaltet die Akademie der Diözese Rottenburg am 25. und 26. Juni eine Tagung in Stuttgart-Hohenheim. Auf dem Hintergrund des Einflusses von Zeitschriften, Comics, Schallplatten und Hörfunk- und Fernsehsendungen auf die Familien sollen Fragestellungen entwickelt werden zur Medienerziehung.

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
10.00 heute
10.05 Internationales Reit- und Springturnier CHIO
10.45 Das Glas Wasser
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau

16.15 Ungewöhnlich leben
3. Nach dem Schicksalsschlag
Film von Horst Cierpka
Auf der Welt werden jährlich 250 000 Menschen im Straßenverkehr getötet und über 7,5 Millionen verletzt. Und die Zahl der Unfälle im Haushalt ist noch größer. Das ist die Statistik. Jeder kann sie nachlesen, jeder sollte sie kennen – und trotzdem glaubt kein Mensch daran, daß ihm solch ein Unheil passieren könnte. Wie ist es, wenn es dennoch geschieht? Wie reagieren Betroffene, wenn sie erkennen, daß ihr Leben nie mehr so werden wird, wie es vorher war?

17.00 Immer auf Achse
Pioniere in einer Kupfermine Kanadas
Film von Hans-Gerd Wiegand

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau
Anschließend: Der siebte Sinn

20.18 Lebensläufe (2)
Die Geschichte der Kinder von Golzow in einzelnen Porträts
„DDR"-Dokumentarfilm von Winfried Junge und Hans-Eberhard Leupold
Heute die restlichen vier Porträts: 6. Elke G. – geht zehn Jahre zur Schule und wird Technische Zeichnerin. 7. Marieluise S. – wird Chemielaborantin. 8. Winfried J. – studiert Informationstechnik. 9. Ilona M. – arbeitet hauptamtlich in der FDJ-Kreisleitung Frankfurt.
Anschl.: Nachwort zu den Lebensläufen

22.30 Tagesthemen

23.00 Umgang – Geschichten aus einem Miethaus

24.00 Tagesschau

ZDF

8.57 Heute im Parlament
Bericht zur Lage der Nation und Debatte
15.17 heute
ZDF-Ferienprogram für Kinder
15.20 Pinocchio
Vom Richter, der ein Affe war
15.45 Der Räuber Hotzenplotz
Vierteiler nach Otfried Preußler
16.15 Ferienkalender
16.30 Der geheimnisvolle Webstuhl
Japanischer Trickfilm
17.00 Einführung in das Strafverfahrensrecht
10. Spritztour
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Patienten gibt's
Ein starkes Stück
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Spiel und Spaß
Von und mit Hans Rosenthal
21.00 heute-journal
21.25 Kennzeichen D
Deutsches aus Ost und West
Polen nach dem Papst-Besuch: Interview mit dem Generalsekretär des polnischen PEN-Zentrums, Wladyslaw Bartoszewski / Automaten ersetzen menschliche Arbeitskraft: Können die Industrie-Roboter auch unsere Renten zahlen? / Kennzeichen D testet ein „exotisches" Auto: Der „DDR"-„Volkswagen" Trabant und die Verkehrspolitik der „DDR".
Moderation: Ernst Elitz
22.10 Das kleine Fernsehspiel
Empfänger unbekannt
Mit Manfred Zapatka, Iris von Reppert-Bismarck u. a.
Regie: Sohrab Shahid Saless
Mitten in der Wirtschaftskrise verläßt eine Frau, die in Wohlstand und ohne finanzielle Sorgen mit ihrem Mann und zwei Kindern lebt, das gutsituierte Milieu, um eine Bilanz ihres bisherigen Lebens zu ziehen.
23.30 heute



Flirt am Krankenbett. Szene aus „Patienten gibt's" mit Viola Sauer und Jürgen Schmidt (ZDF, 18.20 Uhr). FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Zeugin des Mordes
Amerik. Spielfilm, 1954
21.35 Filmtip
21.45 Wirtschaftsreporter
22.15 Nachtschalter
Über die Meere weit ...
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sendung mit der Maus
18.30 Sport für Unsportliche
18.45 Follow me (30)
19.15 Was tun?!
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Der Feuerteufel
21.50 Stumme Kunst
Leitung der Sendung:
Manfred Eichel
22.35 Hamburg Blues (2)
Clarence Gatemouth Brown
23.35 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Ach, du dickes Ei
19.15 Zug um Zug – Schach für jedermann (7)
19.30 Firma ohne Chef
20.00 Tagesschau
20.15 Liane, das Mädchen aus dem Urwald
Dt. Spielfilm, 1956
21.35 Drei aktuell
21.50 Kulturkalender
22.20 Kinowerkstatt
23.20 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Physik (24)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Ein gutes Land
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Kunst-Stück im Dritten
22.30 Zu Gast
Glanznummern der Abendschau-Karikaturen
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Fragezeichen
Nur für das Saarland
21.45 TV-Club-Saar 3

BAYERN
18.15 Aerobic-Dance (11)
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Gezeiten
Fernsehfilm von Helga Feddersen
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
Zu Gast: Mildred Scheel
21.45 Werkbesuch in Selb
22.30 Dallas
Zukunftspläne
23.15 Rundschau

SCHWIMMEN / Weltrekord trotz schlechter Trainingsbedingungen in der Heimatstadt Offenbach

Michael Groß hat „keine Zeit für Träume", unter der Sektdusche dachte er an das nächste Rennen

MARCUS BERG, Hannover

„Wer ihm auf die Schulter klopft", schrieb die Kölner „Sport-Illustrierte", „muß darauf gefaßt sein, daß die Hand unter dem kritischen Blick aus seinen blauen Augen abfriert." Nun standen plötzlich mehrere hundert Schulterklopfer um ihn herum, Zuschauer der deutschen Schwimm-Meisterschaften, Trainer, Aktive. Irgendwer duschte ihn mit Sekt. Über seinen Kopf läßt er dieses Getränk lieber laufen als durch seine Kehle. Michael Groß, Mittelpunkt von Ovationen, sagt: „Nach dem ersten Schluck Sekt ist mir beinahe übel geworden."

Asket, der er ist, mag er Alkoholisches ohnehin nicht – das ist das eine. Das andere geht etwas tiefer, entspricht noch mehr seiner Persönlichkeit und hat sich einmal in dem für einen 19 Jahre alten Abiturienten schon deprimierenden Satz geäußert: „Ich habe keine Zeit zum Träumen."

Michael Groß aus Offenbach ist der erste Weltrekordler des Deutschen Schwimm-Verbandes seit sechs Jahren. Die 200-m-Strecke kraulte er in 1:48,28 Minuten, 65 Hundertstelsekunden schneller als sein Vorgänger Ambrose „Rowdy" Gaines aus den USA. Doch was denkt und fühlt er im Moment seiner bisher größten Leistung? Groß: „Nach dem Blick auf die Anzeigetafel habe ich sofort an das nächste Rennen gedacht. Jetzt muß ich erst wieder lernen, Delphin zu schwimmen."

Die Ratio schwimmt ihm so schnell nicht davon. Und wenn er sagt, er sei ein „realistischer Idealist", dann ist das nur die Umschreibung dafür, daß die Einsicht in Notwendigkeiten vor allem steht. Weltrekord – selbstverständlich, das erfüllt mit Genugtuung. Aber der Kopf meldet sich sofort: „Jetzt habe ich nur noch das Ziel, mich selbst zu verbessern, und das wird bei dieser Zeit etwas schwer." Und erklärbar ist diese Zeit in seinen Augen auch – so als beobachte er sich selbst: „Wenn man am Tag zuvor unrasiert 1:49,44 schwimmt, muß man rasiert doch noch etwas drauflegen können."

Gefühl? Ja, einmal, während des Rennens. Kurzfristig glaubte er, er sei das Rennen viel zu schnell angegangen (25 Meter in 10,8 Sekunden). Groß: „Aber das war wohl nur so ein Gefühl. Als ich die anderen links und rechts von mir sah, wußte ich, daß es doch ein Rekord sein könnte." Bei Groß hat alles den direkten Bezug zum Effekt, Rationalität bestimmt sein Verhalten: „Was nutzen mir denn Träume, wenn sie sich doch nicht realisieren lassen."

Bei diesem vom Kopf gesteuerten Verhalten ergibt es sich von selbst, daß Michael Groß erst einmal an die nächsten Rennen der deutschen Meisterschaft (heute 100 m Schmetterling) denkt und an die olympischen nächstes Jahr in Los Angeles noch gar nicht. Er weiß ja noch nicht einmal, ob ihm in Offenbach eine Trainingshalle zur Verfügung stehen wird. Groß: „Wenn es nächstes Frühjahr schlecht wird mit dem Wetter, stehe ich praktisch da wie der Ochs vorm Berge." In diesem Jahr hatte er auch damit Ärger, blaugefroren stieg er aus dem Wasser, sprach von weitaus schlechteren Trainingsleistungen als im letzten Jahr, der Saison seiner zwei Weltmeistertitel.

Harm Beyer, Präsident des Deutschen Schwimm-Verbandes, redet sich darüber noch immer in Rage: „Da haben wir einen Ausnahme-Athleten, und die Gesellschaft ist nicht einmal in der Lage, ihm die Bedingungen zu geben, die er braucht." Und: „Die Offenbacher Politiker sonnen sich bei der nächsten Ehrung wieder im Erfolg ihres Michael Groß. Doch wenn es ums Geldverteilen geht, fällt er gegen die Fußballer von Kickers Offenbach durch."

Dennoch gab es einen Weltrekord. Groß, der seinen Gefühlen selbst nicht traut, ist eben irgendwo auch ein Tiefstapler. Doch noch viel mehr ist er ein Kämpfer, der Widerstände braucht, um sich an ihnen reiben zu können. Seien es nun die schlechten Trainingsbedingungen in Offenbach oder die Tatsache, daß ihm der Ostberliner Sven Lodziewski vor einer Woche den Europarekord (1:49,93) entriß. Michael Groß hat bisher immer bewiesen, daß er da ist, wenn es darauf ankommt.

Dafür fehlt er dann in Kneipen und Discos („Was bringt mir das?"), bei der Ehrung zum „Sportler des Jahres" („Mein Sport ist mir wichtiger als Ehrungen, das würde ich immer wieder tun") und selbst beim Gala-Dinner, das Bundeskanzler Helmut Kohl deutschen Spitzensportlern gab: „Ich will es gar nicht so weit kommen lassen, nur noch nach Publicity-Gesetzen zu funktionieren."

Michael Groß hat sich einmal testen lassen. Da ist ihm ein Intelligenz-Quotient von 161 bescheinigt worden. Nur zwei Prozent der Bundesbürger kommen auf einen Wert über 130. Auf seinen Kopf kann er sich verlassen.

TENNIS / Rätsel um Bettina Bunge



Wie einst von Cramm

Auffallend mit der Mode von vorgestern: Der Amerikaner Trey Waltke erschien in Wimbledon mit langen Hosen – wie einst Gottfried von Cramm – und weißem Oberhemd. Der Beifall der Zuschauer gehörte ihm. Sein Gegner, Stan Smith, gab beim Stande von 6:4, 3:6, 2:6, 6:2, 2:0 für Waltke auf. Wegen einer Verletzung, nicht wegen des Anblicks ... FOTO: UPI

Trainer Klaus Hofsäß: „Sie ist innerlich zerrissen"

CLAUS GEISSMAR/DW. London

Am Abend plauderte sie in der Bar des Gloucester Hotels in London. Über Belanglosigkeiten, aber auch über ernstere Dinge. Doch die betrafen nicht sie – der Vater mußte am Knie operiert werden. Bettina Bunge, gerade 20 Jahre alt geworden, hatte ihren Tennissport so weit verdrängt, als sei er gleichzusetzen mit irgendeinem schrecklichen Horror. Ihre Umwelt nahm's erschreckt zur Kenntnis. Jürgen Klitsch, Stiefvater der deutschen Meisterin Claudia Kohde, sagt: „Wer weiß, ob Bettina im Federation-Cup noch spielt. Zuzutrauen wäre ihr, daß sie von heute auf morgen mit dem Tennis aufhört."

Rätsel um Bettina Bunge. Die Deutsch-Amerikanerin, beim Turnier vom Wimbledon immerhin an Nummer sechs gesetzt, ist bereits in der ersten Runde ausgeschieden. Während des Spiels, das zur 6:3, 6:7, 9:11-Niederlage gegen die Schweizerin Christiane Jolissaint führte, stöhnte Bundestrainer Klaus Hofsäß immer wieder auf: „Sie spielt ja gar nicht richtig Tennis, sie hält nur den Schläger hin." Schlagersänger Roberto Blanco feuerte Bettina Bunge an, sie reagierte nicht. BBC schickte zum Schluß, beim 155 Minuten langen dritten Satz, eine tragbare Fernsehkamera zu Bettina Bunge auf Platz fünf der Anlage, um direkt zu übertragen. Doch was Sender und Zuschauer vielleicht spannend fanden, blieb am Ende nur Rätsel.

Der „Sport-Informations-Dienst" spekuliert, vielleicht könne nur die Psychologie die Frage nach dem Versagen beantworten. Hofsäß sagt: „Die nervliche Krise hatte sich bei Bettina bereits in den letzten Wochen abgezeichnet. Irgendwann mußte sie ausbrechen. Sie ist innerlich zerrissen, reagiert zuweilen völlig unerwartet oder ist abwesend." Vielleicht steckt eine Ursache dieser Labilität in Hörschwierigkeiten, unter denen Bettina Bunge seit einigen Monaten leidet. Im Herbst letzten Jahres dachte sie schon über eine Operation nach, verzichtete dann aber darauf. Die Operation, hieß es, könne sogar das Ende ihrer Karriere bedeuten.

Nach der Niederlage weinte sich Bettina Bunge an der Brust von Klaus Hofsäß aus, erschien nicht zum obligatorischen Interview, plauderte abends aber an der Hotelbar – über Gott und die Welt, nur nicht über sich ...

In der zweiten Runde des Damen-Turniers von Wimbledon ist das deutsche Tennis noch durch Claudia Kohde, Sylvia Hanika und Eva Pfaff vertreten. Ihre nächsten Gegnerinnen sind Patricia Hy aus Hongkong, Rosalyn Fairbank aus Südafrika und die Texanerin Zina Garrison. Andreas Maurer hat überraschend die dritte Runde erreicht. Der Neusser besiegte den Amerikaner Victor Amaya mit 6:3, 6:4, 7:6.

STAND ● PUNKT

Los Angeles hat Vertrauen verdient

Das hätten den Organisatoren von Los Angeles die wenigsten zugetraut. Die Entscheidung, die olympischen Schieß-Wettbewerbe 1984 doch nicht – wie schon voreilig vermeldet – in Las Vegas, sondern im nahegelegenen Prado-Naturpark abzuhalten, verdient mehr als oberflächliche Kenntnisnahme.

Es ist ja nicht so, als ob das Mißtrauen gegen die private Organisation aus dem Spielerparadies Las Vegas, die für die Stadt Los Angeles als Gastgeber einspringen wollte, in Europa erfunden worden wäre. Amerikas Medien sind da oft weit kritischer. Kaum eine Ankündigung der Olympia-Macher wird mit überschwenglicher Begeisterung weiterverbreitet.

Im Gegenteil. Ein für den deutschen Beobachter erfrischender Einfall, der die Verlosung der Eintrittskarten bei Übernachfrage betrifft, stößt in den USA zuerst einmal auf Skepsis: Wo ist das Hintertürchen? Wie sichern sich die Manager des OK den eigenen Vorteil? So wurde auch dem Versprechen von OK-Boß Ueberroth, „alles zu versuchen, die Schützen in Los Angeles zu behalten", mit Skepsis begegnet.

Jeder war sich darüber klar, daß Las Vegas sich ein Olympia-Spektakel einiges kosten lassen würde. Und man rechnete in den Medien mit Offenheit vor, wer davon hauptsächlich profitieren würde. Nicht die europäischen Bedenken, wahrscheinlich waren es letztlich diese harten amerikanischen Reaktionen auf den Wüstenschießplatz, die das Organisationskomitee zu der Kraftanstrengung einer wirklich neuen Entscheidung getrieben haben. Denn Kraft hat es gekostet. Die objektiven Probleme mit Umweltschützern und Gemeinden waren fast täglich in Zitaten der Schützengegner zu verfolgen. Las Vegas wäre organisatorisch der leichtere Weg gewesen.

Die Lösung ist gefunden, 13 Monate vor den Spielen und fast fünf Minuten nach zwölf. Den Gastgebern kann man höchstens noch die Naivität vorhalten, mit der sie jahrelang eine traditionelle Kernsportart des olympischen Programms als „Randsportart" einschätzten. Der Vorwurf, sie würden mit falschen Karten spielen, ist nicht mehr haltbar. Las Vegas ist aus dem Spiel, und Los Angeles hat ein Vertrauensbonus verdient.

DIETER HENNING

NACHRICHTEN

Höher für Sundermann?

Gelsenkirchen (dpa/sid) – Heinz Höher gilt neben mehreren anderen Bewerbern (Ferner, Ranz, Halama, Wenzlaff, Krafft) als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge von Jürgen Sundermann als Trainer beim Fußball-Bundesliga-Absteiger Schalke 04. Der französische Erstligaklub Racing Straßburg gab die Verpflichtung von Sundermann bereits zum 27. Juni bekannt.

Schießen in Los Angeles

Los Angeles (sid) – Nicht in Las Vegas, sondern im Prado-Naturpark des San-Bernadino-Tals (50 km von Los Angeles) werden die Schieß-Wettbewerbe der Olympischen Sommerspiele 1984 ausgetragen. Dies gab das Organisationskomitee in Los Angeles bekannt.

Krauss nach Gladbach

Mönchengladbach (dpa) – Österreichs Fußball-Nationalspieler Bernd Krauss hat beim Bundesligaklub Borussia Mönchengladbach einen Zweijahresvertrag unterzeichnet (Ablöse: rund 500 000 Mark).

Gertel Turniersieger

Athen (dpa) – Da sein Gegner Alexander Künzler (Leverkusen) wegen einer Augenbrauenverletzung zum Weltergewichts-Finale beim Akropolis-Turnier der Amateurboxer nicht antreten konnte, wurde Helmut Gertel (Worms) vorzeitig zum Turniersieger erklärt.

Wuttke nach Hamburg

Hamburg (sid) – Der Deutsche Fußballmeister Hamburger SV nahm Wolfram Wuttke vom Bundesliga-Absteiger Schalke 04 für drei Jahre unter Vertrag und entschied sich damit gegen eine Verpflichtung des Koreaners Bum Kun Cha (Eintracht Frankfurt). Die Ablöse für Wuttke beträgt 950 000 Mark.

ZAHLEN

TENNIS

Turnier in Wimbledon, Herreneinzel, erste Runde: Gerulaitis (USA) – Krishnan (Indien) 5:7, 7:5, 7:6, 5:7, 6:3, Lendl (CSSR) – Mitton (Südafrika) 7:6, 6:1, 6:0. – Dameneinzel, erste Runde: Shriver (USA) – Fendick (USA) 6:2, 6:2, Pfaff (Deutschland) – Remilton (Australien/ 7:5, 6:2, Bonder (USA) – Dries (Deutschland) 6:3, 7:5, Hallquist (USA) – Schropp (Deutschland) 6:3, 6:3, Turnbull (Australien) – Fromholtz (Australien) 6:1, 6:1, Jaeger (USA) – Rimes (USA) 6:1, 7:6, Lloyd-Evert (USA) – Moulton (USA) 6:2, 6:1.

SPRINGREITEN / Turnier von Aachen – Paul Schockemöhle und sein dunkelbrauner Wallach

Klarer Vorsprung für Gerd Wiltfang

sid. Aachen

Das 47. Reitturnier von Aachen, Deutschlands bedeutendste Turniersport-Veranstaltung, brachte am Eröffnungstag einen überlegenen Sieg des ehemaligen Weltmeisters Gerd Wiltfang. Mit seiner Schimmelstute Goldika gewann er die erste Qualifikation zum Großen Preis von Europa. In 66,16 Sekunden war er weitaus schneller als die ebenfalls fehlerfreien Nick Skelton (Maybe/70,92) und Peter Luther (Lucky/71,64) auf den nächsten Plätzen.

Achaz von Buchwaldt, zweiter der deutschen Meisterschaft, und nicht der Aachener Peter Schmitz gehört zur deutschen Equipe, die morgen im Preis der Nationen antreten wird. Schmitz war ursprünglich neben Koof, Schockemöhle, Wiltfang und Rüping genannt worden, ehe es sich die Verantwortlichen doch noch anders überlegten. Schmitz selbst hält die Entscheidung für richtig: „Achaz von Buchwaldt ist mit seinen Pferden in den letzten Wochen so gut in Form, daß er einfach in die Mannschaft gehört."

Paradepferd Deister und „Gebäudefehler"

DIETER LUDWIG, Aachen

Sie betrat die Arena immer wie eine Königin. Sie, das war Halla, jene Stute, die Hans Günter Winkler zum Weltruhm trug. Vergleiche mit Halla waren bisher nie angebracht, gerieten schwach, waren Abklatsch großer Erinnerungen. Nun gibt es Deister. Dieser Hannoveraner Wallach darf neben Halla gestellt werden. Morgen, beim Preis der Nationen in Aachen, entscheiden Deister und sein Reiter Paul Schockemöhle maßgeblich über Sieg und Niederlage des deutschen Teams.

Deister beherrscht die Szenerie, wo immer er auftritt. Paul Schockemöhle: „Fehler resultieren eigentlich nur aus Mißverständnissen." So beispielsweise jüngst bei der deutschen Meisterschaft in Berlin, als der 12 Jahre alte Wallach im Eröffnungsspringen auf ein falsches Hindernis zuzog, doch in den beiden restlichen Konkurrenzen keine Stange mehr heruntertrat und Schockemöhle zum vierten Titel trug. Schockemöhles langjähriger Teamgefährte Peter Luther: „Man muß lange nachdenken, um sich an den letzten schwerwiegenden Fehler von Deister zu erinnern."

Für jene Herren, die über Schönheit und Zuchtziele zu entscheiden haben, ist Deister wirklich nicht der ideale Typ. Schockemöhle: „Er weist viele Gebäudefehler auf." Der Hals gilt als zu lang, der Rükken auch, die Kruppe als zu gerade. Oft reagiert der Wallach, der aus dem Nachlaß des 1978 verstorbenen Weltmeisters Hartwig Steenken stammt, überaus schreckhaft, vor allem in der Halle. Schockemöhle: „Wenn Deister beispielsweise in der ersten Reihe einen Zuschauer mit einem Programmheft sieht, dann guckt er nur noch da hin."

Doch Deister steht als Beispiel für Ehrlichkeit, Bereitschaft, Kampfgeist, Willen, Stolz und Leistungsvermögen. Der Europameister: „Wenn mich jemand fragt, was mir an Deister am meisten imponiert, dann sage ich immer: Sein Charakter."

Der Dunkelbraune vom Vererber Diskant kam vor fünfeinhalb Jahren zu Paul Schockemöhle. Seine Gewinnsumme steht inzwischen auf über 500 000 Mark. Seinem Züchter Hermann Hahl aus Osterbruch hatte Deister auf der Verdener Auktion 1974 17 000 Mark gebracht. Besitzer des Pferdes sind heute Paul Schockemöhle und das Deutsche Olympiakomitee für Reiterei in Warendorf. Der Wallach wurde nur in großen Prüfungen gezielt auf Sieg geritten, dann aber auch erfolgreich wie im letzten Jahr beim Englischen Derby (50 000 Mark) oder beim Großen Preis von Paris. Beim Deutschen Derby vermasselte Deister vor drei Wochen in Hamburg durch einen Flüchtigkeitsfehler am vorletzten Hindernis die Siegprämie von 16 000 Mark.

Der Hannoveraner wird nur noch leicht trainiert, spazierengeritten, fitgehalten. Im nächsten Jahr soll er Paul Schockemöhle bei den Olympischen Spielen in Los Angeles nach oben tragen. Schockemöhle, eine Persönlichkeit, die aus der Welt des Turniersports nicht mehr wegzudenken ist, sagt aber auch: „Wenn Deister wegen einer Verletzung ausfallen sollte, und das kann man nie voraussehen, dann höre ich sofort auf. Denn ohne ihn bin ich auch ein Nichts ..."

Schroffe Gegensätze bei Debatte über EG-Gipfel

Bundestag zum Ergebnis von Stuttgart / SPD: Magere Bilanz

BERNT CONRAD, **Bonn**

Schroffe Gegensätze ergaben sich gestern im Bundestag bei der Beurteilung der Ergebnisse des Stuttgarter Europagipfels. Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte: „Der Europäische Rat hat wichtige Anstöße für die Fortentwicklung der Gemeinschaft gegeben und dazu konkrete Orientierungen formuliert." Demgegenüber sprach der SPD-Abgeordnete Volker Hauff von einer „mageren Bilanz". Die deutsche EG-Präsidentschaft werde als eine „Präsidentschaft der verlorenen Chancen" in die Geschichte eingehen.

In seiner einleitenden Regierungserklärung hatte Kohl die Kritik schon vorweggenommen, indem er darauf hinwies, daß Westeuropa wirtschaftlich und politisch in rauhere Gewässer geraten sei. „In solcher Zeit treten nationale Interessen wieder härter und kantiger zutage und treffen dort ungedämpft aufeinander, wo das Polster der Prosperität dünner geworden ist. Diese Lage fordert von uns größere und bewußtere Anstrengungen europäischer Solidarität."

Der Kanzler fuhr fort: „Wir haben in Stuttgart die Entscheidungen getroffen, die von uns zu diesem Zeitpunkt erwartet werden konnten." Es wäre wenig realistisch gewesen, daß die Gipfelkonferenz so komplexe Fragen wie die *künftige Finanzierung der Gemeinschaft*, Haushaltsdisziplin und Anpassung der Agrarpolitik „unter zehn Beteiligten auf einmal und ein für allemal" regeln könnte.

Anstöße zur Umweltpolitik

Tatsächlich habe der europäische Rat Fristen gesetzt, die hoffentlich möglichst bald zu den angestrebten Ergebnissen führen würden, sagte der Kanzler weiter. Das zu diesem Zweck zusammengeschnürte Paket trage den deutschen Wünschen nach Begrenzung der Haushaltsdynamik, nach Einsparungen und Umstrukturierung Rechnung. Die Verhandlungen darüber würden schwierig. Sie könnten nur mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn sie von gegenseitigem Vertrauen und einem Geist der Solidarität beherrscht würden.

Als Erfolge der deutschen Präsidentschaft bezeichnete Kohl Beschlüsse über eine Reform des Sozialfonds und über Erleichterungen im Warenverkehr sowie den Abschluß der Arbeiten an dem Rahmenprogramm für Forschung von 1984 bis 1987. „Wir haben in der Umweltpolitik kräftige und zukunftsweisende Anstöße gegeben, zuletzt mit einem Memorandum zum Waldsterben, das ich den Staats- und Regierungschefs vor dem Europäischen Rat übersandt habe." Der griechische Ministerpräsident Papandreou habe in Stuttgart zugesagt, er werde als Ratspräsident sein besonderes Augenmerk auf die europäische Umweltpolitik richten, stellte der Kanzler fest.

„Skandal Agrarmarkt"

Grundsätzlich erklärte Kohl: „Unsere Aufgabe ist es, Europa staats- und handlungsfähig zu halten. Wir wissen, daß dies unser aller Anstrengungen bedarf. Europa darf nicht wieder in den Sog nationalstaatlicher Interessen und Eifersüchteleien geraten. Wir brauchen Geduld, um Rückschläge zu ertragen. Wir brauchen vor allem aber den festen Willen, uns von unserem Ziel, eine Europäische Union zu schaffen, nicht abbringen zu lassen."

Der SPD-Abgeordnete Hauff meinte, das einzig Positive am Stuttgarter Gipfel sei, daß man nicht im Krach auseinandergegangen sei. „Aber das reicht nicht aus, um Resignation und Europamüdigkeit zu überwinden." Vielleicht wäre das Stuttgarter Ergebnis besser gewesen, wenn sich der Kanzler selbst früher in die Vorbereitungen eingeschaltet hätte.

Als besonders vordringlich bezeichnete Hauff eine durchgreifende Reform der europäischen Agrarpolitik. Es gehe nicht an, daß zwei Drittel der Gemeinschaftsmittel für den Agrarmarkt ausgegeben würden. „Was auf dem Agrarmarkt geschieht, ist absurd und ein Skandal. Mit dieser Politik muß Schluß sein." Was in Stuttgart zu dieser Thematik gesagt worden sei, sei dünn. Hier habe die deutsche Präsidentschaft eine Chance vertan.

„Herr Bundeskanzler, Sie haben sich in Stuttgart bei der Erörterung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als ein ideologisch fixierter Bremsklotz erwiesen", fuhr der frühere Bundesverkehrsminister fort. Die Absicht der auf dem Europagipfel verabschiedeten „Feierlichen Erklärung zur Europäischen Union" begrüßte Hauff. Aber was tatsächlich dabei herauskomme, werde erst im Dezember auf dem Europagipfel in Athen deutlich werden.

Romanow rückt in der Führung der KPdSU vor

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Gregorij Romanow, der in der vergangenen Woche zu einem Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU bestimmt worden war, hat erwartungsgemäß sein Amt als *Parteichef des Gebiets Leningrad* aufgegeben. Dem Politbüro, dem obersten Führungszentrum der Partei, gehört der Bauernsohn bereits seit sieben Jahren als Vollmitglied an.

Betrachtet man den Apparat des ZK als den erweiterten Vorstand der Partei, dann wären die Sekretäre gewissermaßen die „Minister" dieses Gremiums. Es gibt deren neun, *aber außer Parteichef* Andropow sind nur drei von ihnen auch stimmberechtigte Mitglieder des Politbüros: Tschernenko, Gorbatschow und Romanow.

Der untersetzte, schweigsame, ehemalige Schiffsbau-Ingenieur war in seiner Karriere von Parteichef Breschnew kräftig gefördert worden. Ihm verdankt er, daß er 1970 an die Spitze des Leningrader *Gebietes vordringen konnte*, nachdem er dort schon seit 1957 Schritt für Schritt auf der Parteileiter vorangekommen war. Der Aufstieg ins *Politbüro ist für den Chef der poli*tisch und wirtschaftlich wichtigen Parteiprovinz dann nur noch eine Frage der Zeit. 1976 wurde Romanow schließlich Vollmitglied des höchsten Entscheidungsgremiums.

Über Romanows Aufgaben im Sekretariat des ZK wurde, wie üblich, nichts mitgeteilt. In Moskau gilt es aber als sicher, daß er den Verantwortungsbereich Kirilenkos übernommen hat. Seit dessen Ausscheiden aus der Führung ist die direkte Aufsicht des Politbüros über Kader- und Industriepolitik vakant.

Durch eine moderne und recht erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung im Leningrader Raum hat Grigori Romanow seine fachliche Eignung unter Beweis gestellt. Politisch ist er trotz seiner früheren liebedienerischen Orientierung an seinem Förderer Breschnew flexibel genug, um sich nun auf den neuen Chef Andropow voll einzustellen. Vor allem paßt seine ideologische Festigkeit, die in einer kompromißlosen Abwehr westlicher Einflüsse und in der kräftigen Propagierung des Marxismus-Leninismus häufig genug zum Ausdruck kam, *vortrefflich in das Kon*zept des neuen Kreml-Herren.

Solche Vorzüge gleichen wohl die Herrschaftsallüren aus, mit denen Romanow gelegentlich in Leningrad auffiel.

10 500 Mark für jeden Rückkehrer

Hilfen für Gastarbeiter, die wieder in ihre Heimat gehen / Kabinett verabschiedet Gesetz

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Rund 19 000 Gastarbeiter, vor allem aus der Türkei und Portugal, werden bis Ende 1984 die Bundesrepublik Deutschland verlassen, weil sie von dem Angebot der Bundesregierung Gebrauch machen, eine „Rückkehrerhilfe" in Höhe von 10 500 Mark *zuzüglich* 1500 Mark für jedes rückkehrende Kind mit in die Heimat zu nehmen.

Diese Erwartung steht in dem Gesetzentwurf, den Bundesarbeitsminister Norbert Blüm gestern veröffentlicht hat. Blüm rechnet für 1983 mit rund 7000, für 1984 mit etwa 12 000 rückkehrwilligen Gastarbeitern, wenn das Gesetz in Kraft tritt. Für den Bund entstehen damit Kosten von 180 Millionen Mark für die „Hilfe" und von insgesamt 680 Millionen Mark für die sofort zu erstattenden Arbeitnehmerbeiträge aus der Rentenversicherung. Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieser Bundesleistungen ist, daß die Gastarbeiter von einem Konkurs, einer Betriebsstillegung oder einer seit mindestens einem halben Jahr bestehenden Kurzarbeit betroffen sind. Bei der Zahlung der jeweils 1500 Mark sollen auch nur solche Kinder von Rückkehrern berücksichtigt *werden, die vor dem* 1. Juni 1983 in die Bundesrepublik eingereist sind.

Vor der Presse betonte Blüm gestern die absolute Freiwilligkeit der Maßnahme, „denn wir wollen ja Freunde bleiben". Die rückfließenden Gelder seien auch eine Entwicklungshilfe für die Rückkehrländer. Von dem Angebot können auch Gastarbeiter aus Jugoslawien, Korea, Marokko und Tunesien Gebrauch machen. Die nun geschaffene Klarheit, was Rückkehrer an Finanzhilfe zu erwarten haben, bezeichnete Blüm als Entscheidungshilfe für alle, die bisher „auf dem Koffer gesessen haben", nachdem die frühere Bundesregierung *völlig unrealistische* Zahlen genannt habe. Die ausländischen Arbeitnehmer, die sich binnen Jahresfrist zur Heimkehr entschlössen, könnten auch über die staatlich begünstigten Spareinlagen vor Ablauf der gültigen Fest*legungsfristen verfügen.*

Die Bundesregierung geht davon aus, daß im Schnitt mit jedem rückkehrenden Arbeitnehmer 1,3 Familienangehörige das Bundesgebiet verlassen. Den finanziellen Aufwendungen für die Aktion stünden beim Arbeitslosengeld und Kindergeld und längerfristig auch bei der Rentenversicherung „erhebliche Einsparungen" gegenüber. Auch wenn die Anreizwirkung wegen der engen Begrenzung des Personenkreises nicht sehr groß sein würde, sei das Ende „illusionärer Vorstellungen" schon ein Gewinn.

Bush: Kein Vietnam in Mittelamerika

Honduras: 2 US-Journalisten getötet / Reagan und Gonzalez „nicht grundsätzlich uneinig"

DW. **Tegucigalpa/Washington**

Zwei amerikanische Journalisten sind im Grenzgebiet zwischen Honduras und Nicaragua durch nicaraguanische Panzerabwehrraketen ums Leben gekommen. Dies wurde gestern von einem Sprecher der Armee von Honduras und der US-Botschaft in Tegucigalpa bestätigt. Die beiden Journalisten – Dial Torgerson von der „Los Angeles Times" und Richard Cross von „US-News and World-Report" – waren auf einer grenznahen Straße unterwegs, als ihr Wagen getroffen wurde. Eine honduranische Militärpatrouille barg die Leichen trotz heftigen Artilleriefeuers der Sandinisten. Honduras protestierte bei Nicaragua gegen diese „kriminelle Aggression".

Wie das Verteidigungsministerium in Managua mitteilte, sind an der Grenze zu Honduras bei Ge*fechten mit Regime-Gegnern* zwei Guerrilleros und ein nicaraguanischer Soldat gefallen. An der Grenze zu Costa Rica seien zehn „Konterrevolutionäre" getötet worden.

Ein im Mai in die USA desertierter Mitarbeiter des Geheimdienstes von Nicaragua hat berichtet, am Flughafen von Managua und außerhalb der Stadt seien zwei Abschußanlagen für sowjetische Bo*den-Luft-Raketen im* Bau. Bolanos Hunter beschuldigte die sandinistische Regierung ferner, Berichte über ein US-Mordkomplott gegen Außenminister Miguel d'Escoto erfunden zu haben.

Die linksgerichteten Guerrilleros in El Salvador haben der Regierung angeboten, den im Juni 1982 gefangengenommenen Vize-Verteidigungsminister Oberst Adolfo Castillo im Austausch gegen inhaftierte Freischärler freizulassen. Verteidigungsminister General Eugenio Vides lehnte dies als „Propaganda" ab.

In Washington ist nach einem Treffen von US-Präsident Reagan mit dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez offiziell mitgeteilt worden, die beiden Regierungen seien sich über Mittel*amerika „nicht grundsätzlich un*einig". Ergänzend sagte ein spanischer Regierungssprecher, die beiden Politiker seien sich „weder völlig einig, noch völlig uneinig".

Reagan habe, so ein US-Beamter, die Ziele der amerikanischen Mittelamerika-Politik in den drei Begriffen Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit zusammengefaßt. Gonzalez seinerseits habe die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung unterstrichen.

Kurz nach seinem Gespräch mit Reagan sagte Gonzalez, er habe Reagans Auffassung widersprochen, daß es Versuche einer sowjetisch-kubanisch-nicaraguanischen *Achse zur Machtübernahme* in Mittelamerika gebe. Die Gefahr, daß die Region kommunistisch werden könnte, sei so gering wie die Möglichkeit eines Überwechselns Polens in das westliche Lager, meinte der spanische Regierungschef. Er äußerte Besorgnis über eine mögliche Internationalisierung des Mittelamerika-Konflikts. In diesem Fall „würde es für die Vereinigten Staaten schwierig werden, nicht darin verwickelt zu werden", sagte er. Gonzalez forderte die Beendigung aller ausländischen Militärhilfe für die Region.

Vor seiner heute beginnenden Europa-Reise hat US-Vizepräsident George Bush die Lage in El Salvador mit der Situation vor dem Vietnam-Krieg verglichen. Bush betonte, die USA wünschten kein neues Vietnam in Mittelamerika. Dies werde er auch seinen Gesprächspartnern in Europa sagen. Gerade weil die USA kein neues Vietnam wünschten, sei es jedoch nötig, die Hilfe für die rechtsgerichtete Regierung in El Salvador weiterzuführen. Andernfalls würden die USA ein zweites Vietnam riskieren, betonte der Vizepräsident.

Vor dem Abzug der USA aus Vietnam sei immer gesagt worden, Washington solle sich nur zurückziehen, und alles käme in Ordnung, sagte Bush. „Nun sehen Sie, wir sind gegangen. Und was geschah in Vietnam? Es gibt dort jetzt keine freie Presse, keine freien Wahlen, keine Achtung der Menschenrechte. Sie haben Kambodscha verwüstet, Laos verwüstet und sich als ganz gewöhnliches totalitäres System erwiesen."

Krefeld: Auf Störungen vorbereitet

EVI KEIL, **Bonn**

Wenn sich im Seidenweber-Haus in Krefeld am Samstag US-Vize*präsident* George Bush, Bundespräsident Karl Carstens und Bundeskanzler Helmut Kohl treffen, um an den Feierlichkeiten zum *300. Jahrestag deutscher Einwanderung in Amerika teilzunehmen*, muß mit erheblichen Störaktionen gerechnet werden. Die Sicherheitsbehörden rechnen mit mindestens 30 000 Demonstranten.

Im Blickpunkt der Polizei aber stehen vor allem die „autonomen Gruppen", die aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland anreisen. Von ihnen weiß man, daß *sie die Absicht haben, einen mili*tanten Kern von rund 1000 Mann zu bilden, der mittags einen „Angriff" auf das Seidenweber-Haus starten soll. Erklärte Absicht ist, die Polizei zu provozieren.

Der „Arbeitskreis Krefelder Friedenswochen" hat seine Demonstration offiziell angemeldet und die „autonomen Gruppen", die aus Düsseldorf, Kevelaer, Wuppertal, Münster, Köln, Aachen, Göttingen, Berlin, Heidelberg, Frankfurt, Lübeck und Hamburg kommen, eingeladen.

Mit *militanten Demonstranten* rechnet die Polizei, wenn auch in geringerem Umfang, am Samstag nachmittag in Bottrop, wo Bush zur Eröffnung des Josef-Albers-Museums erwartet wird.

Daß die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland schwieriger geworden sei, sagte in Bonn der Kommandeur des Grenzschutzkommandos West, Ulrich K. Wegener, der *als ehemaliger Chef* der GSG 9 und „Held von Mogadischu" unvergessen ist.

Appell an Arbeitgeber

AP, **Bonn**

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat zwei Tage vor der Bundestagsdebatte über die Lehrstellen-Situation erneut an die Wirtschaft appelliert, ihre Anstrengungen zur Steigerung des Ausbildungsplatz-Angebots zu verstärken. Sie reagierte damit auf einen Bericht der Bundesanstalt für Arbeit, nach dem Ende Mai 59 700 unbesetzten Lehrstellen noch 245 800 nicht vermittelte Bewerber gegenüberstanden. Frau Wilms: Diese Zahlen sind nur bedingt aussagefähig, weil die Betriebe die Arbeitsverwaltung auf dem Ausbildungsmarkt nur *begrenzt* einschalteten.

FINANZANZEIGEN

Donnerstag, 23. Juni 1983
Nr. 143

WELT DER WIRTSCHAFT

Ängste um Geldmenge

cd. – Die Frankfurter Währungshüter stecken in einer Klemme. Die Geldmenge ist weit über das Band von vier bis sieben Prozent hinausgeschossen, das die Bundesbank als Wachstumsziel für 1983 angesetzt hatte. Auf längere Sicht muß die Geldmengenexpansion wieder voll auf ein stabilitätsgerechtes Maß zurückgeführt werden, kündigt die Bundesbank im Monatsbericht unter Hinweis auf die bei einer weiter so starken Ausweitung aufkommenden Gefahren für die Stabilität an.

Aber wie? Ja, damit muß sich der Zentralbankrat nächste Woche bei der im Sommer üblichen Überprüfung des Geldmengenziels auseinandersetzen. Die Bemerkungen im Monatsbericht lesen sich so, als stünde ein Anziehen der schon nicht mehr so weit durchhängenden monetären Zügel bevor, zumal da anderenfalls die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik Schaden nehmen könnte.

Aber es gibt gewichtige Argumente dagegen, die mehr zählen. Einmal darf man nicht vergessen, daß die Zentralbankgeldmenge nur eine statische Zwischengröße ist, an der die Bundesbank die Wirkungen ihrer Geldpolitik mißt. Ihre Aussagekraft leidet aber unter statistischen Verzerrungen, die das Wachstum zu hoch erscheinen lassen. Dies werden die Bundesbankiers ebenso zu berücksichtigen haben wie vor allem die Tatsache, daß bei einem weltweit nur langsamen Wirtschaftswachstum, hohen unausgelasteten Kapazitäten und gebremstem Kostenanstieg die Inflationsgefahr bei uns gering ist.

Mehr noch: Eine gewaltsame Drosselung der Geldmengenexpansion würde die Zinsen hochtreiben und damit die schwache Konjunktur bremsen. Da die Bundesbank das alles weiß, ist kein Kurswechsel zu befürchten.

Es brodelt weiter

Mk. – Ignaz Kiechle, der Landwirtschaftsminister, reist morgen zur 9. Sitzung des Welternährungsrates nach New York. Wichtiger noch sind aber die Gespräche mit den Repräsentanten der US-Regierung. Zwar ist das Kampfgetümmel zwischen den USA und der EG auf dem Felde der Agrarpolitik leiser geworden, es brodelt jedoch weiter. Angesichts der sich abzeichnenden guten Ernte könnte sich die Situation rasch verschärfen. Das, was EG-Politiker in den letzten Wochen alles laut gedacht haben, kann den Amerikanern nicht gleichgültig sein. Vieles läuft schlicht darauf hinaus, die US-Lieferungen von Futtermitteln zurückzudrängen, um mehr heimische Erzeugnisse in die Tröge zu lenken und die EG finanziell über Wasser zu halten. Das schürt die Gefahr eines Handelskrieges, bei dem es nur Verlierer geben kann. Alle Gespräche, die dazu beitragen, diese Gefahr zu bannen, sind zu begrüßen. Zum Ergebnis führen sie aber nur, wenn die Einsicht vorherrscht, daß Im- und Export zusammengehören.

BUNDESBANK / Die Konjunktur hat sich trotz gewisser Schwachstellen belebt

Währungshüter loben Bonner Kurs, die Ausgabenexpansion einzudämmen

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Bundesbank zeichnet in ihrem neuen Monatsbericht ein aufgehelltes Konjunkturbild mit einigen Schatten. Zwar hätten die Auftriebskräfte wieder Oberhand gewonnen. Aber wichtige Schwachstellen in der deutschen Wirtschaft bestünden weiter und könnten nur allmählich beseitigt werden. So sei die Investitionsbereitschaft und -fähigkeit zwar etwas größer geworden, aber immer noch unzureichend. Ein weiteres Handikap sei das Fehlen wesentlicher Nachfrageimpulse aus dem Ausland.

Trotz ermutigender Anzeichen für eine Konjunkturbelebung in wichtigen Industriestaaten erwartet die Bundesbank auch für die nächste Zeit keine nennenswerte Belebung der Auslandsnachfrage, weil Entwicklungsländer wegen Zahlungsbilanz- und Verschuldungsproblemen ihre Importe drosseln müssen. So vermutet die Bundesbank, daß bei konjunkturell bedingter Zunahme der deutschen Importe auch der Leistungsbilanzüberschuß mit 13 bis 14 Milliarden Mark in diesem Jahr geringer ausfallen wird als bisher allgemein erwartet.

Einer der Hauptträger der nach dem Urteil der Notenbank auf relativ breiter Basis, wenn auch durchaus gemäßigt in Gang gekommenen Aufwärtsbewegung der Inlandsnachfrage war der Wohnungsbau, der von niedrigeren Zinsen und staatlicher Förderung profitierte. Bei den Investitionen registriert die Bundesbank auch nach Auslaufen der Investitionszulage eine Klimabesserung aufgrund verbesserter Ertragsperspektiven. Um in den Unternehmensfinanzen die Spuren jahrelanger Ertragsschwäche und außerordentlicher Belastungen durch Insolvenzen und Betriebseinschränkungen tilgen zu können, bedürfe es jedoch einer nachhaltigen Stärkung der Ertragskraft, die auch Voraussetzung für eine Stärkung der Investitionskraft und Lösung der Arbeitsmarktprobleme sei.

Die dritte Stütze der Binnenkonjunktur sind die leicht gestiegenen privaten Verbrauchsausgaben, die jedoch, so die Bundesbank weniger von höheren Einkommen als von einer schwächeren Ersparnisbildung alimentiert wurden. In den ersten vier Monaten haben die Privathaushalte etwa sieben Prozent weniger gespart als in der gleichen Vorjahreszeit. Auch der Rückgang der Energiepreise und Auslandsreiseausgaben ersetzte bei sonst weitgehend stabilen Verbraucherpreisen Kaufkraft für andere Konsumausgaben frei.

Die notwendige Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbedingungen steht, wie die Bundesbank betont, weiterhin in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Die Notenbank lobt den bislang eingeschlagenen Kurs einer Reduzierung der überhöhten Staatsdefizite durch strikte Begrenzung der Ausgabenexpansion bei gleichzeitigen Anregungen für die Investitionskonjunktur. Sie warnt aber gleichzeitig davor, diese Orientierung um kurzfristiger Ziele willen wieder in Frage zu stellen. Im übrigen schreibt die Notenbank den Kritikern der Bonner Sparpolitik ins Stammbuch, die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung habe bestätigt, daß der im Sommer 1981 von der Finanzpolitik eingeschlagene Weg die Wirtschaftstätigkeit nicht schwäche.

Die Bundesbank schreibt die wirtschaftliche Erholung auch ihrer Geldpolitik zu, für deren weitere Lockerung jedoch inzwischen die Grenzen deutlich geworden sind. Damit weiterhin günstige Preis- und Wechselkurserwartungen gerechtfertigt sind, die auch den inländischen Kapitalmarktzins positiv beeinflussen, müsse die über das Zielband von vier bis sieben Prozent hinausgeschossene Ausweitung der Geldmenge wieder voll auf ein stabilitätsgerechtes Maß einschwenken, hebt die Notenbank hervor, die ihre Zügel nicht mehr ganz so locker hält wie noch vor Monaten. Seit April hat sich das monetäre Expansionstempo zwar etwas verlangsamt: im Mai war die Zentralbankgeldmenge um knapp zehn Prozent (auf Jahresrate hochgerechnet) höher als im vierten Quartal 1982. Doch müsse sich die Wachstumsdynamik noch stärker vermindern, um die Geldmengenentwicklung bis zum Jahresende im vorgegebenen Rahmen zu halten.

STEUERENTLASTUNGS-GESETZ

Auch Freiberufler werden bei der Vermögensteuer entlastet

HEINZ HECK, **Bonn**

Bereits vor dem förmlichen Kabinettsbeschluß über die Entwürfe des Haushaltsgesetzes 1984 und der Begleitgesetze am 29. Juni zeichnen sich vor allem Änderungen am „Steuerentlastungsgesetz 1984" ab. Davon dürften in erster Linie Freiberufler sowie kleine und mittlere Unternehmen profitieren.

So soll die Verkürzungsmöglichkeit des Abschreibungszeitraums für längerlebige Wirtschaftsgüter (betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer mindestens zehn Jahre) wieder gestrichen werden, nachdem dieser Vorschlag bei den Wirtschaftsverbänden und Bundesländern auf wenig Gegenliebe stieß. Die hieraus erwarteten Steuermindereinnahmen von 200 Millionen Mark jährlich sollen statt dessen auf folgende Weise verwandt werden:

Von der zehnprozentigen Sonderabschreibung für kleine und mittlere Unternehmen sind nach dem bisherigen Gesetzentwurf Pkw weitgehend ausgenommen. Aufgrund des Widerstands anderer Ministerien wie auch verschiedener Bundesländer soll die Regelung jetzt so lauten, daß bei „überwiegender betrieblicher Nutzung" (dem Vernehmen nach mindestens 90 Prozent) die Sonderabschreibung in Anspruch genommen werden kann. Die Kosten dieser Erweiterung, also die Steuermindereinnahmen, werden auf jährlich 100 bis 150 Millionen geschätzt.

Zugleich sollen die Kriterien zur Abgrenzung kleinerer und mittlerer Unternehmen neu gefaßt werden, da der Vorschlag des Finanzministeriums (Einheitswert 50 000 Mark) zum Beispiel von der Deutschen Steuergewerkschaft als sehr verwaltungsaufwendig kritisiert worden war. Die Abgrenzungskriterien lauten jetzt: Bis zu 120 000 Mark Einheitswert und bis zu 500 000 Mark Bemessungsgrundlage für die Gewerbekapitalsteuer.

Nicht nur Gewerbetreibende, wie bisher im Entwurf vorgesehen, sondern auch Freiberufler sollen in den Genuß der Vermögensteuerentlastung kommen. Ihre Einbeziehung war bisher auf grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedenken gestoßen, die aber inzwischen offenbar ausgeräumt werden konnten. Der bisherige Entwurf sieht vor, daß bei jeder Person (natürliche Person oder Körperschaft) gewerbliches Betriebsvermögen bis zu 125 000 Mark vermögensteuerfrei bleiben soll.

Die Vergünstigung für Freiberufler dürfte zu etwa 50 Millionen Mark Mindereinnahmen führen, so daß die Änderungen aufkommensneutral sind.

Die Einschränkungen für Bauherrenmodelle sollen den Häuslebauer nicht treffen. Wer innerhalb von sechs Monaten, so zeichnet sich die Lösung ab, sein Eigenheim bezieht, soll die im Anschaffungs- oder Herstellungsjahr entstandenen Werbungskosten voll absetzen dürfen. In den übrigen Fällen werden sie gleichmäßig auf die Laufzeit des Darlehens, längstens fünf Jahre, verteilt.

Durststrecke für Frankreich

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die konjunkturelle Lage Frankreichs, des größten Handelspartners der Bundesrepublik, hat sich in letzter Zeit stark verschlechtert. Das war zu erwarten. Denn die sozialistische Regierung hat ihre zunächst verfolgte Expansionspolitik durch eine Stabilisierungspolitik abgelöst, die durch das Austerity-Programm vom 25. März beträchtlich verschärft wurde.

Noch 1982 war das französische Bruttosozialprodukt um volle zwei Prozent gestiegen, während es in allen westlichen Industriestaaten zusammengenommen (OECD) um 0,5 Prozent und in der Bundesrepublik sogar um 1¼ Prozent geschrumpft war. Für dieses Jahr wird für die OECD-Zone ein Wachstum von etwa zwei Prozent erwartet, für die Bundesrepublik von 0,5 bis ein Prozent. Frankreich dagegen wird bestenfalls auf ein „Nullwachstum" kommen.

Dieser von den Konjunkturinstituten in den letzten Wochen herausgegebenen Prognose hat sich jetzt auch die Regierung in Paris angeschlossen, nachdem sie die von ihr im Haushaltsplan für 1983 unterstellte Wachstumsrate von zwei Prozent bei der Verkündung des Austerity-Plans auf ¼ Prozent gekürzt hatte. Da aber das französische Bruttosozialprodukt im ersten Quartal 1983 noch um ¼ Prozent gestiegen war und auch im April und Mai vorläufigen Schätzungen zufolge noch etwas zugenommen haben dürfte, stünde Frankreich also für den Rest dieses Jahres eine Rezession ins Haus.

Das ist für die Franzosen deshalb besonders bitter, weil gerade in dieser Zeit bei den anderen Ländern der wirtschaftliche Aufschwung Gestalt annehmen dürfte. So hält man inzwischen beim OECD-Sekretariat für die zweite Hälfte 1983 eine durchschnittliche Wachstumsrate von jährlich drei Prozent für durchaus möglich. Der französische Rückstand wird dadurch noch größer. Aber dies ist die zwangsläufige Folge davon, daß Frankreich über seine Verhältnisse gelebt hat, während die anderen Länder den Gürtel enger schnallten.

Gewiß hatte die französische Regierung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit größere Erfolge. Das war aber weniger ihrer expansiven Wirtschaftspolitik als hohen staatlichen Subventionen zu verdanken. Andererseits stiegen Preise und Löhne weiter. Vor allem aber nahm das Handelsbilanzdefizit stark zu.

Das zunehmende Ungleichgewicht im französischen Außenhandel hatte in dem starken Anstieg des Verbrauchs der privaten Haushalte eine wichtige, wenn auch nicht die einzige Ursache. Die Inlandsnachfrage konnte aber in immer geringerem Maße von den nationalen Anbietern gedeckt werden. Deshalb kam es zu einer starken Zunahme der Importe vor allem von Konsumgütern. Gleichzeitig aber schrumpften auf breiter Front die französischen Exporte.

Das lag weniger an der schlechten internationalen Konjunktur. Wegen des starken Kostenanstiegs, der nicht zuletzt aus den diversen Sozialreformen (Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsverlängerung usw.) resultierte, verloren die französischen Exporteure im Ausland trotz der Franc-Abwertung immer mehr an Wettbewerbsfähigkeit.

Unter diesen Umständen muß man sich fragen, ob die französische Austerity-Politik an der Außenhandelsfront die gewünschten Erfolge bringen kann. Zwar erwartet die Regierung aufgrund ihrer verbrauchsbeschränkenden Maßnahmen (Steuererhöhungen) eine Verminderung des privaten Konsumzuwachses von 2,8 Prozent 1982 auf 0,8 Prozent in 1983 und 0,4 Prozent in 1984. Bei den Importen dagegen soll die Entwicklung von plus 0,4 über minus 0,1 wieder auf plus 0,3 Prozent führen (jeweils real).

Um das ehrgeizige Außenhandelsziel zu erreichen, wonach das Defizit von 93 Milliarden Franc 1982 auf 59 Milliarden 1983 und sechs Milliarden Franc 1984 zurückgeht, bedarf es also einer gewaltigen Expansion der französischen Ausfuhr. Für dieses Jahr veranschlagt der Minister diesen Zuwachs auf real 2,5 Prozent und für 1984 auf sogar 4,1 Prozent.

Zu einem derartigen Optimismus geben die jüngsten Unternehmerbefragungen allerdings noch keinen Anlaß. Darin ist von eher zurückgehenden Exportaufträgen die Rede. Die jüngste Franc-Abwertung könnte die Ausfuhr allerdings vorübergehend begünstigen.

Vielleicht hat aber Delors in seinen Prognosen eine weitere Franc-Abwertung einkalkuliert. Auf jeden Fall allerdings läßt sich auf Dauer die französische Handelsbilanz nur dann sanieren, wenn die Preise und Kosten nicht mehr stärker als bei den wichtigsten Handelspartnern steigen. Davon aber ist Frankreich noch weit entfernt.

AUF EIN WORT



„Wir stehen wieder einmal vor der schwierigen Situation, Kostendekkung und folglich höhere Preise anzustreben, zu einer Zeit, in der der Verbraucher ständig über gesunkene Rohölpreise liest und hört und in Verkennung der Ertragsmisere der Mineralölbranche deshalb sogar auf Preissenkungen hofft."

Dr. Herbert C. Lewinsky, Vorstandsvorsitzender der Mobil Oil AG, Hamburg.

FOTO: WOLFGANG STECHE/VISUM

Abkommen mit Rumänien perfekt

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Umschuldungsverhandlungen zwischen Rumänien und westlichen Gläubigerbanken über 1983 fällige Zahlungen sind zu einem Abschluß gekommen. Wie in Frankfurter Bankkreisen zu hören war, wurde im rumänischen Badeort Mamaia ein Rahmenabkommen mit den verhandlungsführenden Kreditinstituten unterzeichnet. Die Vereinbarung regelt die Rückzahlung von 70 Prozent der in diesem Jahr fällig werdenden Tilgungszahlungen im Gesamtvolumen von 860 Millionen Dollar. Dem Umschuldungsvortrag für 1983 müssen sich noch die knapp 200 betroffenen Kreditinstitute anschließen.

DIW-PROGNOSE

Erholung setzt sich fort, aber die Arbeitslosenzahl steigt

PETER WEERTZ, **Berlin**

Das hohe Realzinsniveau behindert nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) noch immer die weltwirtschaftliche Erholung. Allerdings werde die wirtschaftliche Entwicklung in den USA ebenso wie in Großbritannien und Japan gegenwärtig von den Regierungen günstig eingeschätzt. Es sei jedoch fraglich, ob der Erholungsprozeß der westlichen Industrieländer der Beginn eines anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs sei.

Zugleich meinen die Berliner Konjunkturforscher: „Nach der enttäuschenden Entwicklung im Vorjahr hat jetzt auch in der Bundesrepublik eine konjunkturelle Erholung begonnen. Sie prognostizieren außerdem, diese wirtschaftliche Erholung werde sich 1984 fortsetzen, aber leider nicht beschleunigen. Diese Beschleunigung ist aber eine Voraussetzung für den Abbau der Arbeitslosenzahlen. Das reale Bruttosozialprodukt soll 1984 um zwei Prozent wachsen. Dennoch erwartet das Institut in diesem Jahr eine Zunahme der Arbeitslosigkeit auf im Jahresdurchschnitt 2,35 Millionen. Ein langer Schrumpfungsprozeß sei bei den realen Ausrüstungsinvestitionen zu Ende gegangen, denn sie hätten kräftig zugenommen. Bei den realen Bauinvestitionen lasse hingegen der Beginn der Erholung noch auf sich warten. Gestützt wird die Konjunktur auch durch die Zunahme des privaten Verbrauchs.

Die weitere konjunkturelle Erholung wird nach Meinung des Instituts von Einflüssen bestimmt, die nicht alle in die gleiche Richtung (Aufschwung) weisen. Kritisiert wird vor allem die Finanzpolitik, die nach wie vor die wirtschaftliche Entwicklung bremse. Sie sei noch weit von dem Ziel entfernt, eine kontinuierliche Ausgabenpolitik des Staates zu sichern.

AGRARPOLITIK

Gallus: Förderung der Fleischproduktion aussetzen

D. SCHMIDT, **Hannover**

Nach der Ausklammerung der Eier- und Geflügelproduktion aus dem Förderungskatalog der Europäischen Gemeinschaft sollte auch die Förderung in den anderen kritischen Bereichen – Milch und Fleisch – ausgesetzt werden. Dafür hat sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesernährungsministerium, Georg Gallus, ausgesprochen. Anläßlich der Eröffnung der Internationalen Fachausstellung für Geflügel- und Schweineproduktion „Huhn und Schwein '83" in Hannover forderte Gallus ein Umdenken in der europäischen Agrarstrukturpolitik.

Der Staatssekretär verwies auf die andauernde Errichtung neuer Kapazitäten mit staatlichen Mitteln in der EG. Die jüngste Entwicklung bei den Preisen in der Schweineproduktion zeige, daß mehr Schaden als Nutzen angerichtet werde. Die Landwirte seien selbständige Unternehmer und müßten allein entscheiden, ob sie am Markt eine Chance für sich sehen. Die jetzige Praxis fördere eher gegenläufige Entwicklungen in der Markt- und Strukturpolitik.

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman, sprach sich dafür aus, die Veredelung mindestens in dem Umfang wie bisher in den bäuerlichen Betrieben zu erhalten. Dies bedeute durchaus nicht ein Einfrieren festgefahrener Strukturen und das Ende des Wettbewerbs. Es müsse aber verhindert werden, daß „außerlandwirtschaftliches Kapital" den bäuerlichen Betrieben das Leben schwer mache.

An der Fachausstellung, die noch bis zum 25. Juni dauert, beteiligen sich 552 Direktaussteller und 192 zusätzlich vertretene Firmen aus 22 Ländern. Die Veranstalter erwarten rund 40 000 Fachbesucher.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Westliche Industrieländer wollen Gasreserven anlegen

Washington (dpa) – Die in der Internationalen Energie-Agentur (IEA) zusammengeschlossenen 21 westlichen Industriestaaten wollen nach dem Vorbild der Ölreserven auch Gas speichern, um eventuelle Liefersperren, insbesondere der Sowjetunion, in Krisenfällen besser überstehen zu können. Dies berichtete das „Wall-Street-Journal" unter Hinweis auf eine geheimgehaltene Studie, die die Energieminister des Westens Anfang Mai in Paris gebilligt hätten. Über die Anlage von Gasreserven hinaus soll vorgesehen sein, die Verträge der Gasunternehmen mit ihren Kunden zu überprüfen, um im Notfall Lieferunterbrechungen vornehmen zu können. Betriebe sollen so eingerichtet werden, daß im Ernstfall sofort von Gas auf Öl umgestellt werden kann, heißt es in dem Bericht. Die USA hofften, daß Norwegen sich zu den kostspieligen Investitionen zur Erschließung seiner Gasreserven bereitfindet, wenn Oslo erkenne, daß der Westen den Gasbezug aus der Sowjetunion begrenzen werde.

Belgien senkt Diskontsatz

Brüssel (rtr) – Die belgische Nationalbank hat den Diskontsatz mit Wirkung vom Donnerstag von 9,5 auf neun Prozent gesenkt. Der Satz erreicht damit nach Angaben eines Sprechers der Bank wieder das Niveau vom Oktober 1979. Gleichzeitig wird auch der Satz für Kredite, die nicht durch das „Diskont-Fenster" vergeben werden, von 10,5 auf zehn Prozent ermäßigt. Der Zentralbank zufolge spiegelt die Zinssenkung die Position des belgischen Franc auf den Devisenmärkten wider. Der Diskontsatz war zuletzt am 5. Mai von zehn auf 9,5 Prozent zurückgenommen worden.

Mehr Bauaufträge

Wiesbaden (AP) – Das Bauhauptgewerbe in der Bundesrepublik hat im April wertmäßig 15,3 Prozent mehr Auftragseingänge verzeichnet als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, erzielten dabei der Hochbau ein Plus von 20,4 und der Tiefbau von 6,4 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz ging um fünf Prozent auf 7,4 Milliarden Mark zurück. Die Zahl der Beschäftigten ermäßigte sich binnen Jahresfrist um 5,6 Prozent auf 1 097 100.

Übernahme wird geprüft

London (fu) – Der neue britische Minister für Handel und Industrie, Cecil Parkinson, hat als erste offizielle Amtsmaßnahme die angestrebte Übernahme des britischen Reedereikonzerns P&O durch den ebenfalls in der Seeschiffahrt engagierten Mischkonzern Trafalgar House (Reederei Cunard) zur Überprüfung an die britischen Kartellbehörden verwiesen. Durch die Übernahme würde der Welt größte Kreuzfahrtreederei und einzige in Großbritannien entstehen. P&O stemmt sich mit aller Macht gegen diese Übernahme. Bis zur Vorlage ihres Berichts hat die Monopol-Kommission sechs Monate Zeit.

Zinsanstieg erwartet

Washington (rtr) – Die kurzfristigen US-Zinsen könnten nach Auffassung des wirtschaftspolitischen Chefberaters von US-Präsident Ronald Reagan, Martin Feldstein, möglicherweise wieder steigen. Feldstein begründete das mit dem sich beschleunigenden Aufschwung und der damit verbundenen Zunahme der privaten Kreditnachfrage zu einer Zeit, in der die Regierung in großem Umfange Mittel auf den Kreditmärkten zur Finanzierung ihres Budgetdefizits aufnehme. Der jüngste kräftige Geldmengenanstieg könne die US-Notenbank veranlassen, die Geldpolitik etwas zu straffen, um das Wachstum wieder näher an den Zielkorridor heranzuführen.

Portugal wertet ab

Lissabon (AP) – Portugal hat am Mittwoch den Escudo um zwölf Prozent gegenüber der Mark und 17 weiteren Währungen abgewertet. Die Entscheidung wurde von der Zentralbank nach einem entsprechenden Beschluß der sozialistisch-sozialdemokratischen Regierung bekanntgegeben. Am Dienstagabend wurde die Mark in Lissabon mit 40,18 Escudos gehandelt. Die staatlichen Wechselstuben blieben am Mittwoch geschlossen. Ziel der Abwertung ist die Verringerung des Außenhandelsdefizits von 3,2 Milliarden Dollar (1982) durch eine Förderung der Exporte. Portugal ist im Ausland mit 13,1 Milliarden Dollar verschuldet.

Stromverbrauch gestiegen

Frankfurt (rtr) – Der Stromverbrauch in der Bundesrepublik ist im Mai nach Angaben der Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VdEW) mit rund 25 Milliarden Kilowattstunden um 5,2 Prozent höher gewesen als im Mai vergangenen Jahres. Wie die VdEW mitteilte, dürfte der Verbrauchszuwachs vor allem auf das kühle Wetter im Mai zurückzuführen sein.

Pretoria zahlt vorzeitig

Pretoria (dpa/VWD) – Südafrika wird ein im vergangenen November aufgenommenes Darlehen beim Internationalen Währungsfonds (IWF) von 1,2 Milliarden Rand (rund 2,6 Milliarden DM) vorzeitig zurückzahlen. Nach Angaben der südafrikanischen Zentralbank wurde der IWF informiert, daß die Kap-Republik keinen weiteren Bedarf für den Kredit hat. Südafrika hat bislang 900 Millionen Rand des Darlehens in Anspruch genommen. Die Rückzahlung der Gelder, die Ende des Jahres beginnen wird, wäre erst in vier Jahren fällig gewesen.

Bedingungen neu gefaßt

Berlin (rtr) – Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen hat die erste Genehmigung zur Verwendung der neuen Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Großlebensversicherung erteilt. Die Bedingungen, die inhaltlich den bisherigen Musterbedingungen entsprechen, sind der Mitteilung zufolge in einer verständlicheren Sprache und übersichtlicher im Aufbau verfaßt und als Alternative zu den gegenwärtigen Versicherungsbedingungen gedacht. Die neuen Bedingungen seien eine Antwort der Lebensversicherer auf die Kritik an der Unverständlichkeit des Kleingedruckten, hieß es weiter.

Handelsüberschuß halbiert

Dschidda (rtr) – Der Überschuß im saudiarabischen Außenhandel hat sich 1982 um mehr als die Hälfte reduziert. Nach amtlichen statistischen Angaben sackte das Plus in der Handelsbilanz des wichtigsten Ölexportstaates auf 131,7 Milliarden Riyal (rund 38,2 Milliarden Dollar) gegenüber 286,2 Milliarden Riyal (rund 83 Milliarden Dollar) im Vorjahr ab. Insbesondere die gesunkene Ölnachfrage am Weltmarkt war dafür maßgebend.

Wochenausweis

	15.6.	7.6.	15.5.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	68,4	68,9	70,4
Kredite an Banken	58,4	59,9	60,6
Wertpapiere	7,3	7,2	6,1
Bargeldumlauf	98,4	99,1	98,7
Einl. v. Banken	43,0	47,9	45,8
Einl. v. öffentl. Haushalten	3,8	0,6	1,1

STAHL

Entscheidung über Quoten um einen Monat vertagt

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Um einen Monat vertagt haben die EG-Regierungen die Entscheidung über die künftige Quotenverteilung auf dem europäischen Stahlmarkt. Grund dafür ist, daß es bisher nicht gelungen ist, die Wünsche der Mitgliedsländer nach höheren Produktionsquoten mit dem anhaltenden Erfordernis einer Beschränkung des Stahlangebots in Übereinstimmung zu bringen.

Bei einem Meinungsaustausch der Wirtschaftsminister wurde deutlich, daß zwar alle EG-Partner für die Beibehaltung des obligatorischen Systems von Produktions- und Lieferquoten eintreten, daß eine Reihe von Regierungen jedoch gegenwärtig keine längerfristigen Bindungen für ihren Quotenanteil eingehen will. Die EG-Kommission hält dagegen ihren Vorschlag zur Verlängerung des Krisensystems nach Artikel 58 des Montanvertrages bis Ende 1985 aufrecht. Sie lehnte eine Entscheidung für nur ein halbes Jahr ab, da die Quotenregelung nach ihrer Meinung nur dann sinnvoll ist, wenn sie als flankierende Maßnahme im mehrjährigen Umstrukturierungsprozeß gesehen wird.

Auch der Ministerrat berief sich in seinem Kommuniqué darauf, daß es zunächst erforderlich sei, die Entscheidungen der Kommission über die verschiedenen nationalen Umstrukturierungsprogramme zu kennen und die Ergebnisse der Kontakte mit den betroffenen Unternehmen abzuwarten. Um keine rechtliche Lücke eintreten zu lassen, beschloß der Rat, das gegenseitige System bis Ende Juli zu verlängern. Die Kommission will ihre Entscheidung über die zulässigen Stahlbeihilfen am 29. Juni treffen, unabhängig davon, wie weit die Mitgliedsstaaten bis dahin ihre Umstrukturierungspläne präzisiert haben.

VOLKS- UND RAIFFEISENBANKEN / Bereitschaft zum Investieren steigt

Mittelstand bei Innovationen fördern

HENNER LAVALL, **Bonn**

„Es gibt jetzt keinen Zweifel mehr daran, daß die konjunkturellen Auftriebskräfte in der Bundesrepublik die Oberhand gewonnen haben." Der wirtschaftliche Aufschwung vollzieht sich nach den Erkenntnissen des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Bonn, allerdings keineswegs in dem Tempo früherer Aufschwungphasen. BVR-Präsident Schramm sieht als Grund dafür den Export, „der diesmal keine entscheidenden Impulse" geben könne.

Anläßlich des BVR-Mittelstandsforum '83 zeigte sich Schramm gestern in Bonn davon überzeugt, daß die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft in den kommenden Monaten weiter zunehmen wird. Um gerade den mittelständischen Unternehmen die Chance zu geben, „in den Aufschwung zu investieren", haben die Volks- und Raiffeisenbanken zusammen mit der Deutschen Genossenschaftsbank eine Sonderkreditaktion gestartet. Schramm wertete dieses Programm als vollen Erfolg, denn seit Ende April mußte das ursprünglich auf 500 Millionen Mark festgesetzte Kreditniveau für Neuinvestitionen im Handwerk, Handel, Gewerbe und in der Landwirtschaft mehrfach aufgestockt werden. Das Programm sei schließlich nach vier Wochen mit einem abgerufenen Betrag von 5,3 Milliarden Mark beendet worden.

Beim BVR ist man sich sicher, „daß dadurch Impulse für den Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik gegeben werden". Immerhin würden 60 Prozent aller Arbeitsplätze von den kleinen und mittleren Unternehmen gestellt. Die grundlegende Bereitschaft des Mittelstandes, durch Investitionen seine Wettbewerbschancen zu verbessern, bedinge aber auch „ein uneingeschränktes Ja zur modernen Technologie".

Der rasche technologische Fortschritt und seine Auswirkungen auf den Markt würden gerade die mittelständischen Unternehmen, zu mehr Innovationen zwingen. Das Aufspüren und Verwirklichen technischer Neuerungen „wird damit immer mehr zu einer Existenzfrage". Fehlende finanzielle Kapazitäten führten aber noch allzu häufig dazu, daß Innovationen unterblieben.

Nach Ansicht des BVR kommt hier auch dem Staat eine entscheidende Rolle zu. Er müsse kleinere und mittlere Unternehmen bei der Forschungsförderung stärker berücksichtigen. Die staatliche Förderung habe zu sehr auf Großunternehmen gesetzt. „Es sind aber nicht die Sensationsobjekte der Großforschung, sondern die Vielzahl der im täglichen Marktgeschehen ablaufenden Innovationen, die die Entwicklung vorantreiben", betonte Schramm. Die Gruppe der mittleren Unternehmen sei dagegen mit nur knapp zehn Prozent Förderanteil das Stiefkind der staatlichen Forschungsförderung.

GROSSBRITANNIEN / Erholung hält an

Sozialprodukt gestiegen

WILHELM FURLER, London

Das Bruttosozialprodukt in Großbritannien ist im ersten Quartal dieses Jahres um ein volles Prozent gestiegen. Bereits im letzten Quartal des vergangenen Jahres war ein Wachstum der britischen Wirtschaft um den gleichen Prozentsatz gemeldet worden. In den beiden Quartalen zuvor hatte die Wirtschaft stagniert.

Der Anstieg des Bruttosozialprodukts auf Jahresbasis um immerhin vier Prozent während der vergangenen sechs Monate war in dieser Höhe in allen Voraussagen nicht erwartet worden. Er untermauert die Ansicht der Regierung, daß die konjunkturelle Belebung in Großbritannien nicht nur längst eingesetzt hat, sondern auch anhält.

So stark wie zwischen dem ersten Quartal 1982 und dem ersten Quartal dieses Jahres, nämlich um zwei Prozent, ist die Wirtschaft Großbritanniens seit 1979 nicht mehr gewachsen. Alles deutet jetzt darauf hin, daß sich die im letzten März-Budget vom damaligen Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe erstellte Prognose als zu vorsichtig erweist, die Wirtschaft werde während der nächsten zwölf Monate um 2,5 Prozent wachsen.

Getragen wird die konjunkturelle Erholung in Großbritannien im Augenblick vor allem von einer anhaltend starken Verbrauchernachfrage. Gegenwärtig liegen die Einzelhandelsumsätze um mehr als sechs Prozent über dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit.

Allerdings wird befürchtet, daß der Einzelhandels-Boom nach der gestrigen Anhebung der Hypothekenzinsen um 1,25 auf 11,25 Prozent durch die britischen Buildung Socities abgeschwächt wird. Dann wird die konjunkturelle Entwicklung in erster Linie vom Abschneiden der britischen Exportindustrie und damit nicht unwesentlich von der Entwicklung der britischen Währung abhängen, die im Augenblick von den meisten Industriellen des Landes trotz des gegenwärtig wieder fallenden Trends als zu hoch bewertet eingeschätzt wird.

US-KONJUNKTUR / Ende des Lagerabbaus – Unternehmensgewinne steigen

Wachstumstempo stark beschleunigt

H.-A. SIEBERT, Washington

Amerikas Wirtschaft ist im zweiten Quartal 1983 doppelt so schnell gewachsen wie Anfang des Jahres von der Reagan-Administration vorausgesagt. Nach ersten Berechnungen des Handelsministeriums in Washington erhöhte sich das US-Bruttosozialprodukt auf Jahresbasis real um 6,6 Prozent, verglichen mit 2,6 Prozent (nach oben revidiert) in der Januar-März-Periode. Es war die stärkste Zunahme seit dem ersten Quartal 1981, als das inflationsbereinigte Plus 7,9 Prozent betrug.

Der amerikanische Handelsminister Malcolm Baldrige führte das erheblich beschleunigte Wachstumstempo auf das Ende des monatelangen Lagerabbaus zurück. Von Oktober bis März haben sich die Bestände immerhin real um 35,8 Milliarden Dollar verringert. Als weiteren Grund nannte Baldrige die unerwartet kräftige Ausweitung der Verbraucherausgaben, die im März und April 11,8 und 22,4 und im Mai sogar 28,5 Milliarden Dollar ausmachten.

Gemessen am Bruttosozialprodukt, veranschlagte Baldrige die US-Inflationsrate im zweiten Quartal auf 4,7 Prozent, gegenüber 5,5 und 3,7 Prozent in den beiden vorausgegangenen Vergleichsperioden. Die Weichen für ein Anhalten des Konjunkturaufschwungs sind gestellt, weil im Mai das persönliche Einkommen der amerikanischen Bürger deutlich in die Höhe schoß, und zwar von 20,1 (April) auf saisonal bereinigte 32,3 Milliarden Dollar.

Neu kalkuliert hat das US-Handelsministerium die Unternehmensgewinne aus laufender Produktion: Sie sind im ersten Quartal 1983 um 21,5 auf 186,1 Milliarden Dollar (Jahresrate) gestiegen. Von Oktober bis Dezember betrug das Minus noch 1,6 Milliarden Dollar. Ohne die Finanzwirtschaft erhöhten sich die Gewinne um 20,8 Milliarden Dollar, nach einem Rückgang um elf Milliarden Dollar im vierten Quartal 1982.

Zugenommen haben die schwarzen Zahlen in nahezu allen amerikanischen Industriezweigen, die dauerhafte Gebrauchsgüter herstellen, so auch in der Autobranche. Günstiger sieht es ebenfalls in der Primärindustrie aus. Nach vielen Konkursen befinden sich die Spar- und Bausparkassen wieder in der Gewinnzone. Der Auslandsanteil der Gewinne verringerte sich um 3,1 Milliarden Dollar. Von Oktober bis Dezember hatte er noch um 4,6 Milliarden Dollar zugenommen.

Präsident Reagan hat die starke Beschleunigung des Wirtschaftswachstums als Beweis dafür gewertet, daß „unser Erholungsprogramm faßt". Das ist sicherlich kurzfristig, also für 1983 und 1984, der Fall. Die Verabschiedung eines Haushalts für 1984 durch den Vermittlungsausschuß des Kongresses wird sich indes als „Schuß in den Ofen" erweisen. Reagan kündigte an, daß er gegen die Anhebung der Steuern um zwölf und die Erhöhung der Ausgaben um 14 Milliarden Dollar sein Veto einlegen werde. Nicht hinnehmen will er auch die Aufstockung des Verteidigungsetats um real nur fünf Prozent. Er hatte zehn Prozent beantragt.

THOMSON-BRANDT / Mit eigenen Marken

Neue Tochter in Bremen

D. SEITZ/J. SCH. München/Paris

Mit einer neuen Tochter und unter eigenem Namen will der verstaatlichte französische Unterhaltungselektronik-Konzern Thomson-Brandt auf den deutschen Fernseh- und Videogeräte-Markt vordringen. Ausschließlich über den Facheinzelhandel sollen bereits ab Mitte Juli unter der Marke „Thomson" acht Fernsehgeräte-Typen vertrieben werden, wie Klaus Hartenstein, Geschäftsführer der im Februar 1983 – mit Sitz in Bremen – gegründeten Thomson Electronic GmbH, jetzt mitteilte.

Die Produktpalette soll dann ab August um vier Videogeräte und zwei Videokameras sowie ab September um ein Familien-Computersystem und einen Video-Projektor ergänzt werden. An einen Einstieg in den HiFi- und Audio-Bereich ist wenigstens vorerst nicht gedacht, was aber nicht bedeuten soll, so Hartenstein, daß Thomson Electronic mit diesen Produkten nicht möglicherweise in zwei oder drei Jahren auf den deutschen Markt kommen könnte.

Auf ein Umsatzziel für das erste volle Geschäftsjahr 1984 wollte sich Hartenstein in der Anlaufphase nicht festlegen lassen, hofft aber, 80 bis 100 Mill. DM erreichen zu können. Thomson Electronic wolle dabei „keine Marktanteile um jeden Preis", sondern die Geräte zu „marktgerechten Preisen" verkaufen. Die Farbfernsehgeräte werden aus französischen Produktionsstätten kommen, während die Videogeräte vorerst noch in Japan und in absehbarer Zeit in Europa hergestellt werden. Den Kundendienst wird die ebenfalls zum Thomson-Brandt-Konzern gehörende Nordmende GmbH, Bremen, im Lohnauftrag übernehmen.

Mit dem Ziel, die Herstellung von elektronischen Video-Spielen zu „europäisieren", hat die französische Muttergesellschaft mit dem holländischen Philips-Konzern ein Kooperationsabkommen getroffen. Die Zusammenarbeit bezieht sich vor allem auf den Informations- und Forschungsaustausch. Jedoch sollen die von der französischen Philips-Tochter Radio-Technique gebauten Konsolen mit Bildgeneratoren der Thomson-Tochter Efcis ausgestattet werden.

NAMEN

Joachim Pöppel, Vorstandsmitglied der Heidelberger Druckmaschinen AG, Heidelberg, wurde in den Unternehmensrat der Schott Glaswerke, Mainz, berufen. Er tritt am 1. Oktober 1983 in dieses Gremium für Prof. **Dr. Herbert Grünewald** ein, der dann seine Position als Stiftungskommissar der Carl-Zeiss-Stiftung übernimmt.

Dr. Ingo Paetzke, Vorstandsmitglied der BASF Aktiengesellschaft, Ludwigshafen, wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der BASF Farben + Fasern AG gewählt. Er ist Nachfolger von BASF-Vorstandsmitglied **Dr. Detlef Dibbern.** Zum Stellvertreter wurde **Hartmut Stahl** bestellt.

Oskar Farny, Ehrenpräsident des Württembergischen Genossenschaftsverbandes, ist im Alter von 92 Jahren gestorben.

Dr. Carl H. Hahn, Vorstandsvorsitzender des Volkswagenwerkes AG, Wolfsburg, ist zusammen mit **Richard S. Bateman,** Director BP Oil International Limited, London, in den Aufsichtsrat der Deutschen BP Aktiengesellschaft gewählt worden. Aufsichtsratsvorsitzender wurde **Dr. Dieter Spethmann**, der **Sir Christopher Laidlaw**, Chairman der International Computer Limited, London, ablöst.

COUTINHO, CARO / Industrieanlagen machten größten Umsatzsprung – Alle Sparten mit positivem Ergebnis

Im internationalen Handel die Position behauptet

J. BRECH, Hamburg

„Nichts Sensationelles", so doch die erfolgreiche Behauptung der internationalen Positionen kennzeichnet den Geschäftsverlauf des Hamburger Handelshauses Coutinho, Caro & Co KGaA (CCC), das sich auf die drei Bereiche internationaler Handel, Industrieanlagen/Hochbau und Stahllagerhandel stützt. Vor dem Hintergrund erheblicher wirtschaftlicher Probleme auf fast allen Märkten sei man mit dem Ergebnis des Jahres 1982 zufrieden. Nach Angaben der persönlich haftenden Gesellschafter A. Coutinho, H. Sternberg, W. E. Warning und H. J. Brandes haben alle Sparten positive Beiträge geleistet.

Die weltweit tätige Gruppe weist für 1982 einen Umsatz von 2,3 Mrd. DM aus; das entspricht einem Wachstum von 21 Prozent. Die Ertragslage, so erklärt Brandes, habe sich mit einem Jahresüberschuß von 16,9 Mill. DM wieder normalisiert. Im Vorjahr war der ausgewiesene Gewinn durch hohe außerordentliche Erträge beeinflußt und lag mit 30,6 Mill. DM über dem üblichen Niveau.

Schwerpunkt der Aktivitäten blieb der internationale Handel. Er steuerte mit 1,33 (1,26) Mrd. DM rund 57 Prozent zum Gesamtumsatz bei. Man sei selbst ein wenig überrascht gewesen, räumt Sternberg ein, wie gut das Geschäft angesichts des Gerangels auf den Märkten geklappt habe. Probleme gab es nur bei der italienischen Tochtergesellschaft und in den USA. Hier rutschte die New Yorker Niederlassung aufgrund schlechter Ergebnisse bei einer angegliederten Stahlhandelsfirma mit rund 1 Mill. DM in die roten Zahlen. „Recht glücklich" ist Sternberg dagegen mit der 1982 erworbenen US-Hochbaufirma Kroll, an der die Beteiligung inzwischen auf 80 Prozent aufgestockt worden ist.

Abrechnungsbedingt machte die Sparte Industrieanlagen/Hochbau 1982 den größten Umsatzsprung. Mit 445 Mill. DM hat sich das Volumen mehr als verdoppelt. Das Anlagengeschäft werde allerdings zunehmend mühsamer, betont Warning, weil Überkapazitäten noch immer sinkender Nachfrage gegenüberstehen. CCC verfügt zur Zeit über einen Auftragsbestand von 870 Mill. DM, der um knapp 100 Mill. DM unter dem des Jahres 1982 liegt.

Gut ein Viertel des Umsatzes stammt schließlich aus dem Stahllagerhandel (542 nach 527 Mill. DM). In diesem Bereich, so erklärt Coutinho, profitiere die Gruppe von dem rechtzeitigen Abbau der eigenen Kapazitäten. CCC hat in den beiden letzten Jahren rund 45 Prozent des Mengenabsatzes aufgegeben. Im Inland sank die gehandelte Tonnage allein 1982 um 25 Prozent. Das Ergebnis der als Dachgesellschaft fungierenden Coutinho Eisenhandel GmbH sei gleichwohl gut und nicht der Marktlage entsprechend, betont Coutinho.

Zur Entwicklung in diesem Jahr erklären die Gesellschafter, daß der Kampf um die Märkte generell noch härter geworden sei. Der Lagerhandel stoße auf eine labile Marktverfassung, der internationale Handel bewege sich auf wechselhaftem Niveau. Absatzeinbußen in starken Märkten des Vorjahres wie Indonesien, versuche CCC durch neue Aktivitäten in Nordafrika und auch in Iran auszugleichen. Als Händler profitiere CCC zudem von wieder anziehenden Preisen.

In Industrieanlagen und im Hochbaugeschäft setzt die Gruppe die Bemühungen fort, neue Märkte zu erschließen und die Angebotspalette den Erfordernissen der Staaten der Dritten Welt anzupassen. Fortsetzen wird sich ferner der Trend, die Auslandsgesellschaften noch stärker an die Finanzierung und Durchführung von Aufträgen zu binden. In der Konsequenz dürfte der Umsatzanteil des Hamburger Stammhauses CCC am Gesamtgeschäft damit weiter sinken.

CCC Hamburg erzielte im Berichtsjahr 956 Mill. DM Umsatz und leistete damit einen Gruppen-Beitrag von gut 41 Prozent. Der Jahresüberschuß wird mit unverändert 9,1 Mill. DM ausgewiesen; davon gehen 4,6 Mill. DM in die Rücklagen, der Rest wird auf 47,5 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet. Er ist zu 100 Prozent im Besitz der Familie Coutinho. Das gesamte Eigenkapital der Gruppe gibt Brandes mit 167 Mill. DM an. Das entspricht einer für ein Handelshaus respektablen Quote von 16 Prozent an der Bilanzsumme.

NORDWEST-EINKAUF / Sehr hohe Zuwachsraten

Aufschwung ist gefestigt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

„Der Aufschwung hat sich gefestigt." Dieses auch in der eigenen Branche noch keineswegs alltägliche Urteil zur Konjunkturwende belegt die Nordwest Eisen- und Metallwaren eG, Hagen, mit zweistelligen Umsatz-Zuwachsraten für jeden der bisherigen Monate 1983. Die zum Quartett der vier großen Einkaufsgenossenschaften der deutschen Hausrat- und Eisenwarenhändler zählende „Nordwest" hat bis Ende Mai 12,2 Prozent an Umsatz zugelegt.

Die zu Jahresanfang für 1983 schon recht optimistische Wachstumsprognose von fünf Prozent (nach nur noch 1,5 Prozent Umsatzplus auf 1,46 Mrd. DM in 1982) könne man nun nach oben korrigieren. Dies auch, weil die gerade beendete Nordwest-Warenbörse in Hamburg „querbeet" eine gute Ordertätigkeit der Genossen bescherte.

Glanzlicht der Nordwest-Umsatzsteigerungen bis Ende Mai war die große Warengruppe Stahl/Grobe Eisenwaren mit einem Plus von 32,4 Prozent, das allerdings auch auf dem erst 1981 (und erfolgreich) aufgenommenen Geschäft mit Walzstahl und Röhren beruhte. Ferner die kleine Sortimentsgruppe Glas/Porzellan (plus 41,4 Prozent), wo sich die noch junge Kooperation mit der EK Großeinkauf eG, Bielefeld, bezahlt machte.

Immerhin wurden aber auch in den von solchen „Sonderfaktoren" freien Sortimentsgruppen zum Teil beachtliche Zuwachsraten erzielt. So insbesondere bei Beschlägen (plus 11,9 Prozent), Sanitär/Heizung (plus 11,8 Prozent) und auch noch bei Werkzeugen (plus 7,3 Prozent). Minusraten gab es nur bei Großgeräten (Heizen/Kühlen/Waschen) mit sechs Prozent und Haushaltmaschinen mit 11,1 Prozent – Geschäftsbereiche, die bei den Mitgliedern schon länger nicht mehr auf der Sonnenseite liegen.

Fazit des Nordwest-Vorstands: Wenn auch an der Kundenfront mit harten Bandagen gekämpft werde und „viele Mitglieder über eine unbefriedigende Ertragssituation klagen", so sei der Trend dennoch nach oben gerichtet. Bei den Mitgliedern habe sich wieder mehr Mut breitgemacht; die seit Jahren betriebene Spezialisierung zahle sich aus. Nordwest konnte schon für 1982 die Warenrückvergütungen an die 475 angeschlossenen Firmen um 25 Prozent erhöhen und ist überzeugt, daß 1983 auch im Mitgliederkreis ein Wachstumsjahr wird.

EDEKA-GRUPPE / Klußmann kritisiert die Preispolitik der Markenartikelindustrie

Neue eigene Produktpalette geplant

JAN BRECH, Hamburg

Die Edeka-Gruppe, die dem Angriff der „no names" bislang mit einem „markenorientierten Dauerniedrigpreisprogramm" begegnet ist, rückt im Herbst einen Schritt von diesem Konzept ab. Wie der Vorstandssprecher der Edeka-Zentrale AG, Hans-Jürgen Klußmann, in Hamburg betonte, werde zur Zeit in Zusammenarbeit mit dem Edeka-Großhandel ein neues preisattraktives Produktpaket geschnürt, das in verstärktem Maß auch Edeka-Eigenmarken und Zeitmarken enthalten soll. Der im bisherigen Markenartikelprogramm vorhandene „glaubwürdige Preisabstand" zu den weißen Produkten sei vom Verbraucher nicht honoriert worden, erklärte Klußmann.

Der Vorstandssprecher warf in diesem Zusammenhang der Markenartikelindustrie vor, die ausgesprochene Markentreue der Unternehmen wie Edeka „bemerkenswert gering bewertet und gewürdigt" zu haben. Wenn die Industrie jetzt nicht reagiere, würden sich in dem überarbeiteten Konzept der Edeka einige Markenartikel nicht wiederfinden. Die Aufnahme von „no names" ins eigene Sortiment lehnte Klußmann nach wie vor ab.

Ihre offensive Preispolitik werde die Edeka mit einer am Verbraucherverhalten orientierten Sortimentsstrategie stützen, erklärte Klußmann weiter. Im harten Preiswettbewerb vor allem mit den einstufigen Discountern müsse man sich noch stärker auf kostengerechte Artikelkalkulation, verbunden mit einer Straffung und Bereinigung des Sortiments, konzentrieren. Für kostenintensive Langsamdreher sei im heutigen Sortiment kein Spielraum mehr.

Die gegenwärtige Entwicklung im Lebensmittelhandel fordere die Edeka-Gruppe auf allen Handelsstufen heraus, betonte auch der Vorstandssprecher des Edeka-Verbands, Helmut Stubbe. Angesichts massiver Rentabilitätsprobleme bestehe auf allen Stufen der Zwang zur Rationalisierung und Kostenreduzierung. Von einer Belebung im Handel sei bislang nichts zu verspüren. Sowohl auf der Einzel- als auch auf der Großhandelsstufe habe die Edeka in den ersten fünf Monaten dieses Jahres kein Wachstum erzielt. Lediglich die Zentrale AG kam mit einem Plus von 1,2 Prozent über die Runden.

Bereits im Berichtsjahr hat die Edeka-Gruppe den Branchendurchschnitt nicht erreicht. Die rund 17 500 Edekakaufleute mit etwa 20 000 Geschäften steigerten den Umsatz lediglich um 2,5 Prozent auf 20,5 Mrd. DM. Dabei nahm die Fläche netto nicht zu, die Zahl der Mitglieder sank saldiert um 800. Isoliert und nicht im Verbund mit einer Handelsorganisation könne sich der Selbständige im Lebensmittelhandel nur noch in Ausnahmefällen behaupten, räumt Stubbe unumwunden ein.

Auf der Großhandelsstufe steigerte die Edeka mit ihren 35 Betrieben den Umsatz um 2,3 Prozent auf 14,3 Mrd. DM (Branchendurchschnitt 6,2 Prozent). Die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich nach Angaben von Stubbe auf 410 Mill. DM erhöht. Für die sieben noch bestehenden Betriebe in der Größenordnung bis 200 Mill. DM Umsatz kündigte Stubbe „Verbundmaßnahmen" an.

Das Umsatzziel verfehlte auch die Edeka Zentrale AG. Sie steigerte das Volumen im Konzern um 2,6 Prozent auf 9,8 Mrd. DM. Am stärksten belasteten das Ergebnis Umsatzrückgänge bei den Fruchtkontoren. Zum ersten Mal hätten die Verbraucher 1982 auch bei Obst und Gemüse gespart, erklärte Klußmann, obwohl das Preisniveau des gesamten Sortiments aufgrund der europäischen Rekordernte um fast 15 Prozent gefallen sei. Der Umsatzeinbruch beim Fruchtkontor entstand trotz eines gegenüber dem Vorjahr noch gesteigerten Mengenabsatzes.

Positiv wertet Klußmann das finanzielle Ergebnis der Zentrale. Es habe wiederum eine im Vergleich zum Umsatz überproportionale Steigerung der Vergütungsausschüttungen um 7 Prozent erlaubt. Nach Nutzung aller steuerlichen Maßnahmen weist der Konzern einen Überschuß von rund 9 Mill. DM aus. In die Rücklage gehen 5 Mill. DM, auf Stammaktien werden 6, auf Vorzugsaktien 8 Prozent Dividende gezahlt.

Bremer Werften sollen fusionieren

dpa/VWD, Essen/Bremen

Für eine Fusion der beiden Bremer Großwerften AG „Weser" und der Bremer Vulkan AG haben sich die Aufsichtsratsvorsitzenden der beiden Unternehmen, Wilhelm Scheider und Georg Heinrich Thyssen-Bornemisza, in Düsseldorf bei einem Gespräch mit dem Bremer Senator für Wirtschaft und Arbeit, Karl Willms, ausgesprochen. Die Prüfung der technischen und rechtlichen Möglichkeiten der Fusion sollen „in kürzester Zeit" erfolgen.

Dies teilten der Großaktionär der AG „Weser", die Fried. Krupp GmbH, Essen, und der Bremer Senat mit. An der Vulkan AG ist das Land Bremen und Thyssen-Bornemisza Europe N.V., Amstelveen (Niederlande), mit je 25,1 Prozent beteiligt.

Die Gesprächsteilnehmer sehen in der Zusammenführung betriebswirtschaftliche Vorteile, die angesichts der Lage der Werftindustrie neben staatlichen Flankenhilfen erforderlich seien, hieß es. Einzelheiten wurden nicht mitgeteilt.

Über die konkrete Ausgestaltung einer Fusion bestanden jedoch in den vergangenen Wochen erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Werftvorständen. Sie hatten Anfang Juni ein Grobkonzept zur Zukunftssicherung der Schiffbauplätze in den Bremer Stadtteilen Gröpelingen (AG „Weser") und Vegesack (Vulkan) vorgelegt, das einen 30prozentigen Abbau der Neubaukapazitäten vorsieht. Das käme einem Verlust von fast 1000 Arbeitsplätzen der insgesamt knapp 6000 gleich.

Uneinigkeit herrscht vor allem in der entscheidenden Frage, bei welcher der beiden Werften die Neubaukapazitäten abgebaut werden sollen. Ein neues Gespräch wurde für die kommende Woche vereinbart.

Landesbank Mainz: Risiken bleiben

CLAUS DERTINGER, Mainz

Für 1983 – ihr 25. Geschäftsjahr – wird die Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz, aus heutiger Sicht ein Ergebnis vorlegen können, das mit der Wiederaufnahme der Dividendenzahlung (auf jeden Fall weniger als 6 Prozent) auch nach außen hin die vom Vorstandsvorsitzenden Erwin Sinnwell angekündigte Rückkehr zur Normalität dokumentiert. Bei einer Zinsmarge von jetzt über 1 Prozent hat sie ein Betriebsergebnis einschließlich Eigenhandelsgewinnen von 102,5 Mill. DM bis Ende Mai erzielt.

Die ersten Monate 1983 haben jedoch auch bewiesen, daß für die Risikovorsorge vor allem im internationalen Kreditgeschäft (6,2 Mrd. DM) noch einiges getan werden muß. Vorstandsmitglied Theodor Simon bezifferte den „latent gefährdeten Bodensatz" auf weniger als 10 Prozent des nicht hermesgesicherten Engagements von rund 4,3 Mrd. DM im Konzern.

Für Anfang 1984 plant die Landesbank eine Kapitalerhöhung, damit das Kreditgeschäft nicht durch die bei einer Konsolidierung der Luxemburger Eurotochter gezogenen engeren Expansionsgrenzen eingeschränkt werden muß. Im übrigen hat der Vorstand in puncto Bilanzsummenwachstum keinen Ehrgeiz. Er peilt eine Zielgröße von 5 Prozent (nach 8,4 Prozent auf 28,4 Mrd. DM im letzten Jahr) an.

Im Geschäftsjahr 1982 hat die Mainzer Landesbank nach Sinnwells Angaben ein Betriebsergebnis einschließlich Eigenhandelsgewinnen von 147,8 (0) DM einschließlich 12 Mill. DM der LBS erwirtschaftet. Davon kassierte der Fiskus 52,1 (10,9) Mill. DM. Nach Vorsorge für „alle erkennbaren Risiken" und Abschreibungen des Wertpapierbestands auf den Niederstwert verblieb ein Jahresüberschuß von 32 Mill. DM, von dem 20 Mill. DM in die Rücklagen und 12 Mill. DM in die der LBS wandern.

Alcan: Geschäft bessert sich

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die bisher erkennbaren Ansätze einer Konjunkturerholung geben für 1983 „Anlaß zu vorsichtigem Optimismus" bei den Alcan-Aluminiumwerken GmbH, Göttingen. Die Kapazitätsauslastung sei besser geworden. Allerdings entscheide erst die Nachhaltigkeit der Belebung darüber, ob man die stark steigenden Metallpreise in den eigenen Halbzeugprodukten weitergeben und so die notwendige Ergebnisverbesserung erreichen könne.

Mit diesem Ausblick würzt die deutsche Tochter des weltgrößten kanadischen Aluminiumkonzerns ihren Verlustabschluß für 1982. Auf einem von stagnierendem Absatz, steigenden Kosten und sinkenden Erträgen gekennzeichneten Markt erreichte die deutsche Alcan-Gruppe 1982 fast nur durch Kauf des Folienwerkes Ohler, Plettenberg, Steigerungen des Umsatzes um 11,3 Prozent auf 1,46 Mrd. DM und der Beschäftigtenzahl auf 4430 (3811). Der Absatz stieg dabei auf 369 000 (348 000) t Aluminiumprodukte. Doch übrig blieb bei einem trotz Ohler-Zutritt nur auf 28 (26) Mill. DM verbesserten Brutto-Cash-flow ein auf 9,8 (1,3) Mill. DM gestiegener Jahresverlust.

Der minderte das Eigenkapital auf 113 (122) Mill. DM oder nur noch 15,2 (17,2) Prozent der Bilanzsumme. Das zeigen auch die durch Ohler-Kauf auf 72 (29) Mill. DM oder das Doppelte der Abschreibungen erhöhten Investitionen. Nicht verkraften aber kann man die fast 80prozentige Strompreiserhöhung bei der aus Giulini-Besitz erworbenen Aluminiumhütte in Ludwigshafen. Die dort im Herbst 1982 „in letzter Minute" für ein Jahr gewährte öffentliche Überbrückungshilfe, so mahnt der Vorstand nun erneut, solle den Politikern Zeit zum Lösen des Strompreisproblems geben. Gelinge das nicht, so müsse die Hütte wegen zu hoher Strompreise endgültig stillgelegt werden.

BAT / Die Konkurrenz ist der Neuordnung der Preisstruktur nach Einführung der Billigmarken gefolgt

Die Rückkehr ins Paradies ist nicht mehr möglich

JAN BRECH, Hamburg

In den ersten 5 Monaten dieses Jahres bewege man sich im Zigarettengeschäft in schwarzen Zahlen, aber im Vergleich zu 1982 seien die Ergebnisse in höchstem Maße unbefriedigend. Nichts kennzeichnet die gegenwärtige Lage der deutschen Zigarettenindustrie besser als diese Aussage des Vorstandsvorsitzenden der BAT-Cigaretten-Fabriken GmbH, Dieter von Specht. Die Tabaksteuer-Erhöhung, das damit verbundene Vordringen der Billigzigaretten und der Preiskampf unter den etablierten Marken hat eine der bislang lukrativsten Branchen überhaupt im Mark getroffen.

Eine Stabilisierung am Zigarettenmarkt erhofft sich von Specht durch die von BAT eingeleitete Neuordnung der Preisstruktur, der alle anderen Hersteller gefolgt sind. Ein Anhalten der Preiskämpfe müsse die Rendite im Zigarettengeschäft vollends ruinieren und den mit enormem Aufwand entwickelten GoodWill der klassischen Marken untergraben, betont von Specht. Wie der Markt das auf ein niedrigeres Preisniveau geschleuste Angebot annehmen wird, bleibe abzuwarten. Eine Rückkehr zum Status quo ante schließt von Specht jedoch aus.

Die Entscheidung des Konkurrenten Reemtsma, zu Beginn dieses Jahres die erste Niedrigpreismarke einzuführen und damit den Umbruch am Markt einzuleiten, hält von Specht nach wie vor für einen verhängnisvollen Fehler. Gleichzeitig räumt er ein, daß BAT durch die Bemühungen, den Preiskampf solange wie möglich zu verhindern, Nachteile entstanden seien.

Die Absatzentwicklung in den ersten 5 Monaten dieses Jahres gibt dazu wenig Trost. Die gesamte Branche hat zwar mit 45,2 Mrd. Stück im Vergleich zu den letzten 5 Monaten des Jahres 1982 gut 4 Prozent mehr abgesetzt, doch dieses Wachstum brachten ausschließlich die Billigmarken der Industrie, die zusammen mit den Billigzigaretten des Handels inzwischen 36 Prozent des Marktes abdecken. Die klassischen Marken verloren dagegen weitere 16 Prozent.

Im Vergleich hierzu hat BAT etwas besser als der Markt abgeschnitten. Der Absatz von 11 Mrd. Stück liegt nur 5,2 Prozent unter dem in den Monaten August bis Dezember 1982, im Vergleich zu den ersten 5 Monaten 1982 jedoch um 24,2 Prozent niedriger. BAT bleibt mit zur Zeit 24,3 Prozent Anteil zweitgrößter Anbieter.

Die Erosionen im Zigarettengeschäft verdeutlichen die Entwicklung der Marktanteile der großen BAT-Marken. Im Durchschnitt der ersten 5 Monate lag die größte deutsche Marke „HB" bei 14,2 (Juli 1982: 18,3) Prozent, „Krone" bei 1,9 (2,9), „Kurmark" bei 1,5 (1,8) und „Kim" bei 1,1 (1,3) Prozent Marktanteil. Insgesamt hat BAT seit Juni 1982 rund 3,6 Prozentpunkte Marktanteile verloren. Im Mai ist die „HB" auf 12,4 Prozent abgesackt, während die BAT-Niedrigpreismarken „Gold Dollar" 2,8 und „Cortina" 2,12 Prozent erreichten.

Prognosen über den weiteren Verlauf gibt von Specht nicht an. Die Auswirkungen der marktstrategischen Gegenmaßnahmen dürfen erst in der zweiten Jahreshälfte erkennbar werden.

Der Abschluß für das Berichtsjahr dokumentiert noch einmal, über welche Ertragskraft BAT bislang verfügte. Der an die Muttergesellschaft abgeführte Gewinn ist zwar um 20 Mill. DM niedriger, doch spielen hier Sonderfaktoren eine Rolle. BAT hat 54 Mill. DM in Sonderposten mit Rücklagenanteil eingestellt, rund 22 Mill. DM zusätzliche Sonderabschreibungen vorgenommen und 11 Mill. DM an Entschädigung für vorzeitige Pensionierung aufgewendet. Das Betriebsergebnis dürfte trotz drastischer Absatzeinbußen und nur geringen Umsatzwachstums nicht schlechter als 1981 ausgefallen sein.

BAT	1982	±%
Umsatz (Mill. DM)	4 377	+ 4,7
Absatz (Mrd. St.)	39,7	– 9,2
davon Inland	30,3	– 14,9
Ausland	9,4	+ 16,0
Marktanteil (%)	27,15	(27,42)
davon HB	17,87	(18,15)
Krone	2,64	(2,97)
Jahresüberschuß	44,8	– 30,0
in % vom Umsatz	3,7	(5,6)
Investitionen	54	+ 5,9
Abschreibungen	77	+ 40,4

SCHERING-HV / Aktionäre mit Dividende zufrieden

Neue Beteiligung angekündigt

PETER WEERTZ, Berlin

Die Zufriedenheit der Aktionäre faßte ein Aktionärsvertreter in dem Ausspruch zusammen: „Schering ist ein dufter Laden." Damit zollte der Aktionärsvertreter den Anstrengungen des Vorstandes Anerkennung, die Umstrukturierung des Unternehmens auf zukunfts- und ertragssichere Geschäftsbereiche voranzutreiben. Das Lob galt auch der Dividende, die trotz der Schwierigkeiten im Weltmarkt und im Vergleich zu anderen chemisch-pharmazeutischen Unternehmen eine Spitzenposition einnimmt. Vor den rund 500 Aktionären unterstrich Finanzvorstand Klaus Pohle, daß die Schering AG, Berlin und Bergkamen, gerade jetzt dabei sei, die Weichen für eine sichere Zukunft des Unternehmens zu stellen. Hierzu ist nach seiner Ansicht außer der Umstrukturierung eine intensivere Forschung und Entwicklung notwendig.

Außerdem kündigte Pohle an, daß Schering eine neue Beteiligung oder ein weiteres Unternehmen, voraussichtlich im Ausland, übernehmen wird, das zum „angestrebten Unternehmensprofil" paßt. „Wir sind fündig geworden, müssen aber Stillschweigen bewahren bis zum Vertragsabschluß", sagte Pohle. Finanziert werden soll diese Akquisition mit der Emission einer Optionsanleihe von 75 Mill. Dollar und zusätzlich aus den liquiden Mitteln von rund 250 Mill. DM. In der Mehrheit haben die Aktionäre der Änderung der Ermächtigung des Vorstands zur Begebung von Optionsteilschuldverschreibungen von 1980 zugestimmt und noch 25 Mill. DM genehmigtes Kapital bewilligt.

Für 1982 genehmigten die Aktionäre eine Dividende von wieder 21 Prozent auf das Aktienkapital von 253,37 Mill. DM. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stiegen die Umsätze in der AG um 3 Prozent, in der Gruppe (weltweit) aber nur um 0,2 Prozent. Dabei konnten die Einbußen in Südamerika nur mühsam durch Mehrverkäufe auf anderen Märkten kompensiert werden.

FRANKREICH / Umstrukturierung der Chemie perfekt

Kompromiß der Betroffenen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Früher als erwartet hat sich Michel Pecqueur, der neue Präsident des im staatlichen Mehrheitsbesitz befindlichen französischen Mineralölkonzern Elf-Aquitaine, wegen der vollen Übernahme der beiden Chemieunternehmen Ato und Chloé mit der Total-Gruppe geeinigt. Damit kann die vor einigen Wochen mit bedeutender staatlicher Hilfe eingeleitete Umstrukturierung der französischen Chemie als abgeschlossen angesehen werden.

Dieser Reform hatte sich der bisherige Elf-Präsident Albin Chalandon – er wurde letzte Woche abgelöst – widersetzt. Er machte seine Zustimmung zu den bereits vereinbarten Chemietransaktionen, an denen Elf maßgeblich beteiligt war, von einer befriedigenden Regelung mit Total abhängig. Insbesondere verweigerte er jede Barzahlung für die in Total-Besitz befindliche andere Hälfte des Ato/Chloé-Kapitals.

Der nunmehr auf Intervention von Laurent Fabius, Minister für Industrie, Technologie und Forschung, getroffene Kompromiß sieht vor, daß Total ihre Vorschüsse an Ato/Chloé von 180 Mill. Franc von Elf sofort zurückerstattet erhält. Die mit 500 Mill. Franc bewertete 50prozentige Beteiligung an Ato/Chloé erstattet Elf zur Hälfte durch Ratenzahlungen. Für die andere Hälfte tritt Elf verschiedene ausländische Interessen, insbesondere am australischen Uran- und Kohlenbergbau, an Total ab.

Wie Chalandon, so widersetzte sich auch Pecquerur der von Total-Präsident de Lilliac geforderten Abtretung von Chemie- und Erdölinteressen (Rousselot und Beteiligung an dem Nordseeölvorkommen Frigg) der Elf-Gruppe.

VORWERK / Elektrobereich hat sich gut entwickelt

Starkes Auslandsgeschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Nach dem leichten Umsatzrückgang in 1982 hat sich bei der Vorwerk-Gruppe Wuppertal in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres wieder ein kräftiges Plus von 13 Prozent eingestellt. Der Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter, Jörg Mittelsten Scheid, hält im 100. Gründungsjahr des Familienunternehmens ein zweistelliges Umsatzwachstum für durchaus möglich. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß der Elektrobereich – Raumpflege-, Haushaltsgeräte und Einbauküchen – mit einem Umsatzanteil von 77 Prozent wieder einen stärkeren Anstieg (18 Prozent) verzeichnete. Der Fertighausbereich legte 43 Prozent zu, während im Teppich- und Möbelstoffsektor erst in den letzten Wochen eine Belebung spürbar wurde.

Von diesen drei Bereichen litten Textil- und Fertighausbereich konjunkturbedingt am stärksten, auch wenn die Branche im Durchschnitt im letzten Jahr mehr Federn lassen mußte als Vorwerk. Anders bei ausschließlich im Direktvertrieb abgesetzten Elekrogeräten: Hier vergrößerte Vorwerk 1982 seinen Absatz nahezu in dem gleichen Maß, mit dem der Markt sich verkleinerte – im Ausland stärker als im heimischen Markt.

Insgesamt hat das Auslandsgeschäft inzwischen einen Umsatzanteil von 30 Prozent erreicht. Der nach anfänglichen Mißerfolgen mit bergischer Hartnäckigkeit betriebene Einstieg in das USA-Geschäft brachte im ersten vollen Geschäftsjahr mit dem neuen Bodenpflegeprogramm einen Umsatz von 27 Mill. DM. Daneben gehören Italien und Österreich zu den erfolgreichsten Außenmärkten, die allerdings trotz guter Ergebnisse den Ertragsrückgang im Inland nicht ganz wettmachen konnten.

Nach wie vor ist die Bilanzstruktur des Unternehmens grundsolide. Mit einem in der Konzernbilanz ausgewiesenen Eigenkapital von 127 Mill. DM, das 32,3 Prozent der Bilanzsumme entspricht und zu 92 Prozent das Anlagevermögen deckt, gehört Vorwerk bei Unternehmen dieser Größenordnung zu den „Ringeltauben". Im laufenden Jahr werden 23 Mill. DM vor allem im Elektrobereich investiert.

Vorwerk-Gruppe	1982	± %
Umsatz (Mill. DM)	1 049	– 0,8
dav. Elektro	805	+ 5,6
Textil	164	– 11,8
Fertighaus	42	– 44,0
Dienstleistg.	38	+ 11,8
Inlandsumsatz	745	– 4,5
Auslandsumsatz	304	+ 9,7
Mitarbeiter	7 910	– 0,7
dav. Inland	7 058	– 1,8
Berater	7 925	+ 6,3
dav. Inland	3 721	+ 0,5
Personalaufwand	240	+ 1,3
Sachinvestition	20	– 7,4
Sachabschreibungen	21	+ 5,9

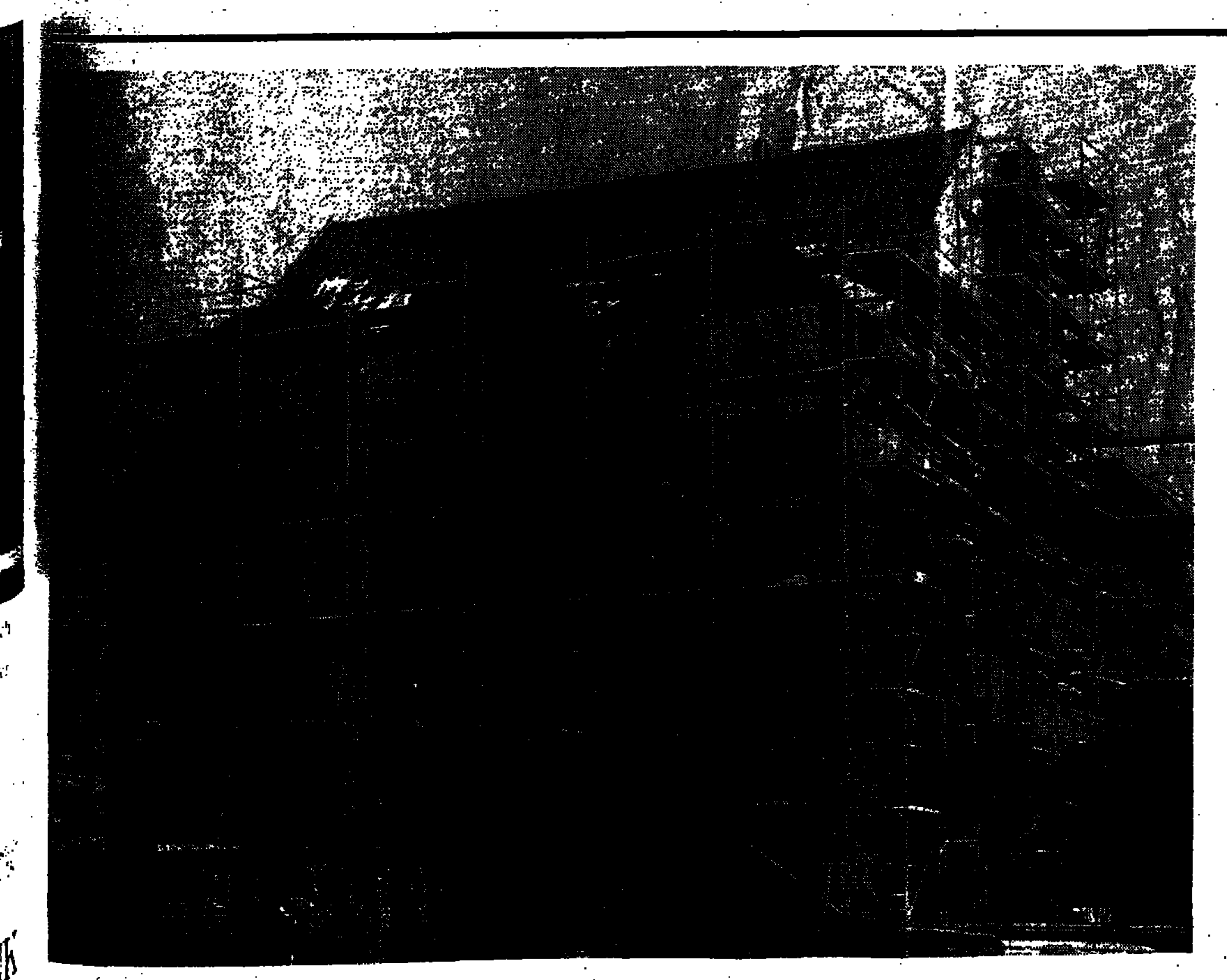
KONKURSE

Konkurs eröffnet: Hamm: Wolfgang Taege, Maler- u. Lackierermeister, Holzwickede; **Hannover:** Karsten Prelle, Maurer; **Heidelberg:** Bonitas Ges. f. Baubetreuung u. Bauberatung mbH i. L.; **Idar-Oberstein:** Rolf Weber, Baumholder; **Leer:** Theodor Saathoff, Gas- u. Wasserinstallation, Inh. Gas- u. Wasserinstallateurmeister Hans-Peter Görtemaker, Moormerland; **Lüdenscheid:** Alpha Tronic Wärmeableiter GmbH; **Neustadt:** Böger Reinigungs GmbH; **Peine:** Wi-Du Fleischwaren GmbH, Hohenhameln-Soßmar; **Saarbrücken:** Blatter GmbH; **Schwäbisch Gmünd:** Dieter Miller; Pelikan Hotel GmbH; Café am Prediger GmbH; **Stuttgart:** KG unter d. 1. Orma Organisation von Messen u. Ausstellungen Carl-Joachim Lempertz GmbH & Co. KG 2. Carl-Joachim Lempertz GmbH; **Ulm (Donau):** Brückl-Technik GmbH, Herstellung v. Metalldübeln, Laichingen.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Bad Kreuznach: ChN Chemienorm Rühr- u. Verfahrenstechnik GmbH & Co. KG, Kirn; **Hechingen:** Boss-Moden Handelsges. mbH, Bisingen.

Vergleich eröffnet: Langen: KG Gebrüder Marbach, Dreieich.

Vergleich beantragt: Tettnang: Ing. M. Bauer Baumanagement GmbH, Kressbronn.





Die Autowerte rollten nach oben

In- und ausländische Käufe sorgten für freundliche Stimmung

DW. – Ausländische Käufer, deren Orders sich nach wie vor auf ausgewählte Aktien konzentrierten, waren während der ganzen Börsenzeit, und nicht nur vorübergehend, im Markt. Das hat den Berufshandel animiert, wieder mit nach oben zu laufen. Auch die inländische Bankenkundschaft hat die Kaufpause vom Dienstag vergessen und nahm ihre verstärkten Aktivitäten wieder auf. Das stärkte den Optimismus in den Börsensälen, daß es in den nächsten Tagen und Wochen weiter aufwärts gehen könne.

Renner waren an der Mittwoch-Börse wieder die Autoaktien. Mercedes-Holding wurden um 19 DM auf 510 DM heraufgesetzt. Daimler-Benz selbst stiegen nur um 5 DM auf 566 DM. Fester auch BMW mit 355 DM (plus 5 DM). Die VW-Aktie, an der Kuwaitis Interesse haben sollen, stieg nur vorübergehend um 2,50 DM auf 192,50 DM. Von den übrigen Werten, bei denen von Aufkäufen gesprochen wird, kamen Conti-Gummi zeitweise auf 103,50 DM (plus 3,50 DM) und Commerzbank auf 190 (plus 1,50) DM. Auch sonst konnten Bankwerte kleinere Gewinne verbuchen. Stromversorger lagen uneinheitlich. Unter den Maschinenbauern fielen Linde (plus 6 DM) und KHD (plus 4 DM) auf.

Düsseldorf: Die Aufwärtsbewegung der Aktienkurse setzte sich bei zeitweise lebhaftem Geschäft zur Wochenmitte fort. So schlossen Küppersbusch um 6 DM fester, Ravensberger Spinne um 5 DM, Stahl Bochum um 3 DM und Rheag um 8 DM fester. Nachgegeben haben Alexander um 2 DM, Schubsa um 2 DM und Glas Schalke um 3 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachener Rück um 20 DM und Agrippina Rück um 10 DM.

Frankfurt: MAN-Stämme wurden bei Plusankündigung auf 151,50 DM erhöht, AEG auf 79 DM plus 3 DM und Preussag auf 265 DM plus 5 DM, auch Autoaktien waren bis zu 6 DM höher. Von Nebenwerten blieben Hutschenreuther 250 DM plus 10 DM, Mainkraft 520 DM minus 10 DM, Chemieverwaltung 305 DM minus 12,50 DM, Stolberger Zink 1030 DM plus 30 DM und Holzmann 485 DM minus 15 DM.

Hamburg: HEW konnten sich um *2 DM auf 110,50 DM* erholen, während NWK-Vorzüge bei 158 DM (minus 0,50 DM) lagen. Phoenix Gummi begannen unverändert zu 125 DM, fielen später aber auf 124 DM zurück. Beiersdorf konnten bei 341 DM ihren Dividendenabschlag von 8 DM nahezu wieder aufholen. Haller Meurer gingen bis 165 DM (plus 5 DM) aus dem Markt.

München: Agrob Vz. verringerten um 5 DM auf 310 DM und Flachglas AG um 12 DM auf 285 DM. Leonische Draht gaben um 0,50 DM *auf 340 DM nach und Süd* Chemie um 13 DM auf 352 DM. Erhöhen konnten Dywidag um 19 DM auf 305 DM und Gehe AG um 9 DM auf 219 DM.

Berlin: Berthold konnten 6,50 DM und Orenstein 6 DM zulegen. Tempelhofer Feld wurden um 5 DM und DeTeWe um 2 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Aktien (Kassakurse)

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Junge Aktien

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

Tokio

[illegible]

Zürich

[illegible]

Madrid

[illegible]

Paris

[illegible]

Mailand

[illegible]

Toronto

[illegible]

London

[illegible]

Wien

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Sydney

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Singapur

[illegible]

Optionshandel

Frankfurt: 22. 6.: 637 Optionen, 34 200 (42 950) Aktien, davon 177 Verkaufsoptionen: 6400 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-60/19,20, 7-70/10, 7-75/5, 7-80/2,30, 10-70/11, 10-75/7,50, 10-80/5, 1-70/15, 1-80/8, 1-90/3,90, Siemens 7-328,05/16, 7-338,05/9, 1-350/19, 1-360/14, 1-380/6,86, Veba 10-170/4,40, 1-170/7,80, BASF 10-150/5,50, 1-150/9, 1-160/4,50, Bayer 10-140/8,60, 1-140/8,50, Hoechst 10-150/4, 1-150/8, 1-160/4,40, BMW 7-340/12, 10-330/31,10, 1-340/35, VW 7-170/20, 7-180/12, 7-190/4,90, 10-170/25, 10-180/17,50, 10-190/10, 10-200/4,90, 1-180/25, 1-190/17,80, 1-200/11,40, 1-210/7, 1-230/2, Conti 7-90/12, 7-95/7,30, 10-85-17,60, 1-100/6,50, 1-95/12, 1-100/10,15, 1-110/5,75, 1-120/3, Commerzbank 7-170/17, 7-190/3, 10-170/25, 10-180/18, 10-190/10, 10-200/6,20, 10-210/5,60, 1-180/21,20, 1-190/14,40, 1-200/10,20, 1-210/7, Deutsche Bank 1-340/20, Dresdner Bank 7-190/3,50, 10-200/6,10, 1-190/15, Hoesch 7-50/4, 10-50/7,40, 10-55/4,50, 1-55/6,60, 1-50/9,40, 1-60/5, Mannesmann 10-150/7, 10-160/3, 1-150/14,90, 1-160/9,20. Preussag 7-280/5, 10-270/6,50, 1-270/9, Thyssen 10-85/3,80, 10-80/2,40, 1-80/11, 1-85/7,90, 1-90/4, BHF-Bank 1-310/12, Agiv 10-290/40, DAimler 7-550/15,60, 10-570/13, 1-580/25, 1-590/19, Deutsche Babcock 7-170/1, 1-170/9,40, Degussa 7-330/22,80, 10-320/38,80, Harpener 7-280/15,70, Karstadt 1-280/15,60, Kaufhof 7-250/7,80, 10-250/11, Klöckner 7-40/3,40, 10-45/2,40, 1-60/1,40, MAN 7-150/7,70, RWE 1-180/8,40, RWE Vorzüge 10-180/3,40, 1-190/7, Chrysler 10-70/13, 10-75/10,60, 1-75/12, Sperry Rand 10-100/4,60, 1-100/8,40, Xerox 7-100/22,60, 10-120/9, 1-120/15, Philips 10-40/9,50, 10-45/7, 1-45/7, 1-50/4,60, Royal Dutch 10-100/16,60, 1-110/18, 1-120/7, Elf Aquitaine 10-55/4, 1-55/6,80, Norsk Hydro 1-150/13,50. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-70/2,70, 10-75/4,50, 10-80/6, 1-75/7,40, Siemens 1-340/13,50, VW 10-170/1,40, 10-190/8,80, 1-180/5,40, 1-190/12, Lufthansa 10-120/6,50, Deutsche Bank 7-340/21, Thyssen 10-80/2, BHF-Bank 10-280/4, Bewag 1-100/3,60, Daimler 7-550/14,30, 10-560/21,50, 1-550/24, *Deutsche Babcock 10-160/4,* Kaufhof 1-250/15, Linde 7-400/12, 10-400/15, MAN 10-140/5, Mercedes 1-490/20, RWE 1-170/3,50, RWE Vorzüge 10-170/2, Chrysler 10-70/3,90, 10-75/5, Philips 10-50/4, 1-40/1,30, Unilever 1-190/14. (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 22. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¾– 9⅞	5 –5¼	5⅛–5⅜
3 Monate	9⅞–10	5⅛–5½	5 –5⅜
6 Monate	9⅞–10⅛	5⅜–5¾	5 –5⅜
12 Monate	10⅛–10⅜	6 –6¼	5 –5⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 22. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

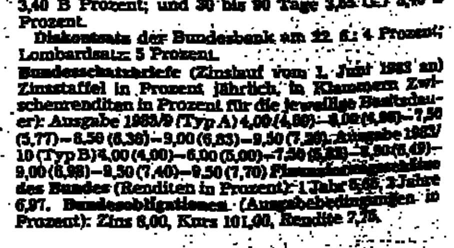
Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1350,00	1638,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1140,00	1341,90
5 US-Dollar (Liberty)	505,00	666,70
1 £ Sovereign alt	265,00	316,40
1 £ Sovereign Elizabeth II	241,00	294,93
20 belgische Franken	178,00	235,04
10 Rubel Tscherwonez	260,00	322,05
2 südafrikanische Rand	243,00	297,19
Krüger Rand, neu	1077,00	1262,21
Maple Leaf	1077,00	1262,21
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	249,00	315,27
20 schweiz. Franken „Vreneli"	212,00	267,81
20 franz. Franken „Napoléon"	209,00	264,42
100 österr. Kronen (Neuprägung)	997,00	1194,41
20 österr. Kronen (Neuprägung)	202,00	250,86
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	135,60
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	463,00	562,74
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	145,77

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

[illegible]

Alles in Hundert; 1) Kurse für 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für ...
**) Einfuhr begrenzt ...



Devisen

Für den US-Dollar scheint sich eine Tendenzwende durchzusetzen. Die günstigen Prognosen für das Bruttosozialprodukt scheinen die Meinung zu verstärken, daß durch den damit verbundenen Importsog eine Schwächung des Dollars eintreten könnte. Nach einem Tageshoch von 2,5228 kam es am 22. 6 zu einem kontinuierlichen Rückgang, über 2,5228 zur Notiz wo die Bundesbank 16,2 Mill. Dollar verkaufte, bis 2,5170 nachbörslich. Lediglich der Schweizer Franken notierte von den übrigen Währungen mit 121,02 fester. Die 12prozentige Escudo-Abwertung von heute Nacht schlug auf den Kurs durch. Mit 2,170 lag die Notierung um 12,78 Prozent niedriger als am Vortag und erreichte damit einen neuen historischen Tiefstkurs. Dollar in: Amsterdam 2,88220; Brüssel 50,4625; Paris 7,5930; Mailand 1496,05; Wien 17,7850; Zürich 2,0846. Pfund/Dollar 1,5277.

Ostmarkkurs am 22. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Unter dem Eindruck steigender Dollar-Zinssätze handelte man am 22. Juni alle Dollar-Depots zu höheren Abschlägen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,04/0,94	2,95/2,85	5,70/5,50
Pfund/Dollar	0,02/0,05	0,06/0,10	0,20/0,25
Pfund/DM	2,10/0,70	4,00/3,50	8,00/7,40
FF/DM	29/13	85/69	189/173

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 22. 6.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,15–5,25 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45–5,6 Prozent.

Privatdiskontsätze am 22. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 22. 6.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an) Zinsstaffel in Prozent, jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/9 (Typ A) 4,00 (4,00)–6,00 (4,98)–7,50 (5,77)–8,50 (6,38)–9,00 (6,83)–9,50 (7,20). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,00 (4,00)–6,00 (5,00)–7,50 (5,83)–8,50 (6,49)–9,00 (6,98)–9,50 (7,40)–9,50 (7,70). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,00, Rendite 7,76.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Renten meist etwas freundlicher

Ohne wesentliche Geschäftsbelebung hat sich die Stimmung an den deutschen Rentenmärkten an der Mittwochbörse gebessert. Öffentliche Anleihen wurden bis um 0,35 Prozentpunkte heraufgesetzt und gaben nur vereinzelt bis um 0,3 Punkte nach. DM-Auslandsanleihen haben sich stabilisiert und gewannen hier und da bis 0,15 Prozentpunkte. Der Pfandbriefmarkt verkehrte bei etwas freundlicherem Grundton in den Kursen kaum verändert.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Durchweg verbessern konnten sich die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex, schwächer notierte Kaffee. Fester ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	21. 06.	20. 6.
Juli	356,50	349,75
Sept.	365,75	360,00
Dez.	379,25	374,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	21. 06.	20. 6.
St. Lawrence 1 CW	229,86	229,71
Amber Durum	234,61	133,16

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	118,00	116,10
Okt.	123,80	122,10
Dez.	127,20	125,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	91,30	91,50
Okt.	91,30	91,10
Dez.	–	–

Hafer Chicago (c/bush)	21. 6.	20. 6.
Juli	158,25	155,75
Sept.	159,50	158,25
Dez.	170,25	168,75

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	313,75	312,00
Sept.	294,509	292,00
Dez.	279,75	273,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	21. 6.	20. 6.
Juli	98,90	98,70
Okt.	102,30	102,00
Dez.	105,00	104,50

Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	21. 6.	20. 6.
Juli	unerhältl.	unerhältl.
Sept.	unerhältl.	unerhältl.
Nov.	unerhältl.	unerhältl.
Jan.	unerhältl.	unerhältl.

Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Sept.	unerhältl.	unerhältl.

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	21. 6.	20. 6
Terminkontr. Juli	123,55	124,80
Sept.	124,15	125,10
Dez.	124,30	125,90

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2220	2195
Sept.	2260	2240
Dez.	2310	2275
Umsatz	2325	3810

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	10,25	10,25
Sept.	10,48	10,50
Okt.	10,80	10,77
Jan.	11,20	11,30
März	11,74	11,80
Umsatz	13 390	9 009

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	21. 6.	20. 6.
	10,15	9,92

Kaffee London (£/t) Robusta-	21. 6.	20. 6.
Kontrakt Juli	1642–1644	1651–1652
Sept.	1622–1623	1643–1644
Nov.	1608–1610	1626–1628
Umsatz	1904	3147

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1552–1553	1585–1587
Sept.	1577–1578	1588–1590
Dez.	1594–1595	1607–1608
Umsatz	5130	5712

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Aug.	169,00–169,50	169,60–169,90
Okt.	176,25–176,50	177,10–177,25
Dez.	180,00–180,25	180,25–181,25
März	189,50–189,75	189,75–190,00
Mai	191,50–193,00	192,25–193,00
Umsatz	3254	3852

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	21. 6.	20. 6.
schw. Sarawak spez.	265,00	265,00
weißer Sarawak	372,50	372,50
weißer Muntok	372,50	372,50

Orangensaft New York (c/lb)	21. 6.	20. 6.
Juli	117,00	117,65
Sept.	116,50	116,65
Nov.	113,40	114,00
Jan.	108,90	108,90
März	108,40	108,50
Umsatz	250	400

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	21. 6.	20. 6.
Südstaaten fob Werk	26,75	27,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	21,50	22,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	19,17	18,75
Aug.	19,37	18,96
Sept.	19,49	19,08
Okt.	19,60	19,20
Dez.	19,88	19,47
Jan.	20,05	19,62
März	20,30	19,90

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	21,00	21,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,75	16,75
Choise white hog 4% fr. F.	14,50	14,50

Talg New York (c/lb)		
top white	15,25	15,50
fancy	14,75	15,00
bleichfähig	14,50	14,75
yellow max. 10% fr. F.	12,675	12,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	47,40	46,65
Juli	44,65	46,80
Aug.	40,85	44,05

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	59,90	59,70
Aug.	56,90	56,40
Febr.	58,80	57,85

Häute Chicago (c/lb)	21. 6.	20. 6.
Ochsen enth. schwere River Northern	52,00	51,00
Kühe enth. schwere River Northern	48,00	48,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	606,00	597,50
Aug.	612,00	603,00
Sept.	615,50	607,50
Nov.	626,00	617,00
Jan.	637,50	627,00
März	648,50	639,00
Mai	658,00	648,50

Sojaschrot Chicago ($/s/t)		
Juli	174,80	173,30
Aug.	176,00	174,60
Sept.	177,50	176,00
Okt.	178,60	177,20
Dez.	183,10	181,30
Jan.	185,30	183,50
März	188,50	186,90

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	21. 6.	20. 6.
Juli	288,30	284,80
Okt.	299,00	295,80
Dez.	303,50	300,80

Kokosöl New York (c/lb)	21. 6.	20. 6.
Westküste fob Werk	30,00	30,75

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	22. 6.	21. 6.
jegl. Herk. cif	595,00	600,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	450,00	455,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	375,00	362,50

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	123,00	121,00

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	685,00	685,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	242,00	240,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	21. 6.	20. 6.
Juli	79,35	78,28
Okt.	79,99	79,10
Dez.	81,65	80,17
März	81,85	81,40
Mai	82,25	81,65
Juli	81,97	81,70

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1	54,25	54,625

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	21. 6.	20. 6.
Aug.	445–448	443–448
Okt.	438–443	438–444
Dez.	439–442	436–441
Umsatz	26	17

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	21. 6.	17. 6.
Juli	44,28	44,10–44,30
Okt.	44,60	44,50–44,70
Dez.	45,00	45,10–45,20
März	45,50	45,50–45,80
Umsatz	–	13 500
Tendenz: nominell		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	21. 6.	20. 6.
Juli	567,3–569,0	565,0–567,0
Okt.	573,5–575,0	573,0–575,0
Dez.	583,5–589,0	587,5–589,0
Umsatz	66	40

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	21. 6.	20. 6.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	21. 6.	20. 6.
Juni	13 898	13 865
Juli	13 821	13 786

Kautschuk London (p/kg)	21. 6.	20. 6.
Nr. 1 RSS loco	75,50–78,00	75,00–77,00
Juli	76,80–77,50	76,50–77,50
Aug.	76,20–76,40	75,60–76,00
Juli/Sept.	76,10–76,40	75,60–76,00
Tendenz: stetig		

Kautschuk Malaysia (Inl. c/kg)	21. 6.	20. 6.
Nr. 1 RSS loco	249,00–250,00	249,50–250,50
Juli	251,00–252,00	251,50–252,50
August	254,50–255,50	254,50–255,50
Nr. 2 RSS Juli	248,50–249,50	248,00–249,00
Nr. 3 RSS Juli	245,00–246,00	244,50–245,50
Nr. 4 RSS Juli	239,00–240,00	231,50–232,50
Tendenz: leichter		

Jute London (£ lgt)	21. 6.	20. 6.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	22. 6.	21. 6.
Blei: Basis London laufend. Monat	101,93–102,07	103,49–103,68
drittfolg. Monat	105,79–105,89	107,11–107,31
Zink: Basis London laufend. Monat	180,89–181,27	183,26–183,65
drittfolg. Monat	186,68–186,87	188,94–189,14
Produz.-Preis	197,09	199,45
Reinzinn 99,9%	3771–3808	3773–3811

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	22. 6.	21. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	444,01–446,33	449,42–451,78
Blei in Kabeln	109,50–110,50	111,25–112,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	22. 6.	21. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	360–377	364–380
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	403–408	406–412
MS 63	410–413	413–416

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring.-kg)	21. 6.	20. 6.
	31,10	30,93

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	22. 6.	21. 6.
Leg. 225	357–361	357–361
Leg. 226	359–364	359–364
Leg. 231	387–401	387–401
Leg. 233	402–412	402–412

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	22. 6.	21. 6.
Platin (DM je g)	38,30	37,55
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	34 600	34 300
Rücknahmepr.	33 800	33 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	34 550	34 450
Rücknahmepr.	33 510	33 420
verarbeitet	36 260	36 160
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 310	34 150
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	1002,40	979,60
Rücknahmepr.	976,30	945,30
Verarbeitet	1046,90	1023,00

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	22. 6.	21. 6.
10.30	421,25	415,25
15.00	420,5	414,75
Zürich mittags	420,75–421,50	414,50–415,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 950	102 800
Silber (p/Feinunze) London Kasse	795,25	765,30
3 Monate	814,45	783,70
6 Monate	833,35	801,70
12 Monate	867,85	834,70

Platin (£-Feinunze) London	21. 6.	20. 6.
fr. Markt	276,85	279,25
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	88,20	87,00

New Yorker Preise	21. 6.	20. 6.
Gold H & H Ankauf	414,75	415,75
Silber H & H Ankauf	1174,00	1190,00
Platin fr. Händlerpr.	417,00–420,00	417,00–420,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	132,00–134,00	130,00–132,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c Feinunze) Juni	1199,50	1185,10
Juli	1200,80	1185,00
Aug.	1211,70	1197,70
Sept.	1219,00	1206,00
Dez.	1249,00	1235,00
Jan.	1262,00	1248,00
März	1282,70	1268,70
Umsatz	27 000	17 680

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c lb)	21. 6.	20. 6.
Juni	76,10	75,80
Juli	76,25	75,90
Aug.	77,60	76,75
Sept.	77,60	77,40
Dez.	79,70	79,30
Jan.	80,35	80,15
März	81,55	81,35
Umsatz	16 000	8 718

Londoner Metallbörse

	22. 6.	21. 6
Aluminium (£/t) Kasse	973,50–974,50	964,00–965,00
3 Monate	1001,0–1001,5	991,50–992,00
Blei (£/t) Kasse	264,00–264,20	263,00–263,50
3 Monate	274,00–274,20	273,00–273,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1137,50–1138,00	1134,0–1134,5
3 Monate	1148,00–1148,50	1144,0–1144,5
abends Kasse	–	1129,0–1130,0
3 Monate	–	1141,0–1141,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1117,0–1118,0	1110,0–1115,0
3 Monate	1123,0–1124,0	1123,0–1124,0
Zink (£/t) Kasse	468,50–469,50	466,50–467,50
3 Monate	483,50–484,00	481,00–481,50
Zinn (£/t) Kasse	8900–8905	8907–8915
3 Monate	8901–8902	8912–8915
Quecksilber ($/Fl.)	–	285–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	83–86

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Brunz; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT/WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Fischer

Herstellung: Werner Koziak

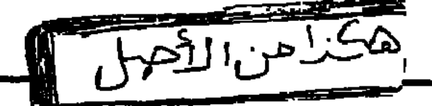
Anzeigen: Dietrich Windberg. Gesamtleitung: Reinhard Heyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

هكذا من الأصل



J. Flimms Rösselsprung

Bth. – Der Zug ist abgefahren. Jürgen Flimm wird 1985 die Leitung des Hamburger Thalia Theaters übernehmen. Selbst wenn es noch Bedenken beim Aufsichtsrat des Theaters, beim Senatsausschuß, bei der Bürgerschaft gegen den zwischen Flimm und der Kultursenatorin Helga Schuchardt ausgehandelten und paraphierten Vertrag geben sollte: Es hätte allenfalls aufschiebende Wirkung. Seit dem Moment, als Flimm alleiniger Kandidat für das Amt wurde, stand Frau Schuchardt unter Erfolgszwang. Glücklich war diese Prozedur nicht.

Das soll kein schlechtes Omen sein für Flimms Hamburger Arbeit. Er und seine Art, Theater zu machen, sind ja keine unbekannten Größen in der Hansestadt: Im Rösselsprung über Köln kehrt er an das Haus zurück, an dem er seinen Durchbruch als Regisseur einst schaffte. Die ganz normale Professoren-Karriere also.

Das allerdings ist das einzige, was man akademisch an Flimm nennen kann. Er ist ein Theater-Vollblut, seit Kölner Jugendzeiten sich vor und hinter den Bühnenvorhängen herumtreibend. Er liebt das Theater. Das kann man nicht von allen Intendanten heute sagen.

Er hat in Köln das unter Heyme arg heruntergewirtschaftete Schauspiel schnell wieder attraktiv gemacht, dabei sogar wieder eine Art Bürgerstolz auf das Theater keimen lassen. Das erwartet man auch in Hamburg von ihm, wo das Thalia Theater an Ausstrahlung stark verloren hat unter Peter Striebecks bemühter Leitung.

Mag sein, daß Flimms deftige Art des Umgangs und des Komödiantentums den Hanseaten weniger behagt als den Rheinländern, die sich nur gelegentlich durch Flimm pikiert fühlten. Die volkstümlichere Handschrift, die das Thalia gegenüber dem Deutschen Schauspielhaus zeigen soll, schreibt Flimm zweifellos. Er könnte der richtige Mann am richtigen Platz wohl sein. Den müssen die Kölner nun erst wieder suchen.

Comeback-Versuch der Diseuse Ortrud Beginnen

Rosen, längst verblüht

Fünfzig Besucher konnten sich einen unter den dreihundert Plätzen in den Kölner Kammerspielen aussuchen. Ortrud Beginnens Gastspiel „Leise zieht's mir im Gemüt – ein Hausfrauenabend zum Thema Neue Deutsche Innerlichkeit" fand – unfreiwillig – in ausgesucht kleinem Kreise statt. Lag es am sommerlichen Wetter, lag es am Management der Künstlerin, das die Werbetrommel in der Ecke hatte stehen lassen, oder wußten die, die nicht gekommen waren, daß an diesem Abend olle Kamellen verkauft wurden?

Im Grunde war dieser bunte Strauß traulicher Gesänge, die unseren Großmüttern Tränen der Rührung in die Augen getrieben haben und die durch die gekonnt perfide Vortragsweise der Beginnen in ihrer schauerlichen Trivialität und in ihrem hohlen Schwulst entlarvt wurden, nur ein Remake ihres Erstlingserfolges „Letzte Rose", mit dem sie 1972 schlagartig ins Gerede kam. Nun hat sie das Thema von dunnemals wieder ausgebuddelt, drei Lieder aus der „Letzten Rose" in den Hausfrauenabend eingeflochten und glaubt vielleicht, wir merken es nicht, weil eh alles gleich klang, denn am lästerlichen Prinzip des Nostalgiespottes hat sich nichts geändert.

Sei's drum: eine köstliche Komödiantin ist sie allemal, und ein Fiesling noch dazu. Da steht sie nämlich im spießig-eleganten Fummel mit Stola, geriert sich als Provinz-Vamp und singt (oder schreit) den Salonkitsch der Jahrhundertwende ins Publikum. Dabei wird sie von dem Klavierspieler Alfons Nowacki begleitet, der ihr (insbesondere bei den Liedern für gemischten Männerchor) mit seinem Knödel-Tenor zu Hilfe kommt. Das ist mitunter witzig, manchmal vulgär – und streckenweise schlicht langweilig. Denn an diesen Schmonzetten ist lediglich die Vortragsweise komisch, weil entlarvend, aber nach vier, fünf Beispielen reicht es.

Zwischendurch greift Frau Beginnen immer wieder zu einem Gedichtband von 1934, als sich „endlich die Wende in der deutschen Literatur" vollzogen hatte, aus dem sie bodenständige Lyrik rezitiert. Und die vermischt sie dann maliziös lächelnd mit den banalen Lebensweisheiten aus der jüngsten Nummer des „Reader's Digest".

Aber eigentlich tut Ortrud Beginnen keinem weh – man merkt es am fröhlichen Beifall der Anwesenden. Alles in allem sind anderthalb Stunden Salonkultur des Guten denn doch ein bißchen zuviel. Da wäre es ganz gut, wenn sie sich mit einem Kollegen den Abend aufteilen würde – für sie selbst und fürs Publikum allemal. Oder noch besser: Sie läßt sich mal wieder was Neues einfallen. Weitere Termine in Köln: Heute und 30.6.

RAINER NOLDEN

Chinas glorreiche Antike wird endlich erhellt – Eine Ausstellung im Dogenpalast von Venedig

Die toten Kaiser im Schlafe geschreckt

Zum viertenmal zeigt die Volksrepublik China Funde aus vorgeschichtlicher Zeit im Westen. Diesmal sind es „7000 Jahre China in Venedig". Und wieder ist es so etwas wie eine Weltpremiere, denn nur zwanzig der insgesamt 105 seltenen Stücke waren bisher außerhalb Chinas zu sehen, und auch im eigenen Land sind die übrigen kaum bekannt. Ihr Wert steht außer Frage. Für 100 Millionen Dollar mußten die Schätze aus dem Museum für chinesische Geschichte in Peking versichert werden, damit sie nun bis zum Jahresende in Venedigs Palazzo Ducale gezeigt werden können.

Bis zum Ende des Kaiserreichs 1912 hatte der Ahnenkult in China verboten, Nekropolen auszugraben, weil das einer Grabschändung gleichkam. Trotzdem hat es natürlich Raubgrabungen gegeben. Doch diese Funde gelangten meist ohne genaue Herkunftsbezeichnung und Datierung in Museen und Privatsammlungen. Die Chinaforschung bewegte sich deshalb auf einem recht unsicheren Boden. In der langen Bürgerkriegsperiode änderte sich daran nicht viel. Eine systematische Erforschung der Vorgeschichte begann erst, nachdem sich die Volksrepublik etabliert und einigermaßen gesichert hatte. Nun wurden Grabungskampagnen in Angriff genommen, bei denen in interdisziplinärer Zusammenarbeit von Archäologen, Prähistorikern, Anthropologen und Geologen alle Aspekte der Vorgeschichte samt ihren sozialen Zusammenhängen erforscht wurden. Fülle und Bedeutung der Funde haben die Kenntnisse, die bis dahin weitgehend auf Legenden und antiken Texten, vor allem auf den Schriften von Konfuzius (551–479 v. Chr.) basierten, bestätigt und über alles Erwarten erweitert.

Es sind fast nur Gebrauchsgegenstände, die unter goldschimmernden Decken in den Privatgemächern der Dogen gezeigt werden. Von den ersten, 9000 Jahre alten Steinzeitfunden, einer Sichel, einem Handmahlstein und einer Amphore, bis zu dem Totengewand eines Prinzen der westlichen Han-Dynastie (206 v. Chr. bis 24 n. Chr.), mit dem die Ausstellung endet, begleiten uns zwei Erkenntnisse, daß man alle bisherigen Zeitbegriffe und auch die Vorstellung revidieren muß, die Kultur sei im Mittelmeerraum, in Mesopotamien und in Indien gewachsen. Hier – so scheint es – ist alles um Jahrtausende früher gewesen. Die zweite Einsicht: Chinas Kunst hat sich seit ihren Ursprüngen, weil sie offenbar schon vollendet begann, kaum weiterentwickelt. Die großen roten Terrakottaschalen der Yangshao-Kultur (5000 v. Chr.) mit ihren schwarzen geometrischen Dekorationen oder stilisierten Menschen- und Tierdarstellungen sind bereits von klassicher Formschönheit. Die ersten Bronzegefäße in Tierform (2100 c. Chr.) lassen in ihrer Raffinesse an Benvenuto Cellini denken.

Reich dekorierte Gefäße, erlesene Webreste, bestickte Seidenstoffe, eine Kollektion von Münzen in Messerform, die die Geburt des Geldes aus einem Alltagswerkzeug erkennen lassen, der kostbarste der Weinbehälter, ein großes Rhinozeros mit Einlegearbeiten aus Gold und Silber und das bereits in Zürich zu bewundernde Glockenspiel aus dem fünften vorchristlichen Jahrhundert bereiten auf die Höhepunkte der Ausstellung vor. Es sind auch hier zwei der lebensgroßen tönernen Krieger und ein Pferd aus dem tausendköpfigen Heer, das das Mausoleum des ersten Kaisers, Qin Shihuang, bewachte.

Seit dem Beginn der Ausgrabungen bei Xian im Jahre 1974 las man viel über diesen Herrscher, der den Vielvölkerstaat geeint, mit dem Bau der Großen Mauer begonnen und Gesetze erlassen hat, die bis in unser Jahrhundert gültig blieben. Vor den drei Figuren aus der Armee der Grabwächter, die in einem kleinen, matt erleuchteten Raum aufmarschiert sind, denkt man an die fantastische Schilderung, die ein Geschichtsschreiber kurz nach dem Tod des Kaisers (210 v. Chr.) von dessen bis heute unberührter unterirdischer Residenz gemacht hat.

Lebensnah, fast heiter wirken nach der erhabenen Starre der „Krieger von Xian" die etwa vierzig Zentimeter hohen Soldaten und Reiter aus polychromem Ton, eine Abordnung der mehr als 2000 Grabstatuetten, die man 1965 im palastähnlichen Grab eines Herrschers der Han-Dynastie fand.

Die antiken Berichte von Totengewändern aus Jade hielt man für eine Legende. Als jedoch im Distrikt Mancheng der Provinz Hebei das Grab des Prinzen Liu Scheng und seiner Gemahlin Dou Wan geöffnet wurde, fand man unter 4000 Grabbeigaben aus Gold, Silber, Keramik und Bronze auch die beiden ersten und bisher einzigen dieser Gewänder. Das Totenkleid des Prinzen Liu Scheng, aus Tausenden von Jadeplättchen gefertigt und mit Goldfäden zusammengehalten, erzählt von dem antiken chinesischen Glauben, Jade, der Stein der Reinheit, bewahrte den toten Körper für die Ewigkeit. Und wenn die Leiber des Prinzen und seiner Frau auch nicht erhalten blieben, die Jadegewänder haben ihren Namen nach mehr als zweitausend Jahren neuen Glanz verliehen, in China und nun auch in Venedig. (Bis 31. Dez.; Katalog, ital. u. engl., Silvana Editoriale, Mailand, 20 000 Lire.)

MONIKA von ZITZEWITZ



Wie ein Astronaut im Schweigen des Alls: Totengewand des Prinzen Liu Scheng, um 150 v. Chr., aus der Ausstellung in Venedig FOTO: CAMERAPHOTO

JOURNAL

Flimm paraphiert Hamburger Vertrag

K. R. Hamburg

Jürgen Flimm, einziger Kandidat für die Nachfolge Peter Striebecks als Intendant des Hamburger Thalia Theaters, wird sein neues Amt aller Voraussicht nach im Herbst 1985 antreten. Sein Vertrag, der zunächst auf vier Jahre befristet ist, wurde paraphiert und muß jetzt nur noch vom Aufsichtsrat des Theaters, vom Senat und der Bürgerschaft genehmigt werden. Die Hamburger Kultursenatorin Helga Schuchardt stellte ihren Wunschkandidaten, der mit den Vorbereitungen für seine Thalia-Intendanz schon in diesem Herbst beginnen will, gestern der Presse vor.

Streit auf Norderney um ein Heine-Denkmal

DW. Norderney

Heinrich Heine hat nicht nur Freundliches über Norderney geschrieben. Aber dem Tourismus auf der Insel hat das eher genützt als geschadet. Also beschloß die Stadtverwaltung, dem Dichter, der hier von 1825–1827 zu Gast war, ein Denkmal zu setzen. Da machte es sich gut, daß die Düsseldorfer Gesellschaft Heinrich-Heine-Denkmal eine Bronze-Statue parat hatte und sich auch als schenkungswillig erwies. Dabei handelt es sich um ein Werk, das 1931 in Düsseldorf den zweiten Preis bei einem Wettbewerb für ein Heine-Denkmal erhielt. Doch die Sache hat einen Haken. Nicht der Dichter ist mehr Stein des Anstoßes, der Bildhauer, der sein Denkmal schuf, ist es. Er heißt nämlich Arno Breker und reüssierte mit seiner Kunst in der nationalsozialistischen Zeit. Die Norderneyer wollen sich davon nicht abschrecken lassen, ungeachtet der Proteste verschiedener Gruppen, die sich jetzt von außerhalb regen.

Millionenspende für Strawinsky-Nachlaß

DW. New York

Gute Aussichten, den Nachlaß des Komponisten Igor Strawinsky in Besitz zu nehmen, hat jetzt die Pierpont-Morgan-Library in New York. Ein anonymer Spender – nach unbestätigten Meldungen soll es sich um den Schweizer Industriellen und Mäzen Paul Sacher handeln – stellt 8,3 Millionen Mark für den Erwerb zur Verfügung, nachdem die Strawinsky-Erben nicht mit den 5,5 Millionen Mark zufriedenzustellen waren, die die New York Public Library gesammelt hatte. Dort wurde der Nachlaß bisher verwahrt.

Grundstock für eine neue Fotosammlung

DW. Stuttgart

Die Ausstellung mit den Fotografien von Willi Moegle, Kurt Julius und Günter Hildenhagen, die die Gesellschaft Deutscher Lichtbildner anläßlich ihrer Jahrestagung in Leinfelden-Echterdingen gezeigt hatte, wurde jetzt geschlossen von der Stadt angekauft. Sie soll den Grundstock einer fotografischen Abteilung in der im Aufbau befindlichen Kunstsammlung bilden.

Musiktage und Geigenbauer

DW. Kassel

Ganz dem Thema „Geigen" widmen sich die „Kasseler Musiktage 1983" vom 28. bis 30. Oktober in Kassel. In sechs Konzerten und zwei Nachtstudios vereinigen sich die Kasseler Musiktage diesmal mit dem ersten Internationalen Geigenbauwettbewerb „Louis Spohr", zu dem sich bereits über 40 Geigenbauer aus aller Welt gemeldet haben. Parallel dazu wird auch ein Bogenbauerwettbewerb veranstaltet. Zu den Interpreten zählen das Radio-Sinfonie-Orchester Frankfurt unter der Leitung von Mendi Rodan, das Cherubini-Quartett mit Wolfgang Meyer (Klarinette), die Musica Antiqua aus Köln.

Fats Domino und Chris Barber in Bad Segeberg

DW. Bad Segeberg

Am 23. Juli beginnt um 19.00 Uhr die „Summer-night Jazz-Gala" im Kalkbergtheater in Bad Segeberg. Erwartet werden das Schnuckenack-Reinhardt-Quintett, Chris Barber mit seiner Jazz- & Bluesband, Jimmy Witherspoon mit dem Jay McShann's Kansas City Quartet sowie Fats Domino. Der Oldtime-Jazz-Veteran Chris Barber übernimmt außerdem die Moderation. Karten können bei der Verkehrsinformation Bad Segeberg, Tel. 04551/57 296 und 57 231, bestellt werden.

Sittenbilder aus dem 18. Jahrhundert

DW. Zürich

Man kennt diese Zyklen. Seit Georg Christoph Lichtenbergs „Erläuterungen zu den Kupferstichen von William Hogarth" wurden sie immer wieder reproduziert: „Das Leben einer Buhlerin", „Das Leben eines Wüstlings", „Die Hochzeit nach der Mode", „Bier- und Gin-Straße" und manches andere. Die Originale dieser kritischen Graphiken über Sitten und Unsitten des 18. Jahrhunderts ruhen allerdings meist in den Mappen der Kupferstichkabinette. Die Züricher haben ihre reichen Bestände jedoch jetzt einmal ans Licht geholt und zeigen sie bis 24. Juli in der Ausstellung „William Hogarth im Kunsthaus Zürich", begleitet von ausführlichen Erläuterungen und ordentlichen Abbildungen in einem instruktiven Katalog (18 sfr).

Puccinis Oper „Manon Lescaut" unter Gielen und Heyme in Frankfurt

Ein Neon-Sombrero auf der Lustmeile

Was Karajan und Maazel wohl ein für allemal durchgesetzt haben, nämlich daß Puccini Chefsache am Dirigentenpult ist, befolgt nun auch Michael Gielen in Frankfurt. Für sein Puccini-Debüt am eigenen Haus wählt er die vielleicht facettenreichste Partitur: „Manon Lescaut". Sie klingt unter seiner sicheren Hand und im üppig bestückten Orchester faszinierend auf: zart in der Begleitung, ohne Brutalität auftrumpfend in den Tutti-Akzenten, reich an Klangfarben, an Aperçus, berstend vor Energie. Daß sein kalkulierend analytisches Naturell nicht auch die Möglichkeiten zum emotionsgeladenen Drücken und Schwelgen auskosten würde, war abzusehen. Nun, es geht bei Puccini auch ohne das.

Es hätte also ein großer Opernabend für Frankfurt werden können, aber es wurde eben doch wieder ein leidiger. Denn der Dirigent und der Operndirektor Gielen sprechen eben zweierlei Sprachen. Mit dem Regieauftrag an den Stuttgarter Schauspielchef Hansgünther Heyme und seinen seelenverwandten Ausstatter Wolf Münzner war der Weg zur ridikülen Über-Interpretation markiert.

Wer, wie Heyme, eine solche Oper nur als Weltflucht aus heutigem Leben versteht, sollte sie denn doch auch so inszenieren. Statt dessen inszeniert er seine vermeintliche Erkenntnis. Heißt: Er läßt sich von Münzner ein Neon-Environment auf die Bühne bauen, mit Penis und Sombrero und was sonst so Aushängeschilder heutiger Lustmeilen sind, um die Liebesgeschichte von Manon und Des Grieux gegen diesen Kontrast als dummes Träumchen zu relativieren. Die Weltflucht, die Illusion voraussetzt, darf nicht sein. Mitfühlen und Mitleiden ist strikt untersagt. Das entzieht der Oper, und diesem Werk Puccinis zumal, den Boden. Wir sollen denken, aber nicht über Puccini, nicht über vertonten Abbé Prevost, sondern über Heyme. Der Mann nimmt sich wichtig. Wichtigtuerisch inszeniert er also.

Statt im Boudoir Manons spielt der zweite Akt im Ballettsaal. Waren alle Maitressen im vorrevolutionären Frankreich Ballerinen? Aber war auch eine streng verhärmte Ballettmeisterin, als die uns Manon hier vorgeführt wird, noch gut als Maitresse? Zum Schäferspiel-Divertissement serviert Heyme ein jazziges Tanzpaar auf dem Tisch. Die Dame hantiert dabei mit der amerikanischen Flagge. Die Mode ist deutlich. Der Sinn bleibt dunkel.

Der halbe Pariser Kirchenstand ist bei dieser merkwürdigen Vorführung zugegen, nachdem die Dorfpfaffen schon im ersten Akt gestikulierend und mit flatternden Soutanen die Flucht der Liebenden zu vereiteln suchten. Ach ja, die Kirche pervertiert die Liebe, indem sie es mit den Mächtigen und Reichen wie dem Steuerpächter Geronte hält. Richtig?

Beim „Tu, tu, amore, tu", diesem stammelnd glückseligen Liebesbekenntnis, giftet Manon ihren Des Grieux mit den Raffzähnen einer Furie an. Eklatanter an Text und Musik vorbeiinszenieren kann man nicht. Heyme schafft auch diesen Rekord.

Nelly Miricioiu, die Manon, und Piero Visconti, der Des Grieux, sind wohl die Sänger nicht, die sich gegen so etwas wehren können. Sie sind ohnehin nicht ganz die Sänger, die ein großes Haus für diese Partien aufbieten müßte, sie mit ihrem spröden Sopran, er mit recht schmalem Tenor. Aber üppige Stimmen gelten in Frankfurt ja wohl als niedere Opernwonnen.

REINHARD BEUTH

Berlin: Hürlimanns „Großvater und Halbbruder" im Schloßpark-Theater

Feuerwerk jenseits des Bodensees

Die Spielzeit an den Berliner Staatsbühnen, die dritte unter Boy Goberts Intendanz, geht trübselig und formal freudlos zu Ende. Man spielt ein Stück des 33jährigen Schweizers Thomas Hürlimann. Seit zehn Jahren ist er in Berlin eingemeindet. Er lebt in Kreuzberg. Er grollt seinen Schweizer Eidgenossen, weil sie sich während der Nazizeit wahrlich auch nicht alle sehr ehrenvoll oder gar menschenfreundlich benommen haben. Das sind deutlich ein paar schmähliche Flecken auf der Ehre des freien Alpenvolkes. Hürlimann will sie zeigen. Er betreibt innerschweizer Vergangenheitsbewältigung.

Dieses Stück, das schon dreifach in der Schweiz selbst gezeigt wurde und das in Wiesbaden seine deutsche Erstaufführung schon mit geringer Wirkung erlebte, geht ärgerlich verschlüsselt, geht ständig mit sozusagen raunender Diskriminierung zu Werke. Keine klaren Fronten. Der arme Zuschauer wird bis zur Pause eingerätselt und völlig im Unklaren gelassen.

In einem Dorf voller teils kläglicher, teils kleinmütiger Spießer taucht ein Flüchtling auf. Der Mann behauptet, ein Halbbruder Hitlers zu sein. Er hat ein Café in Berlin am Wittenbergplatz. Das Café trug tatsächlich den Namen Alois Hitler als Besitzer. Ob der tatsächlich ein Halbbruder Hitlers war, wird wohl nur der „Stern" bündig feststellen können. Damals wurde es gemunkelt.

An diese dubiose Figur heftet Hürlimann mit trübselig kokelnder Dunkelheit die Erprobung seiner Landsleute vor fünfzig Jahren. Die einen reagieren schier begeistert. Sie genießen diesen Hauch Hitlers in ihrer knorrigen Gemeinde. Andere, wenige, stoßen den Zugereisten mit geringfügigem Abscheu ab. Am Ende sitzen die selbstbewußten Eidgenossen alle am Ufer des Bodensees und sehen, fast genießerisch, aufs deutsche Ufer hinüber. Dort brennen die Städte. Man genießt, zugegeben mit einigem Gruseln, das fürchterliche, europäische Feuerwerk der Vernichtung.

Das Stück, sicher so ehrlich gemeint und scheinbar so radikal sich gebärdend, ist formal hilflos. Die Nebenfiguren reden alle mit geschwollenem Munde. Sie gerieren sich wie die Akteure in einem alten bayerischen Bauernstück. Ihnen fallen immer wieder Worte wie komische Felsklötze aus dem Munde. Das ist schrecklich unbeholfen, entbehrt jeden realen Hintersinns und langweilt schrecklich.

Aber auch die beiden Hauptfiguren, die des armen Großvaters und die des angeblich flüchtigen Hitler-Bruders, der, wie sich dann doch herausstellt, eben nur ein armseliger jüdischer Emigrant ohne Paß oder Passierschein ist – auch sie finden zu keinerlei Gestalt oder Gestaltung. Theater kommt gar nicht zustande.

Hilfreich war die Berliner Inszenierung von Valentin Jeker dem armen Unstück sicher nicht. Sie war vorsätzlich karg und wollte mit raunender Härte so recht volkstümelnd eine falsche Wirklichkeit vortäuschen. Das mißlang völlig. Man hatte oft den Eindruck, die Darsteller, unter denen sich immerhin Gerhard Friedrich und Friedhelm Ptok, Rolf Schult und Rainer Pigulla befanden, – auch sie ahnten nur andeutungsweise, was sie eigentlich darzustellen hätten. Auch sie spielten sozusagen immer nur in Rätseln.

FRIEDRICH LUFT

Seltsame Huldigung an Joyce: Werner Nekes Film „Uliisses" im Kino

Molly Bloom schlampt durchs Revier

„Jetzt brauche ich einen Blindenstock", erklärte einst ein prominenter Kulturverwalter nach Betrachtung eines Werkes von Werner Nekes. Kinofreunde erfahren die Produkte des deutschen Experimentalfilmers nicht selten als strapaziös. Das Bombardement mit optischem Fremdvokabular, mit Einzelbildmontage, Mehrfachbelichtung, Stakkato-Schnitt läßt ein entspanntes Sehen kaum zu. Der Verzicht auf Handlung und Erzählstruktur, die Beschränkung des Themas auf Methode und Machart des Filmes selbst legt den Vorwurf des abstrakten Formalismus nahe.

Gegen jeglichen „L'art-pour-l'art"-Verdacht hat Werner Nekes sich stets mit dem Hinweis auf die Erweiterung des Wahrnehmungsvermögens gewehrt. Er hat pädagogische Ambitionen. Esoterisch bleiben seine Werke dennoch. Das Stammpublikum, das sich in deutschen Programmkinos gerade sein bislang ehrgeizigster Film erobert, ist ein geheimes Dechiffrier-Syndikat. „Uliisses" will entschlüsselt werden. Mehrfaches Ansehen ist notwendig, um in dem komplexen Gewebe aus Symbolsträngen und Motivbezügen eine logische Struktur zu erkennen.

Die aber ist da. Erstmals hat Nekes sich zu einem narrativen Ansatz entschlossen, erstmals ein literarisches Werk als Folie benutzt. James Joyce soll nicht in den Film übersetzt, wohl aber ein dem „Ulysses" analoges Verfahren auf das optische Medium angewandt werden. Wie Joyce im Rahmen einer Handlung Geschichte und Möglichkeiten der Sprache reflektiert hat, reflektiert Nekes Geschichte und Möglichkeiten der Kinematographie. Seine Handlung: Fotograf Uli (Armin Wölfl als Odysseus-Bloom-Nachfahre) trifft Phil (Russel Denton alias Telemach-Dedalus) und Fotomodell Tabea (Tabea Bloomenschein mit Gruß an Penelope und Molly Bloom). Ort: Ruhrgebiet. Zeit: September 1980.

Die achtzehn Episoden des „Ulysses" tauchen in „Uliisses" in veränderter Reihenfolge als Untertitel und Handlungsfragmente wieder auf. Das erleichtert den Zugang. Auf Homer wird – meist ironisch – Bezug genommen. Überdies aber verwendet Nekes improvisatorisch erweiterte Teile aus einem 24-Stunden-Drama namens „The Warp", das dessen Autor Neil Oram 1980 mit dem Science Fiction Theater Liverpool in Nekes Wohnort Mühlheim vorstellte. „The Warp" schildert die Entwicklung eines jungen Mannes vom Clochard über Drogen- und Guruabhängigkeit zu erweitertem Bewußtsein.

Für Komplexität also ist gesorgt. Zum besseren Einstieg gibt Nekes den Kinobesuchern eine Filmpartitur mit genauer Bezeichnung der Sequenzen und der benutzten optischen Technik an die Hand. Es darf, es muß gedeutet werden. Denn der Unterhaltungswert, den Nekes seinem 90-Minuten-Opus „auf einer ersten Ebene" attestiert, beschränkt sich auf wenige Szenen. Insgesamt ist dies nur etwas für Cineasten mit heiterem Sinn für visuelle Zertrümmerung und detektivischer Begabung: „Uli is es" – Aber was?

DIETMAR BITTRICH

Webern im Zentrum: Die diesjährigen Stuttgarter „Tage für Neue Musik"

Im Lärm das Lauschen verlernt?

Die Stuttgarter „Tage für Neue Musik" haben sich zu ihrem Vorteil verändert. Die Geldgeber sind geblieben, aber Organisation und Programmgestaltung verbessert worden. Die neuen Manager, alle fünf ausübende Musiker, zeigten Mitgefühl für die Aufnahmefähigkeit ihrer Zuhörer. Niemand mußte diesmal von Termin zu Termin hetzen, um riesige Portionen anstrengender Novitäten hinunterzuschlingen. Vier Abendkonzerte und zwei Matineen ließen sich in vier Tagen gut verkraften, zumal die Programme verhältnismäßig kurz und sehr abwechslungsreich waren.

In diesem Jahr wurden nämlich nicht nur Ur- und Erstaufführungen am laufenden Band gespielt, sondern einige neue Werke mit Stücken von Anton Webern kombiniert, dem das Festival zum 100. Geburtstag im kommenden Dezember gewidmet war. In den Mittelpunkt der Veranstaltungsreihe wurde daher der Vortrag „zur möglichen Zukunft Weberns" gerückt, den Heinz-Klaus Metzger mit überspitzt formulierten Attacken gegen unsere angeblich verheerende Kulturszene begann. Zu Webern selbst lieferte Metzger ein paar neue, überraschende Aspekte.

Die schalldämmende Wirkung des Umwelt-Lärms, so Metzger, habe Weberns Musik auch gewaltlos gemacht. Deshalb passe sie nicht in die brutale Gegenwart, der das Lauschen fremdgeworden sei. Die Frage nach Weberns Möglichkeiten in naher Zukunft mußte Metzger folgerichtig verneinen.

Diese Ansicht bestätigten auch die zeitgenössischen Komponisten, deren Werke in den Webern-Rückblick eingebettet waren. Keiner von ihnen schreibt Musik, die im entferntesten an Webern erinnert. Drei exzeptionelle Stücke verdienen, besonders hervorgehoben zu werden.

„Nature morte – still alive" von Wolfgang Rihm ist eine mitreißend vitale, rhythmisch bohrende Streichmusik, die das vorzüglich besetzte „ensemble 13" unter Manfred Reichert impulsiv darbot. Die zwei anderen herausragenden Werke spielte das Londoner Arditti-Quartett mit unglaublicher Souveränität und bewundernswerter technischer Vollendung. Die Vertracktheiten der zerklüfteten Klangwelt im zweiten Streichquartett von Brian Ferneyhough wurden expressiv erhitzt und zu einem tönenden Kosmos zusammengezwungen.

Die stärkste Beachtung unter den uraufgeführten Orchesterwerken fand „entfalten" von Erhard Karkoschka. Das klanglich reizvolle Stück ist die intelligente Arbeit eines reflektierenden Musikers, der Tüfteleien nicht ausweicht. Bei aller Dichte und Härte der Stimmführung bleibt Durchsichtigkeit stets gewährleistet. Das Radio-Sinfonieorchester Stuttgart spielte unter dem Gastdirigenten Jaques Mercier, der das Festival mit einer erlesenen Wiedergabe von Weberns sechs Orchesterstücken krönte.

GERTH-WOLFGANG BARUCH

Der Geiselnehmer kam am letzten Schultag

Lehrling hielt Ex-Freundin den ganzen Tag gefangen: Ich spreng die Schule in die Luft / 1400 Mitschüler evakuiert

D. GURATZSCH, Groß-Bieberau

Wie eine Kopie des Massakers von Eppstein vor knapp drei Wochen begann am Mittwochmorgen ein Geiseldrama in Groß-Bieberau am Fuß des Odenwalds, 10 Kilometer von Eppstein entfernt. Stundenlang hielt in einer Klasse der Gesamtschule der 20jährige Banklehrling Klaus D. seine 16jährige frühere Freundin Katrin R. gefangen und drohte, die Schule in die Luft zu sprengen, falls die Polizei eingreife. Bei Redaktionsschluß war die Lage in der von Polizei umstellten Schule noch ungeklärt.

Es war der letzte Schultag, in der dritten Stunde sollte es Zeugnisse geben. In der zweiten Stunde stand in Klasse 10 des Gymnasialzweiges der Groß-Bieberauer Gesamtschule Englisch auf dem Stundenplan. Aber es herrschte schon Urlaubsstimmung, jemand hatte sogar Sekt mitgebracht.

So fiel zunächst niemandem auf, daß kurz vor 9 Uhr still und ruhig ein junger Mann den Klassenraum im 1. Stock betreten hatte. Alle kannten ihn. Er war mit Katrin, einem Mädchen aus dieser Klasse, lange Zeit befreundet gewesen und hatte sie oft von der Schule abgeholt. Beide wohnen im benachbarten Reinheim.

Plötzlich zog der junge Mann, ein Hüne von zwei Metern, eine Pistole und sagte ruhig: „Alles verläßt den Raum, Katrin bleibt hier. Hinter der Heizung steckt ein Brief, darin steht das Nähere." Dann wies er auf einen Sanitätskoffer in seiner Hand und sagte, die Schüler sollten beim Hinausgehen vorsichtig auftreten, damit da nichts explodiere.

Natürlich durchzuckte in diesem Moment alle der Gedanke an das Blutbad von Eppstein. Dennoch gab es keine Panik. Wortlos und ohne Hektik verließen Lehrer Werner Pless und 26 Schüler und Schülerinnen den Raum. Katrin blieb wie erstarrt sitzen. Den anderen Klassen gab die Schulleitung vorzeitig „hitzefrei", um jede Gefahr einer Panik auszuschließen.

Auch der Täter ging ruhig ans Werk. Er verbarrikadierte die Tür, ließ alle Jalousien herunter, verdunkelte das kleine Fenster über der Tür mit Kleidungsstücken und setzte den Ventilator (als Geräuschkulisse) in Gang.

Er wolle, so las die sofort alarmierte Polizei in dem Brief des Täters, nur mit Katrin reden. Bis 20 Uhr müsse die Polizei ihm Zeit lassen. Dann werde er Waffen und Sprengstoff aus dem Fenster reichen und sich freiwillig stellen.

Ein stummer Nervenkrieg begann. Durch die geschlossene Tür nahm die Polizei Verhandlungen mit dem Täter auf. Die Eltern der beiden jungen Leute erschienen in der Schule.

Den Hintergrund der dramatischen Szene in der Groß-Bieberauer Schule – ein Riesenbetonklotz mit fast 1400 Schülern wie in Eppstein – bildet die langjährige, intensive, von Höhen und Tiefen begleitete Freundschaft zwischen Klaus und Katrin. Beide sind eher Einzelgänger. In dem idyllischen Ort Reinheim vor den sanften Höhen des Odenwalds kennt man sie als sehr nachdenkliche, auch politisch stark interessierte, häufig miteinander diskutierende junge Menschen.

Etwa zu Ostern hatte Klaus die Freundschaft beendet. Als er kurz danach die Beziehung zu Katrin wiederaufzunehmen versuchte, wollte das Mädchen nicht mehr. Es kam zu ersten Auseinandersetzungen. Klaus verprügelte auf offener Straße einen Jungen, mit dem Katrin früher befreundet gewesen war und in dem er offenbar einen Rivalen witterte.

Dann zerrte er eines Tages Katrin in seinen Mercedes und fuhr mit ihr ins Ferienhaus ihrer Eltern. Dort gelang es den beiden herbeigeholten Elternpaaren, die Sache gütlich beizulegen. Die Staatsanwaltschaft allerdings erhob Anklage wegen Freiheitsberaubung.

Seit dieser Zeit hatte Katrin, wie sie Freunden gegenüber andeutete, Angst vor Klaus. Er, der früher immer hilfsbereit, ruhig und verständnisvoll gewesen sei, zeigte plötzlich neue Seiten seines Wesens. Und, obwohl er ihr zeitweise täglich Rosen ins Haus geschickt haben soll, äußerte Katrin die Sorge, es könne etwas passieren ...

Amerikas riesige Bären haben eine kleine Chance

R. PETER LAUCK, New York

Mit bis zu 350 Kilo Gewicht und 2,30 Meter Körpergröße (stehend) gehören sie immer noch zu den größten Fleischfressern Nordamerikas. Doch wie die Entwicklungsgeschichte der Erde zeigt, sind die Überlebenschancen der Riesen am kleinsten. Seit Jahren schon stehen auch die Grizzly-Bären mit dem Rücken zur Wand. Und Amerikas Tierschützer sind sich noch nicht einig, wie der große Petz zu retten ist.

Bevor der weiße Mann kam, verehrten die Indianer ihn als eine Art Gott. In der Tat hat der graue Bär einige Eigenschaften, die Menschen in Erstaunen versetzen können. So erlegt er an guten Tagen einen Elch mit einem einzigen Schlag seiner mächtigen Pranke, oder verbeult auch schon einmal einen Kotflügel bis zur Unkenntlichkeit. Damit hatte „Ursus arctos horribilis" auch noch gute Überlebenschancen, als schlag- und schießkräftige Siedler dem fremden Land und der feindlichen Natur die ersten Farmen abtrotzten.

Doch beim Kampf Mann gegen Bär schlich sich mit ständig steigender Siedlerflut schon bald ein Mißverhältnis ein. So wurden die Tiere in den vergangenen 150 Jahren von etwa 50 000 Exemplaren zwischen Oregon und Texas auf einen Bestand von geschätzt 1000 dezimiert. Im weitläufigen Yellowstone National Park leben heute noch ungefähr 200 der geschützten Tiere. Hier sind die Bemühungen der Bärenfreunde, dem enormen Pelztier das Überleben zu sichern, am intensivsten.

Der Streit um das „Wie" geht auf eine Theorie der sechziger Jahre zurück. Damals wurde beschlossen alles im Park so natürlich wie möglich zu belassen. So wurden auch Futterstellen für die Bären abrupt aufgegeben. Hotelbesitzer, die Fleisch auslegten, um die Bären zum Gaudi der Gäste anzulocken, wurde eben dies verboten. Diese neue Park-Politik führte allerdings zu Konsequenzen, die man nicht bedacht hatte. Die Bären begannen nach Futter zu suchen und tappten dabei auch weit über die Grenzen des Wildreservats hinaus. Als die hungrigen Riesen dann in Ferien- und Minencamps auftauchten, gingen solche Begegnungen immer häufiger tödlich für die Tiere aus, die normalerweise den Menschen eher fliehen.

Damit lieferten die Bären aber auch den Wilderern die Argumente, auf die jene lange gewartet hatten. Wurden die Ganoven in flagranti erwischt, konnten sie sich zumindest vor Gericht leicht damit herausreden, daß sie in Notwehr geschossen hätten. Das Restrisiko lohnte: Auch unter der Hand lassen sich leicht bis zu 20 000 Mark für ein Grizzly-Fell kassieren und ein paar Tatzen bringen immer noch mehr als 6000 Mark, wie das US-Magazin „Time" ermittelte. Interessenten hierfür finden sich vor allem unter Asiaten, die die Tatzen für allerlei Mittelchen, hauptsächlich Aphrodisiaca, verarbeiten.

Um die Bären vor sich selbst und den Wilderern zu schützen, sind die Wildhüter inzwischen dazu übergegangen, die Streuner zu betäuben und per Helikopter in die abgelegenen Gebiete des National Parkes zurückzubringen. Viele von diesen Tieren, die von den Rangern als außergewöhnlich intelligent geschildert werden, lassen sich dadurch aber nicht aus dem Konzept bringen. Sie machen sich schon bald wieder auf den Weg an ihre neuen Futterquellen und müssen dann dort oft tatsächlich abgeschossen werden, weil das Risiko, daß Menschen in Gefahr geraten, einfach zu groß ist.

Aus diesem Grunde fordern die Biologen John und Frank Craighead, daß die Leitung des Nationalparks ihre „Natürlichkeits-Doktrin" fallenläßt, zumindest aber im Falle der Grizzly-Bären eine Ausnahme macht. Die Zwillingsbrüder, die als die anerkannt besten Grizzly-Experten gelten, liegen schon seit Jahren im Streit mit den Behörden. John Craighead: „Der Gedanke von der unangetasteten, steinzeitlichen Umgebung für die Tiere ist zwar ganz fesselnd aber nicht zu realisieren. Der Yellowstone Park hat jedes Jahr 2,4 Millionen Besucher. Der Mensch ist nun einmal Teil der Ökologie, den man nicht einfach wegdenken kann."

Obwohl sich die Leitung des Parks immer noch weigert, wieder regelrechte Futterstellen einzurichten oder die alten wieder herzurichten, ging man inzwischen dazu über, hier und da schon mal einen Elchkadaver auszulegen, um die Bären von ihren Wanderungen abzuhalten. Die Patrouillen der Ranger wurden verstärkt. Sie sollen nicht nur Jagd auf Wilderer machen, sondern der in diesem Jahr wieder erwarteten Flut von Besuchern die Gefahren für sich selbst aber auch für die Bären zu erklären, die sich bei zufälligen Begegnungen ergeben. Chef-Ranger Tom Hobbs bringt es auf eine einfache Formel: „Der Bär wird seine Gewohnheiten nicht ändern, also müssen wir unsere überdenken."

Der Grizzly-Bär – in der nahen Zukunft wird sich zeigen, ob die Bemühungen sein Überleben in der Wildnis zu sichern, ausreichen. FOTO: WILLY PRAGNER

Bald kann man bei „Maxim's" auch lernen

CONSTANCE KNITTER, Paris

Pierre Cardin, Frankreichs ideenreicher Modemacher und Besitzer des berühmten Nobel-Restaurants „Maxim's", hat schon wieder eine Überraschung für Bewunderer dieses magischen Namens bereit. Im September eröffnet er in Paris eine Hotelfachschule unter dem Namen „Institut International Maxim's de Paris".

Mitte Juni machte Cardin mit einer Annonce im Pariser „Figaro" erstmals Reklame für sein neues „Maxim's Institut". Die Neuigkeit schlug wie eine Bombe ein. „Wir erhalten seither pro Tag etwa 250 Anfragen und Bewerbungen. Wir werden eine sehr strenge Auswahl treffen müssen", sagt Alain-Jacques Hermelin, Generaldirektor des Pariser „Institut Supérieur de Tourisme".

Hermelin, ein aus der Schweiz stammender Fachmann für Tourismus sowie für das Hotelfachgewerbe, *hat in Frankreich in den vergangenen* zehn Jahren schon mehrere Fachschulen für angehende Manager und Touristik-Experten gegründet. Cardin, der vom Hotelfachgewerbe und vom Restaurationsbetrieb so gut wie nichts versteht, war so klug, sich einen Experten für die Leitung des internationalen „Maxim's Instituts" zu suchen.

„Die Idee, in Paris eine Fachschule nach dem Vorbild der berühmten ‚Ecole Hotellière' von Lausanne zu eröffnen, hatten Cardin und ich vor einem Jahr. In Frankreich, dem Land der Gastronomie, fehlt es nämlich auf diesem Gebiet an guten Ausbildungsstätten", erzählte Hermelin der WELT. „Bei uns wird die Ausbildung besonders auf die Praxis und Technik im Empfang, im Service-Bereich sowie in der Verwaltung eines Hotels oder Restaurants ausgerichtet sein. Maxim's ist ja in erster Linie ein Stil."

Rund 200 Schüler sollen jährlich im „Institut International Maxim's de Paris" in englischer oder französischer Sprache ausgebildet werden. Diese Ausbildung soll den Absolventen als Sprungbrett für eine internationale Karriere dienen. Als Aufnahmebedingungen werden Abitur oder mindestens Mittelschulreife verlangt. „Besonders interessieren mich bei den Bewerbern jedoch Interesse und Beweggründe für die Wahl des Berufes", betont Hermelin. Die Ausbildungszeit beträgt zwei Jahre. Am Schluß der Ausbildung müssen die Schüler und Schülerinnen eine Prüfung vor internationalen Fachleuten ablegen. Bei bestandenem Diplom erhalten sie einen roten „Maxim's"-Paß. Mit diesem Zeugnis, so hoffen die Initiatoren, werden ihm die Tore renommierter Hotels und Restaurants offenstehen.

„Wir haben natürlich einen sehr eigennützigen Hintergedanken", sagt Hermelin. „Wir hoffen, unter den Absolventen des Instituts Nachwuchs für die Maxim's-Restaurants in der ganzen Welt zu rekrutieren." Maxim's Luxusrestaurants gibt es außer in der Rue Royale in Paris bereits in Brüssel, Tokio und Peking. Im Juli wird in London ein „Maxim's" eröffnet. Für 1984 ist eine Erweiterung der Maxim's-Kette in Los Angeles, New York, Genua und Rio de Janeiro geplant. Außerdem will Cardin auch die „Minim's", die populäre Version des Luxusrestaurants, internationalisieren. Bisher gibt es eine „Minim's"-Snackbar nur in der Pariser Maxim's-Boutique in der Rue Faubourg-Saint-Honoré.



Aus dem Modezar Pierre Cardin wurde längst ein Konzernchef – und ein munter sprudelnder Quell neuer Ideen, wenn es um die Vermarktung des klingenden Namens „Maxim's" geht. FOTO: AP



Die praktische Ausbildung in der Bedienung, im Empfang oder in der Küche erhalten die „Maxim's-Schüler" in einem von Cardin aufgekauften Hotel „Auberge de la Dague" in dem Künstlerdörfchen Barbizon vor den Toren von Paris. Dort werden sie auch untergebracht. Zur Zeit verhandelt Hermelin mit bekannten französischen Chefköchen, Gastronomen und Hoteliers, um sie als „Gast-Dozenten" anzuwerben. Die theoretischen Kurse finden in Paris statt. Außerdem wird jeder Schüler viermal im Jahr ein einmonatiges Praktikum in einem Luxusrestaurant absolvieren. Wenn er Glück hat, sogar in einem „Maxim's". Das Institut verpflichtet sich, Praktikantenstellen zu vermitteln.

Luxuriös ist dann auch der Preis für eine so prestigebeladene Ausbildung: pro Jahr 25 000 Franc (8335 Mark). (SAD)

Zwölf Banker im Club der Milliardäre

AP, New York

Die Frage, wer der reichste Bankier der Welt ist, läßt sich nicht genau auf Heller und Pfennig beantworten, doch die zwölf international führenden Bankherren verfügen über Vermögen von je mehr als einer Milliarde Dollar, umgerechnet mehr als 2,5 Milliarden Mark. Das geht aus der Juni-Ausgabe des amerikanischen Finanzfachblattes „Institutional Investor Magazine" hervor. In die Spitzengruppe gehörte unter anderen auch der verstorbene deutsche Baron August von Finck vom Bankhaus Merck, Finck und Co. Die übrigen sind ein philippinischer, ein indonesischer, ein thailändischer und fünf arabische Banker sowie drei aus Singapur und Malaysia. Auffällig ist, daß keiner der großen, praktisch als Synonym für unermeßliche Vermögen stehende Namen wie Rothschild oder Rockefeller in der Liste enthalten ist. Die britisch-französische Rothschild-Dynastie wird zusammen auf „nur" 500 Millionen Dollar geschätzt. Die reichsten amerikanischen Banker, Charles Robert Allen jr. und Herbert Allen Senior vom Bankhaus Allen und Co., New York, *bringen es gerade auf 600 Millionen* Dollar.

Grubenunglück

rtr, Budapest

Bei einem Grubenunglück in Ungarn sind gestern mindestens 35 Bergleute ums Leben gekommen. Die Schlagwetter-Katastrophe rund 50 Kilometer von Budapest, war das zweite Bergwerkunglück, daß Ungarn innerhalb von neun Tagen traf.

Freier Flug für „SPAS"

AP, Kap Canaveral

Von der amerikanischen Raumfähre „Challenger" aus ist gestern der deutsche Satellit SPAS wie geplant auf eine Umlaufbahn gesetzt worden, von der er nach freiem Flug wieder an Bord geholt werden soll. Mit dem Experiment soll die Verwendbarkeit der Fähre für Reparaturen erprobt werden.

Arbeitslose putzten Schuhe

dpa, Frankfurt

„Vom Schuhputzer zum Millionär" – Unter diesem Motto haben gestern in Frankfurt Arbeitslose ihre Dienste als Schuhputzer angeboten. Mit dieser Aktion wollte der Verein Frankfurter Arbeitslosenzentrum e. V. auf die „Verschwendung öffentlicher Gelder bei Festen und das mangelnde soziale Engagement der Stadt in Arbeitslosenfragen" aufmerksam machen.

Riesennugget in Brasilien

dpa, Brasilien

Goldgräber haben in Serra Pelada im südlichen Amazonasgebiet einen 36,38 Kilogramm schweren Goldklumpen gefunden. Die Staatsbank erwarb den Riesennugget für umgerechnet 1,4 Millionen Mark.

Flugzeug entführt

AP, Bonn

Eine libysche Verkehrsmaschine ist gestern auf dem Flug Athen-Tripolis entführt worden. Bei Redaktionsschluß hieß es, die Maschine mit rund 40 Menschen an Bord habe Kurs auf Rom genommen.

Geißler: Keine Gefahr

AP, Bonn

Die auch in der Bundesrepublik Deutschland aufgetretene Erkrankung des körpereigenen Abwehrsystems („AIDS") stellt nach Auffassung von Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler keine Gefahr für Empfänger von Blutkonserven aus Blutspende-Aktionen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) dar und rechtfertigt daher auch keine Einschränkungen derartiger Aktionen.

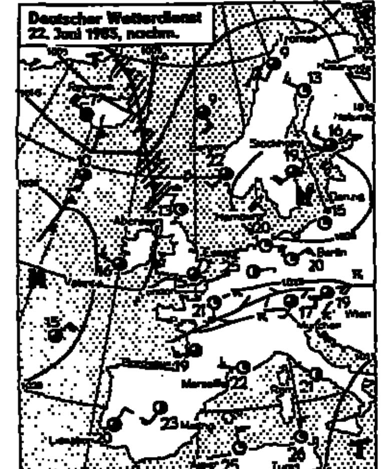
Unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Gesellschaft Kontinent e. V., Bonn, bei.

ZU GUTER LETZT

Fünf alternative Schäfer und über 700 Schafe aus dem Allgäu haben am Mittwoch nach Angaben der Schutzgemeinschaft Alpen erstmals in Deutschland eine Alm besetzt.

WETTER: Sommerlich

Wetterlage: An der Südwestflanke eines Hochs mit Kern über Polen gelangt in den Norden und Nordosten trockene Festlandsluft, während der Süden und Westen in der eingeflossenen feuchten Mittelmeerluft verbleiben.



Vorhersage für Donnerstag:

Bundesgebiet und Berlin: Im Süden und Westen wolkig mit Aufheiterungen, nachmittags und nachts örtlich Gewitterschauer. Im Norden und Osten sonnig und trocken. Nachmittagstemperaturen im Nordosten um 28 Grad, sonst 23 bis 26 Grad. Tiefsttemperaturen in der Nacht zum Freitag zwischen 12 und 17 Grad. Im Norden und Osten tagsüber böig auffrischender Ostwind, sonst überwiegend schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Sommerlich warm, zum Teil schwül.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	30°	Kairo	33°
Bonn	27°	Kopenh.	16°
Dresden	21°	Las Palmas	20°
Essen	25°	London	15°
Frankfurt	24°	Madrid	23°
Hamburg	20°	Mailand	22°
List/Sylt	18°	Mallorca	24°
München	17°	Moskau	10°
Stuttgart	19°	Nizza	21°
Algier	25°	Oslo	19°
Amsterdam	26°	Paris	21°
Athen	26°	Prag	22°
Barcelona	21°	Rom	21°
Brüssel	24°	Stockholm	19°
Budapest	30°	Tel Aviv	30°
Bukarest	17°	Tunis	36°
Helsinki	16°	Wien	19°
Istanbul	26°	Zürich	19°

*Sonnenaufgang am Freitag: 5.06 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr, Mondaufgang: 21.09 Uhr, Untergang: 4.20 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mehrere Wahrheiten über drei Schüsse

Gericht hörte die Kollegen des unter Totschlagsverdacht stehenden Polizeibeamten

PETER SCHMALZ, München

Daß auch Zeugen den menschlichen Anspruch auf Irrtümer haben, gehört zur leidvollen Erfahrung der Juristen in den Gerichtssälen dieser Welt. Die Kunst des Richters liegt zu nicht unerheblichem Teil darin, in den Aussagen Tatsächliches und Glaubwürdiges zu trennen von Phantasien, Aufschneidereien oder auch bewußten Verdrehungen. Die drei Berufs- und die beiden Laienrichter des Münchner Schwurgerichts befinden sich am zweiten Tag der Verhandlung gegen den 30jährigen Polizeibeamten Friedrich Konzack, der im dienstlichen Einsatz den 14jährigen Schüler Jürgen Bergbauer erschossen hat, mitten auf dieser Gratwanderung.

Ein Puzzle von Zeugenaussagen soll klären helfen, Licht in jenen nur 12 bis 20 Sekunden dauernden Einsatz zu bringen, der in der Nacht zum 20. März den Schüler in der Kleinstadt Gauting das Leben kostete. Aber manches der gestern im Münchner Justizpalast vorgetragenen Teilchen will mit anderen nicht zusammenpassen.

Da ist einmal die für die Beurteilung des Polizisten Konzack bedeutende Frage, ob er vor Abgabe der Schüsse dem ins Jugendheim eingestiegenen Schüler die obligatorische Aufforderung „Halt, Polizei, herauskommen!" zugerufen hat. Konzack sagt, er habe dies „überlaut" getan. Der Beamte Peter Riegel, der nächste Tatzeuge, will einen „deutlich hörbaren Ruf" vernommen haben. Der Nebenkläger traut dieser Version nicht und läßt den Beamten vereidigen. Seine Kollegen müssen nicht die Hand zum Schwur heben, sie haben allerdings auch keinen Ruf gehört. Eine Nachbarin will vor den Schüssen auch „Stimmengewirr" gehört haben, doch dann stellte sich vor Gericht heraus, daß zur Tatzeit im Nachbarzimmer ein Fernseh-Western gelaufen ist.

Wichtiger für die Tatbeurteilung ist die Frage, wie rasch die drei Schüsse aus Konzacks Pistole gefallen sind. Der erste habe sich versehentlich durch einen Stoß gelöst, sagte der Angeklagte. Den zweiten und dritten habe er als Warnschüsse „gesetzt", nachdem er „todsicher" überzeugt war, daß der menschliche Schatten im dunklen Zimmer verschwunden war. Weitgehend übereinstimmend aber sagen seine Kollegen aus, die Schüsse seien in unmittelbarer Folge gefallen. „Wie im Schießkino", meint einer. Ein anderer klopft wie drei kurze Morsezeichen in das Saal-Mikrophon. Das Gericht wird abzuwägen haben, ob dem Beamten zwischen dem ersten und zweiten Schuß Zeit blieb zu erkennen, daß er – wie er meint – völlig gefahrlos für die im Raum ausgemachte Person ins Dunkel hineinfeuerte, um diese „in Deckung zu halten". Und wenn er annahm, der Unbekannte sei in Deckung, warum hat er seinen Kollegen Riegel nicht gewarnt, der sich Sekunden später in den dunklen Raum beugte?

Entscheidend für die Frage, ob Konzack des Totschlags oder nur der fahrlässigen Tötung schuldig ist, wird die Überzeugung des Gerichts sein, welcher der drei Schüsse tödlich war. Der dritte war es mit Sicherheit nicht, er schlug neben dem Fenster in die Außenmauer. Der erste müsse es gewesen sein, meint der Schütze, denn den zweiten Schuß habe er bewußt abgefeuert. Der zweite war's, meint dagegen Anwalt Rolf Bossi, der Jürgens Mutter, die als Nebenklägerin im Saal sitzt, vertritt. Die Antwort sollen heute die Gutachter geben.

LEUTE HEUTE

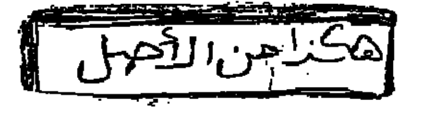
Lange Suche

Manitas de Plata, (Foto), der berühmte Zigeuner-Gitarrist, will heiraten – endlich. „Ich bin 63 Jahre alt und habe 25 Kinder und Enkelkinder. Nun habe ich die richtige Mutter dazu gefunden. Sie ist 20 Jahre alt und bildhübsch."



Lob und Tadel

Indira Gandhi lobte in Wien, auf der letzten Station ihrer Fünf-Länder-Reise, **Sir Attenboroughs** Erfolgsfilm „Gandhi" trotz eines Tadels über den grünen Klee. Der Tadel: Der Film habe nicht klargemacht, daß und wie es Gandhi gelungen sei, die Frauen in seine Bewegung zu integrieren. Die indische Ministerpräsidentin hatte selbst aktiv am Widerstand gegen die britische Regierung teilgenommen.







ups. – Wuppertal – das ist nicht Ruhrgebiet und nicht Rheinland. Auf der Grenze zwischen dem Rheinischen und dem Westfälischen gelegen, bildet die Stadt den wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt des Bergischen Landes. Eine junge Stadt mit Vergangenheit, gewachsen aus einer der ältesten Industrieregionen des Kontinents und 1929 gebildet aus dem Zusammenschluß der Gemeinden Barmen, Elberfeld, Cronenberg, Ronsdorf, Beyenburg und Vohwinkel. Offensichtlich die älteste ist Barmen, 1070 als „Barmon" erstmals erwähnt.

Auslöser für den wirtschaftlich frühen Aufschwung war das kalkarme, weiche Wupperwasser, das sich besonders gut für die Garnbleicherei eignete. 1527 erhielten Barmen und Elberfeld durch herzogliches Privileg das Alleinrecht der Garnbleicherei. Weberei, Zwirnerei und Färberei kamen hinzu und entwickelten eine blühende Textilindustrie, die im 19. Jahrhundert wichtigster Wirtschaftsfaktor war.

Mit 400 000 Einwohnern gilt Wuppertal heute als „Großstadt im Kranz der grünen Berge". Zwei Drittel des Stadtgebietes sind bewaldet, von Wiesen oder Parkanlagen überzogen. Die Stadt besitzt das zweitgrößte Fußgängerzentrum der Bundesrepublik, den einzigen doppelstöckigen Straßentunnel (Kiesbergtunnel) und einen der größten Autobahnknoten Europas (Sonnborner Kreuz).

Das Stadtwappen zeigt den doppelgeschwänzten bergischen Löwen auf zwei Garnsträngen. In den Vorderpranken hält der Löwe den Rost, auf dem der heilige Laurentius, Stadtheiliger von Elberfeld, in Rom gefoltert wurde.



Wuppertaler „gehen in die Luft", wenn sie pünktlich ans Ziel kommen wollen. Die Schwebebahn ist Wahrzeichen der bergischen Großstadt.
FOTO: VISUM/MEISEL

Neue Vorgaben erleichtern die Planung

Immissionsschutz statt Verlagerung – Wirksame Maßnahmen gegen Abwanderung aus dem engen Tal

Im Vergleich zum Umsatzwachstum der Industrie Nordrhein-Westfalens und im gesamten Bundesgebiet weisen die Umsätze der bergischen Industrie- und Handelsunternehmen einen zunehmend größeren Wachstumsrückstand aus. Für Horst Jordan, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Solingen-Remscheid, sind dafür in Wuppertal vor allem die „spezifischen topografischen und städtebaulich bedingten Standortnachteile dieses alten industriellen Ballungsgebietes verantwortlich".

Seit einiger Zeit durch Umweltschutzauflagen verschärft, scheint sich in sogenannten „Gemengelagen", also in einem dichten Nebeneinander von Gewerbebetrieben und Wohnbebauung wie in Wuppertal, eine gewisse Entspannung in den lange verhärteten Positionen seitens der Landesregierung in Düsseldorf einzustellen. Dem Immissionsschutz kommt im Planungserlaß vom Sommer 1982 nicht mehr von vornherein Vorrang gegenüber anderen Belangen zu.

Und: Die Gemeinde ist verpflichtet, die verschiedenen Interessen gegeneinander abzuwägen. Für die Planung in Gemengelagen werden die Belange des Immissionsschutzes und die der Wirtschaft gleichrangig behandelt. Freilich muß der Bund jetzt Planungs- und Immissionsschutzrecht harmonisieren.

Frühere Entwicklungshemmnisse haben notwendige Erweiterungen oder Produktivitätsverbesserungen an alten Standorten verhindert, meint Jordan. Wachstumsstarken Unternehmen habe sich aus Mangel an geeigneten Flächen häufig nur die teilweise oder völlige Verlagerung von Betrieben nach außerhalb Wuppertals gestellt. Und dazu seien die Unternehmen noch durch starke finanzielle öffentliche Förderung in anderen Regionen angereizt worden. Nur: Wuppertal war kein Fördergebiet.

Nach Darstellung Jordans haben Wuppertaler Firmen in den letzten beiden Jahrzehnten mehr als 13 000 Arbeitsplätze in andere Gebiete verlagert oder dort erst geschaffen. Wuppertaler Wachstum fand auswärts statt.

Ähnlich wird das Problem bei der Wuppertaler Stadtverwaltung gesehen, obwohl die Wirtschaftsförderer mit Nachdruck bestreiten, daß die Kommune je Gründe zur Abwanderung von Betrieben geliefert habe. Wenn es zu Fortzügen in der Vergangenheit gekommen sei, dann nur mit Teilen des Betriebs oder in den Dunstkreis der Stadt, wobei zumindest die Mitarbeiter weiter beschäftigt wurden.

Seit 1970 sind jährlich 100 000 Quadratmeter Gewerbefläche, insgesamt 1,2 Millionen Quadratmeter, erschlossen und fast ausschließlich an Wuppertaler Unternehmen verkauft worden, die damit 10 000 Arbeitskräfte in der Stadt hielten. Im Rathaus vermerkt man mit besonderer Genugtuung, daß sich diese Betriebe seit ihrer Verlagerung überdurchschnittlich gut entwickelt haben.

Während in den 70er Jahren noch Wirtschaftsförderung weitgehend Verlagerung von Unternehmen bedeutete, entfallen auf diese Tätigkeit heute allenfalls 20 Prozent der Dienstzeit, während 80 Prozent mit Beratung über Standort-Probleme verbracht werden. Ein ausgefeilter Service für den Einzelfall wird mit allen Daten, Planungsunterlagen und Genehmigungsvoraussetzungen zur Verfügung gestellt.

Von außen sind auch künftig keine Gewerbezuzüge zu erwarten. Für Verlagerungen bleibt oberstes Gebot, daß – ohne bestimmte Branchen zu bevorzugen – das Verhältnis von Beschäftigtenzahl zu angebotener Fläche stimmen muß. Im Klartext: 30 Beschäftigte auf 30 000 Quadratmeter Fläche sind zu wenig. Insgesamt stehen 200 000 Quadratmeter zur Verfügung, darunter Einzelflächen von 35 000 Quadratmeter.

Die Preise liegen bei 40 Mark pro Quadratmeter (einschließlich Erschließungskosten), im innerstädtischen Bereich sind die Preise höher: für Wohnbauten über 200 Mark, für Gewerbebauten 60 bis 80 Mark.

HARALD POSNY

Die Industrie steht auf „tausend Füßen"

Branchenvielfalt und hoher Export sichern die Zukunft

Horst Jordan, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Solingen-Remscheid, spricht über die bergische und Wuppertaler Wirtschaft gern als von einem „industriellen Tausendfüßler". Und in der Tat, die grauenhafte Monostruktur um 1860 – seinerzeit waren rund drei Viertel aller Erwerbstätigen Wuppertals in der Textilindustrie oder in benachbarten Bereichen tätig – hat sich bis heute zu einer seltenen Branchenvielfalt ausgewachsen.

Wuppertal, obschon erste Industrieregion Deutschlands mit allen Nachteilen für die damals arbeitenden Menschen, hat aus sich heraus und ohne große soziale Unruhen zu dieser Vielfalt gefunden.

Das verdankte die Stadt einer Reihe weitblickender, flexibler und fortschrittlicher Unternehmer, die aus ihrer christlich-pietistischen Überzeugung heraus überwiegend sozial eingestellt waren und – obwohl wenig genug – doch immer noch mehr an die Arbeiter zahlten als ihre „Kollegen" in anderen Regionen. Dazu hat aber auch die große „Reservearmee" von Arbeitskräften beigetragen, die aus Existenzangst in ihrer Mehrheit revolutionären Ideen abhold war.

In der Wirtschaftsentwicklung ist abzulesen, wie sich aus dem Bleichen, Färben und Zwirnen die Textilindustrie und aus ihr die Chemie entwickelt hat, aus der Textilmaschinenindustrie der allgemeine und Spezialmaschinenbau, aus ihm wiederum die Halbzeug- und Fertigwarenproduktion der Eisen-, Blech- und Metallverarbeitung, insbesondere die Werkzeugindustrie, vor allem aber die Elektroindustrie, die heute den bedeutendsten Wirtschaftszweig darstellt. Und sie alle waren Zulieferer für auswärtig ansässige Hauptbranchen.

Doch so ganz ohne Unabhängigkeit von einer einzelnen Schlüsselindustrie geht es auch an der Wupper nicht. Etwa 25 Prozent der industriellen Produktion, vom Kugellager bis zum Schloß, vom Kabelsatz bis zum Polsterstoff und Teppichboden, Autoteile und Werkzeuge aller Art, gehen in die deutsche Fahrzeugproduktion.

Weitaus stärker als anderswo ist die Betriebsgrößen-Struktur vom Klein- und Mittelbetrieb geprägt. In Wuppertal liegt die durchschnittliche Betriebsgröße bei 40 Mitarbeitern.

Neben der Flexibilität der Unternehmen, von einem Produkt auf ein anderes rentableres, auch auf ganz neue Märkte umzusteigen, ist der Export eine wesentliche Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung.

Maschinen, Werkzeuge, elektrotechnische Ausrüstungen, Textilien und Lacke führen die wichtigsten Ausfuhrgüter an. Mit dem heute erreichten Exportanteil von 20 Prozent konnte in der Vergangenheit mancher konjunkturelle Rückschlag im Inland aufgefangen werden. Rechnet man auch die Kleinstbetriebe und den Exporthandel hinzu, dürfte der Exportanteil gar bei 25 Prozent liegen. Ein weiterer stabilisierender Faktor ist

Industriebetriebe[1]		373
Beschäftigte		58 817
Arbeitslosenquote		11,4 Prozent
Industrieumsatz		8,60 Mrd. DM
Export		2,05 Mrd. DM
Branchen	**Umsatz**	**Mitarb.**
	(in Prozent)	
Elektro	18,0	16,7
Chemie[2]	12,9	17,7
Maschinenbau	11,6	12,8
Nahr./Genußm.	10,3	4,1
Textil/Bekl.	9,2	10,4
EBM-Verarb.	9,1	12,3
Fahrzeugbau	6,3	6,9
Einzelhandels-Betriebe		2 672
Beschäftigte		17 518
Geschäftsfläche		800 000 m²
Umsatz		rd. 3,0 Mrd. DM

Angaben Ende 1982; [1] mit 20 und mehr Beschäftigten; einschließlich produzierendem Handwerk (ohne Bauindustrie); [2] Ohne Bayer-Betriebe.

trotz der zu 50 Prozent im produzierenden Gewerbe Arbeitenden der hohe Anteil der im privaten Dienstleistungsbereich tätigen Menschen (40,6 Prozent).

Trotz der Konkurrenz im Umland an Rhein und Ruhr ist die Einzelhandelsdichte (68 Geschäfte je 1000 Einwohner) groß. Auch mit dem Umsatz je Quadratmeter Geschäftsfläche beziehungsweise je Einwohner von 3340 beziehungsweise 6740 Mark (1979) hat die Stadt ihren Ruf als Einkaufszentrum behauptet. Und dies, obwohl es aus lokalen Rivalitätsgründen und geographischen Gründen kein echtes großstädtisches Einkaufszentrum, sondern nur Stadtteilzentren gibt.

HARALD POSNY

Wuppertal – eine rauhe, aber herzliche Stadt

Daß ausgerechnet der Fluß der die Stadtteile verbindet, dieser Stadt den Namen gegeben hat, können viele Wuppertaler bis heute nicht verstehen. Denn die Wupper ist keineswegs ein stolzer Strom, eher ein müdes Gewässer, zum Garnbleichen längst nicht mehr geeignet, vergessenswert und hinter steil abfallenden Mauern tief verborgen.

Viele Klärversuche konnten nicht ganz verhindern, daß die Bürger ihre Wupper häufig nur naserümpfend wahrnehmen. Niemals hat rheinischer Frohsinn diesen Fluß besungen, und wenn von jemandem gesagt wird, er gehe „über die Wupper", so meint dies auf keinen Fall etwas Gutes. Ursprünglich brachten sich junge Männer, die nicht den Preußen als Soldaten dienen wollten, auf dem anderen Ufer der Wupper in die Sicherheit des Bergischen.

Aber auf höherer Ebene ist die Wupper heute von immenser Bedeutung: obgleich niemals schiffbar, bildet sie für das Tal den wichtigsten Verkehrsweg. Zwölf Meter über ihr verkehrt die weltberühmte Schwebebahn, Wuppertals Markenzeichen und technisches Denkmal. Mit 50 000 Fahrgästen täglich gilt sie mehr als achtzig Jahre nach ihrer Erfindung als das sicherste Massenverkehrsmittel der Welt.

Für den Wuppertaler, der mit dem „stahlharten Drachen" (so die Poetin Else Lasker-Schüler) zur Schule, zur Universität, ins Büro oder in die Fabrik fährt, ist sie ein zuverlässiges und pünktliches Fahrzeug, das niemals im Stau steckenbleibt.

Für den Touristen aber bedeutet die Reise von Oberbarmen nach Vohwinkel mehr: in einem Zustand zwischen Fliegen und Fahren gleitet er in Dachhöhe durch diese Stadt, fühlt das leichte Schwanken beim Halt in den luftigen Bahnhöfen und genießt die mäßige Geschwindigkeit in der Schwebe, um in Muße die Eigenart der Stadt zu entdecken, findet zwischen rußigen Schloten und bröckelnden Fabrikmauern Spuren frühen Industriefleißes, sieht ungeniert auf Schreibtische und Schülern über die Schulter, die nicht einmal mehr die Köpfe drehen, wenn sich die Bahn quietschend in die Wupperkurve legt, blickt in Hinterhöfe und herausgeputzte Gärten und geradewegs in Wuppertaler Wohnzimmer, sobald die Reise in Sonnborn über der Straße, dicht an den Häusern und Fenstern vorbei, der Endstation entgegengeht.

„Sehet an, ein Engel", schwärmte Jean Cocteau beim Anblick der an ihren Rädern hängenden Weltberühmtheit. Wer heute aus der Engelsperspektive hinunterschaut, sieht auf den ersten Blick das bunt bemalte Wupper-Ufer. Fische, Vögel und Elefanten hat die Wuppertaler Hobbymalerin Erika Nagel zusammen mit phantasiebegabten Kindern auf das Grau der Ufermauern gezaubert.

Wuppertal ist eine rauhe, aber herzliche Stadt, auch wenn ihr die vordergründige Schönheit vergleichbarer Gemeinden fehlt. Von lobenden und werbewirksamen Worten aus Prominentenmund selten verwöhnt, mit spöttischen Bemerkungen dagegen häufig bedacht, hat sie vielleicht gerade deshalb ein besonderes Selbstbewußtsein entwickelt.

Der Wuppertal genau kennenlernen will, sollte den Abstand suchen – etwa auf einer der steilen öffentlichen Treppen auf die Höhen steigen. Da rückt die Stadt noch enger zusammen, trotz ihrer Jugend schon leicht ergraut und kantig im Ausdruck, aber echt und offen.

URSULA BELDE

Brauereien für den großen Durst

Die „Bierlandschaft" im Tal der Wupper ist im Lauf der letzten Jahrzehnte an Namen ärmer geworden, an Bedeutung hat sie aber gewonnen. Mit der Wicküler-Küpper-Brauerei, deren Wurzeln bis ins Jahr 1823 zurückreichen und die sich seit 1981 ganz im Besitz der Neußer Industriellenfamilie Werhahn befindet, besitzt Wuppertal die fünftgrößte deutsche Brauerei-Gruppe.

Vom Gesamtausstoß der Gruppe (2,84 Millionen Hektoliter) mit ihren Braustätten in München, Köln und Göttingen stammen allein etwa 1,2 Millionen Hektoliter Pils und Export aus Wuppertal, dazu noch rund 180 000 Hektoliter aus der vor Zeiten übernommenen Waldschloß-Brauerei. Neben diesem Riesen hat sich die 1842 gegründete einzige noch selbständige Brauerei Carl Bremme (150 000 Hektoliter) behauptet.

(Py.)

Barmer Artikel in alle Welt

Handwirker schufen Basis für die Textilindustrie

Die gewinnbringenden Bleichplätze am kalkarmen Wasser der Wupper und ihrer Nebenflüßchen und der Gewerbefleiß des bergischen Menschenschlags machten es möglich: Nach Zahlung von 861 Gulden verbriefte Herzog Johann III. von Berg Barmern und Elberfeldern das Privileg der „Garnnahrung". Danach durfte nur hier gebleicht und gezwirnt werden. Es begann nicht nur die große Zeit der Band- und Flechtindustrie, sondern bald auch der Textilindustrie.

Die Wuppertaler Bandwirker vereinigen heute noch zwei Drittel der Branche und sind mit ihren nach Hunderten zählenden „Barmer Artikeln" (Litzen, Spitzen, Etiketten, Kordeln, Schnüren und Bändern aus Wolle, Baumwolle und Seide) unentbehrliche Zulieferer für die Bekleidungsindustrie des In- und Auslands.

Jeder Mensch trägt in Kleidern, Wäsche und Schuhen mehrere Meter Bänder, Kordeln und Besätze. Aber auch in Industrie und Medizintechnik werden Flechtprodukte benötigt. Filterschläuche in medizinischen Geräten, Sicherheitsgurte für Autos, Seidenschmuckbänder, Bergseile, Fallschirmgurte, Wickelbänder für Elektromotoren dokumentieren eine unglaubliche Vielfalt von Produkten.

Von den 116 kleinen bis mittleren Familien-Betrieben mit 8000 Menschen, die einen Umsatz von 650 Millionen Mark erwirtschaften, sind auch heute noch 88 mit rund 5000 Mitarbeitern und 520 Millionen Mark Umsatz an der Wupper konzentriert. Modernste Maschinen – ein Mitarbeiter für zehn und mehr hochtourige Automaten – lassen die Branche auch dem Importdruck aus dem Fernen Osten trotzen.

(H. P.)

Pfarrernachwuchs vom „Heiligen Berg“

Gesamthochschule mit Regionalauftrag / Bürgernahes Studium an junger Uni

In Wuppertal wird volksnah gelernt, gelehrt und geforscht. Nur einen Katzensprung von der City entfernt, liegt das noch junge Universitätsgelände. Sowohl die Bestände der Bibliothek als auch die der Unikneipe sind allen Bürgern zugänglich. Wuppertal bildet Ingenieure und Künstler aus, Naturwissenschaftler, Lehrer und evangelische Pfarrer.

Die Bergische Universität, 1972 gegründet, ist heute ein Großbetrieb mit 12 000 Angehörigen. (350 Hochschullehrer, 330 wissenschaftliche Mitarbeiter, 650 nicht wissenschaftliche Mitarbeiter und 11 000 Studenten.) Als Integrierte Gesamthochschule vereinigt sie alle regional vorhandenen Hochschulen und Fachhochschulen. Ihre 14 Fachbereiche umfassen Fächer der alten Philosophischen Fakultät, der Geistes- und Naturwissenschaften, des Rechts innerhalb der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Fächer der Technischen Hochschulen, der Fachhochschulen und der Kunsthochschulen. Abiturienten und Fachoberschüler sitzen in verschiedenen Fachbereichen nebeneinander.

So ergibt sich ein Spektrum sehr differenzierter Studienabschlüsse bis zum Magister- und Promotionsabschluß. Gründungsrektor ist seit 1972 der Literaturhistoriker Prof. Dr. phil. Dr. h. c. Rainer Gruenter. Mehr als zwei Drittel der Studenten wohnen im bergischen Raum. Die Oberbürgermeister der Schwesterstädte Remscheid, Solingen, Wuppertal führen wechselnd den Vorsitz im Kuratorium.

In der Kirchlichen Hochschule auf dem „Heiligen Berg“, der Hardt-Höhe Wuppertals, bildet die evangelische Kirche im Rheinland Nachwuchs-Pfarrer und Religionslehrer aus. Das Institut ist eine Gründung der Bekennenden Kirche, das, nachdem es bereits am Eröffnungstag 1935 verboten worden war, seine Tätigkeit in den ersten Jahren illegal in Wuppertaler Wohnungen und Pfarrhäusern ausübte. 450 junge Menschen studieren heute an dieser staatlich anerkannten Hochschule.

Ein Kooperationsvertrag verbindet sie mit der Universität, vor allem in bezug auf die Ausbildung von Religionslehrern. Die voll ausgebaute Fakultät ist mit mindestens zwei hauptamtlichen Professoren in jeder der fünf theologischen Disziplinen besetzt.

Eine der bedeutendsten Stätten der Weiterbildung in der Bundesrepublik ist die „Technische Akademie Bergisch Land“, ebenfalls kooperativ mit der Universität verbunden. 500 Kurse und Seminare umfaßt das Angebot beruflicher Fortbildung an alle Fachleute, die in Wirtschaft, Verwaltung, Industrie und Handwerk auf den verschiedenen „Etagen“ tätig sind. Über die Technik hinaus widmet sie sich vor allem der Führungslehre und dem Management. (ups)

AUF EINEN BLICK

Stadtgebiet	16 836 ha
Städt. Grundbesitz	4 048 ha
Einwohner	400 000
davon Ausländer	37 000
Kommunalwahl 1979 (in Prozent)	
SPD	48,1 – 34 Sitze
CDU	42,5 – 28 Sitze
F.D.P.	8,1 – 5 Sitze

Oberbürgermeister: Gottfried Gurland (SPD), Bürgermeister: Kurt Drees (CDU) und Karl-Otto Dehnert (F.D.P.)
Oberstadtdirektor: Friedrich Platte, Stadtdirektor: Elmar Schulze

Verwaltungshaushalt 1983:	
Einnahmen:	931,5 Mill. DM
Ausgaben:	980,9 Mill. DM
Vermögenshaushalt: 1983:	
Einnahmen	163,9 Mill. DM
Ausgaben	163,9 Mill. DM

Gewerbesteuer: 410 Prozent
Grundsteuer A 160 / B 345 Prozent
Partnerstädte:
St. Etienne (Frankreich)
South Tyneside (England)
Beer Sheva (Israel)



Vor dem Engels-Haus soll die Plastik Alfred Hrdlickas an den großen Sohn erinnern.
FOTO: WALTRAUD JAKOB

Deutliche Belege für die Lebendigkeit

Der „Wuppertaler Stil“ prägte das deutsche Nachkriegstheater / Kunststadt von Format

Mit dem Gelsenkirchener Barock hat der „Wuppertaler Stil“ ganz und gar nichts zu tun. Er zeichnet sich durch Feinheit und hohe Ästhetik aus. Er gehört zu den prägenden Epochen des deutschen Nachkriegstheaters. Seit er in den fünfziger Jahren geschaffen wurde, zählt das Opernhaus in Wuppertal-Barmen fraglos zu den wichtigen Musiktheatern in Deutschland.

Die ihn schufen, waren der Intendant Grischa Barfuß, sein Choreograph Erich Walter, der Bühnenbildner Walter Wendel, der Opernregisseur Georg Reinhardt, der Dramaturg Rolf Trouwborst. Vor knapp zwanzig Jahren siedelten sie über an die Deutsche Oper am Rhein in Düsseldorf. Dort gibt es den „Wuppertaler Stil“ noch immer, und nicht nur dort. Vor allem der Choreograph Erich Walter trug ihn mit seinen Balletten bis München und Wien. Die Herkunftsbezeichnung Wuppertal aber blieb.

Projektionen, Schleiervorhänge und reflektierende Materialien auf ziemlich dunkler Bühne bestimmten die Szenerie, ein fast femininer, ausdrucksstarker Neoklassizismus herrschte im Ballett, die Oper fand lange vor Karajan die eindrucksvollen Lichtinseln. Hinzu kam ein damals ganz unüblicher Einsatz für die Wiederbelebung der Opern Monteverdis und des Barock, ein großes Engagement für die klassische Moderne. Während man andernorts schon wieder auf die unterhaltsame Festlichkeit setzte oder nach einer kritischen Erneuerung des Musiktheaters suchte, begriffen die Wuppertaler ihr Theater als Bildungsauftrag im höchsten Sinne: ein kulturelles Erbe aus neuem Geist zu pflegen.

Das, wie gesagt, ist lange her, doch es wirkte fort. Mit den Nachfolgern der Barfuß-Crew, Arno Wüstenhöfer als Intendant und vor allem Kurt Horres als Operndirektor, konnte die Stadt ihre führende Rolle im deutschen Musiktheater weiterspielen. Kurt Horres, der Felsenstein-Schüler, der inzwischen über eine Intendanz in Darmstadt zum designierten Hamburgischen Staatsoperndirektor aufgestiegen ist, prägte in Wuppertal seinen „magischen Realismus“ aus. Seine Inszenierungen von „Wozzeck“ oder „Lulu“, Verdis „Don Carlos“ oder Wagners „Meistersingern“ bestachen durch einen Realismus, der aber in einigen Aspekten auf geradezu magische Art stimmungsmäßig intensiviert war. Die Friedhofsatmosphäre im „Carlos“ das spukhafte Ambiente in „Hoffmanns Erzählungen“: Das waren abermals Aufführungen, wie man sie in solcher Dichte nur in Wuppertal erleben konnte.

Noch in die letzten Jahre der Wüstenhöfer-Ära fiel der Beginn der Arbeit von Pina Bausch und ihrem Wuppertaler Tanztheater. Sie ist es heute, die den Namen Wuppertals als Kunststadt durch die Welt trägt: Mit Tourneen, die bis in beide Amerika und gar nach Australien reichen. Vom deutschen Ausdruckstanz herkommend, wie er an der Essener Folkwang-Schule noch gepflegt wurde, schuf die Bausch in Wuppertal eine ganz neue Form des modernen Tanztheaters.

Pina Bausch artikuliert in ihren Stücken die Vereinsamung des Menschen in der oberflächlichen Zivilisation, beschreibt seelische Verhärtungen und psychische Wunden. „Die Innenwelt der Außenwelt der Innenwelt“ – dieser Handke-Titel trifft das heutige Wuppertaler Tanztheater der Pina Bausch ziemlich genau.

Sie hat es nicht ganz leicht gehabt, sich damit durchzusetzen beim Publikum, bei den Kulturpolitikern. Eine ganze Zeitlang lebten ihre Aufführungen mehr vom Zustrom auswärtiger Besucher als von der Unterstützung durch die Wuppertaler selbst. Aber in den letzten Jahren, unter der Intendanz von Hellmuth Matiasek, der diesen Sommer nach München wechselt, öffnete sich das Haus in Barmen verstärkt den neuen Tendenzen des Theaters. Ein intaktes Ensemble erarbeitete oft kontroverse Produktionen: Belege für die Lebendigkeit der Wuppertaler Musiktheaterszene nach wie vor.

EUGEN BICHTERER

Viele Glocken läuten im frommen Tal

In der Enge des Tals mit seiner frühen Industrialisierung entwickelten die hart arbeitenden Menschen eine stark ausgeprägte Frömmigkeit. Viele suchten Trost und Kraft in der Religion. Beiderseits der Wupper entstanden in beachtlicher Zahl Kirchen, Kapellen und Gemeindesäle, in denen nicht nur die traditionellen Religionen, sondern eine ganze Reihe von religiösen Sondergemeinschaften beheimatet sind.

53,9 Prozent der Bevölkerung sind heute evangelisch, 24,4 Prozent katholisch, 21,7 Prozent gehören sonstigen Glaubensgemeinschaften an. Wuppertal hat heute noch Reformierte und Niederländisch-Reformierte, Alt-Lutheraner, Neu-Apostolische und Methodistische. Anhänger fanden die Freikirchen und sogenannte Sekten, die Adamiten und Adventisten, die Mormonen und die Quäker, die Gralsbrüder und die Theosophen.

Während des Naziregimes wurde Wuppertal zum Hort des Widerstandes. Im Mai 1934 trafen sich in der Gemarker Kirche Delegierte aus 19 Landeskirchen als Bekenntnis-Synode gegen den totalen Machtanspruch des NS-Regimes. Zu den Teilnehmern gehörten auch Gustav Heinemann und Karl Barth. Das „Barmer Bekenntnis“ wandte sich gegen den Arierparagraphen, gegen die Abschaffung des alten Testaments und verwarf die falschen Lehren der deutschen Christen. (ups)

Missionsgebiet für Kulturmissionare

Kunst fällt in Wuppertal auf aufnahmebereiten und fruchtbaren Boden

Tradition ist nicht alles. Es gibt nicht wenige sogenannte alte Kulturstädte, die nur noch von der Erinnerung leben. Tradition, die eigentlich verpflichten sollte, kann auch bequem und träge machen. Bei Gemeinwesen ohne kulturelle Tradition und Verwöhnung läßt dies der lebenswichtige Nachholbedarf, verbunden mit gesundem Ehrgeiz und echter Neugier, gar nicht zu. Die jungen Städte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet waren in dieser Hinsicht nicht verwöhnt. Sie waren allesamt Nachzügler in Sachen Kunst und dergleichen. Das Revier war Missionsgebiet für Kulturmissionare vom Schlage eines Karl Ernst Osthaus, aber auch ein dankbarer, aufnahmebereiter und fruchtbarer Boden für ihre Botschaft.

Immerhin gab es in Barmen bereits einen Kunstverein (seit 1866), als Osthaus noch nicht geboren war; und sechsundzwanzig Jahre nach seiner Gründung rief auch im benachbarten Elberfeld eine Bürgerinitiative den Museumsverein ins Leben, der zielstrebig den Aufbau einer Kunstsammlung – mit dem Ziel eines städtischen Kunstmuseums – betrieb. In beiden Städten war dies Ziel alsbald erreicht. Der Barmer Kunstverein bezog im Jahre 1900 die sogenannte Ruhmeshalle; das Elberfelder Museum fand zwei Jahre später im ehemaligen Rathaus eine würdige Unterkunft; denn das Gebäude zählt zu den Hauptwerken des Klassizismus im Rheinland.

Die Sammlungen wuchsen da wie dort dank eines engagierten und spendenfreudigen Mäzenatentums. Dabei kümmerte sich das frische, bürgerliche Kunstinteresse so gut wie gar nicht um Vergangenes; es richtete sich vielmehr auf das zeitgenössische Schaffen deutscher und französischer Künstler, die anderwärts noch lange Zeit um Anerkennung ringen mußten; man gab der „Avantgarde“ und der „Moderne“ den Vorzug, lange bevor diese Schlagwörter in Mode kamen. Realismus, Idealismus und Impressionismus waren damals zeitgenössisch und „modern“ wie zu Beginn unseres Jahrhunderts der Expressionismus, die „Fauves“ in Frankreich und der Kubismus.

Die Wuppertaler Sammlungen (die 1946 vereinigt wurden) zählten von Anbeginn zu ihren wichtigsten Wegbereitern hierzulande. Von Courbot und Delacroix bis Monet, Cézanno, Marées, Corinth und Liebermann finden wir die Kunst des späten 19. Jahrhunderts in hervorragenden Zeugnissen vertreten. Schon vor dem Ersten Weltkrieg wurden Werke von Kandinsky, Vlaminck, Jawlensky und Paula Modersohn-Becker erworben. Bereits 1911 war hier ein früher Picasso zu sehen; es war der erste Ankauf eines Picasso-Gemäldes für ein Museum überhaupt. Dabei ist eigentlich nicht so sehr der Mut, sondern vielmehr noch der untrügliche künstlerische Instinkt der Mäzene – und unter ihnen vor allem des Freiherrn August von der Heydt – zu bewundern, dem auch heute noch das Wuppertaler Museum seinen hohen Rang verdankt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wuchsen die beiden Museen wieder aus den Trümmern, und ihre arg dezimierten Sammlungen regenerierten sich durch die bedeutenden Stiftungen der Familie von der Heydt, der zum Dank das Elberfelder Haus seit 1961 den Namen „Von der Heydt-Museum“ trägt. Im Geiste seine Gründer und Stifter sieht es nach wie vor seine vordringliche Aufgabe in der Förderung und Darstellung zeitgenössischer Kunst, und es erfüllt diese Aufgabe durch laufende Neuerwerbungen (soweit die Mittel reichen).

Aus dem breiten, qualitätsvollen Niveau seiner Bestände, die ziemlich lückenlos ein Jahrhundert europäischer Kunstgeschichte widerspiegeln, ragt eine stolze Reihe von Spitzenwerken heraus: Bilder von Richter und Blechen, von Leibl und Marées, Courbet, Signac, Toulouse-Lautrec, Léger, Munch, Beckmann, Kirchner, de Chirico oder Moholy-Nagy zum Beispiel, Skulpturen von Rodin, Maillol, Lehmbruck, Archipenko, Giacometti, Arp oder Segal (um nur ein paar Stich- und Reizwörter zu nennen).

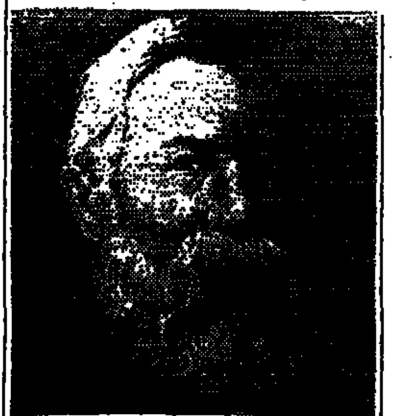
EO PLUNIEN




Wuppertaler Profile

Von URSULA BELDE

Seine größten Söhne und Töchter hat Wuppertal in der industriellen Blütezeit des 19. Jahrhunderts hervorgebracht – und sie wurden keineswegs immer geliebt. Welten trennten Friedrich Bayer (1825–1880), der in Barmen den Grundstein für ein Weltunternehmen legte und Friedrich Engels, der in Elberfeld erstmals öffentlich kommunistische Ideen propagierte. Der Elberfelder Gymnasiallehrer Johann Carl Fuhlrott (1803–1877) stellte gar das Weltbild von der Entstehung des Menschen auf den Kopf, als er die Knochenfunde aus dem nahen Neantertal als Überreste eines eiszeitlichen Menschen identifizierte. Eine der schon damals prominentesten Familien trug den Namen von der Heydt: Daniel (1767–1832) war einer der erfolgreichsten Bankiers (von der Heydt – Kersten & Söhne) seiner Zeit. Sein Sohn August war preußischer Staatsminister. Aus den verschiedenen Bankiersgenerationen ragen vor allem Augusts gleichnamiger Enkel (1851–1929) und dessen Sohn Eduard auch als Kunstmäzene heraus. Eduard vermachte seiner Vaterstadt eine wertvolle Gemäldesammlung für das nach ihm benannte Museum.



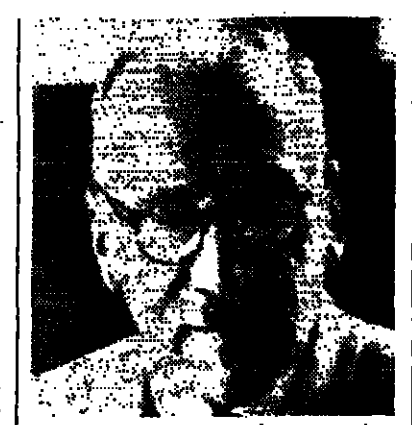
Friedrich Engels

Der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus und Freund von Karl Marx wurde 1820 als Sohn einer streng christlichen, für die damalige Zeit sozial fortschrittlichen Textilfabrikanten-Familie in Barmen geboren. Schon früh beeindruckte den jungen Engels die Not der unteren Schichten. Das Ausmaß am Elend der Fabrikarbeiter lernte er in England kennen, als er für die väterliche Firma in Manchester arbeitete. Sein Jugendwerk über „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" erregte erstes Aufsehen. 1848 erschien, von Marx und Engels gemeinsam verfaßt, das „Kommunistische Manifest" („Proletarier aller Länder, vereinigt euch"). Wuppertal ehrt Engels heute als einen seiner großen Söhne mit einem Museum, das im Geburtshaus des Vaters in Barmen eingerichtet wurde und viele Besucher anzieht.



Else Lasker-Schüler

Ruhelos und unstet war das Leben der Dichterin Else Lasker-Schüler, von Gottfried Benn die „größte Lyrikerin, die Deutschland je hatte" genannt. Sie lebte ausschließlich ihrer dichterischen Sendung und wurde durch ihr Schicksal zur Symbolgestalt des heimatlos umhergetriebenen Judentums. Als „frivole, morbide Kaffeehausliteratin" abgestempelt, mußte sie 1933 Deutschland verlassen. Sie starb 1945 in Jerusalem. Ihr Geburtsort Elberfeld, wo sie 1869 als Tochter eines jüdischen Bankiers zur Welt gekommen war, blieb für sie immer wichtiger Orientierungspunkt. Ein naturalistisches Drama widmete sie der Wupper, „dem lieben Fluß, der immer wie sauer gewordene schwarze Milch schimmert". Lyrische Hauptwerke der Dichterin sind vor allem die „Hebräischen Balladen" und „Mein blaues Klavier".



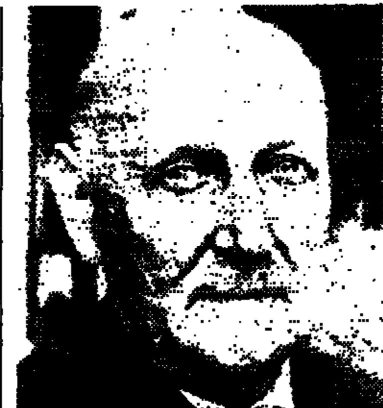
Ferdinand Sauerbruch

Bahnbrechend waren zwei Verfahren, die den Wuppertaler Ferdinand Sauerbruch in der Fachwelt berühmt machten: er erfand das sogenannte Unterdruckverfahren bei Operationen, durch das Eindringen von Luft in den Brustfellraum und damit ein Stillstand der Atmung verhindert wird. Das zweite war eine Methode, durch die Arm- und Beinprothesen unter Benutzung der Muskeln des Amputationsstumpfes beweglich werden. 1875 in Barmen geboren, lebte und wirkte Sauerbruch, der heute zu den größten Chirurgen der Welt zählt, vorwiegend in Berlin, wo er als ordentlicher Professor lehrte und gleichzeitig Direktor der chirurgischen Klinik an der Charité war. Sein Erinnerungswerk „Das war mein Leben" erschien nach seinem Tode im Jahr 1951 und erreichte rasch eine Auflage von über 100 000 Exemplaren.



Hans von Marées

Auch seine Wiege stand in Wuppertal: 1837 wurde in Elberfeld Hans von Marées als Sproß einer angesehenen Offiziersfamilie geboren, ein spät erkannter Klassiker der deutschen Malerei. Sein Studium führte ihn zu dem brühmten Historienmaler Piloty nach München, bevor er mit Lenbach nach Italien ging, um zunächst Gemälde in Florenz zu kopieren. In Italien erhielt er den Auftrag seines Lebens: die Fresken der Zoologischen Station in Neapel. Dieser malerische, monumentale Zyklus stellt Fischer, Ruderer, Menschen im Orangenhain und seine Freunde beim Wein dar – ein lange fehlgedeutetes, unterschätztes Werk, das er in einem wahren Arbeitsrausch während eines Sommers bewältigte. Zukunftsweisend waren die Bemühungen Hans von Marées um einen neuen Raumstil: Figuren verschmelzen mit dem Raum.



Gerhard Domagk

In dem Chemiker, Arzt und Wuppertal-Ehrenbürger hatte die Stadt einen ihrer größten Wissenschaftler. 1927 holten die Bayer-Werke den 32jährigen Domagk als Leiter der experimentellen Pathologie und Bakteriologie nach Elberfeld, nachdem er in seiner Habilitationsarbeit mit der Behauptung Aufsehen erregt hatte, es müsse möglich sein, den Körper in seinen natürlichen Abwehrbestrebungen zu unterstützen. Zusammen mit zwei Chemikern fand Domagk die ersten wirksamen Sulfonamidverbindungen, eine Waffe gegen bakterielle Infektions-Krankheiten. Lungenentzündungen, Kindbettfieber und Bazillenruhr verloren ihre Schrecken. 1939 wurde Domagk mit dem Nobelpreis für Medizin ausgezeichnet. Er fand Tuberkulosemittel und widmete sich intensiv der Chemotherapie der Krebskrankheiten.



Johannes Rau

Er liebt Wuppertal, weil es anders ist: „Die schnell gefallenen Stichworte Schwebebahn, Zoo, Sekten und andere Einbahnstraßen machen diese Stadt nicht aus. Sie ist facettenreicher, hat Runzeln und Profil". Johannes Rau, 1931 in Wuppertal geboren, gelernter Buchhändler und Leiter eines Verlages der Evangelischen Jugend, seit 1978 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, schätzt das heimische Bier mit Wuppertalern in seiner Stammkneipe mehr als den Champagner beim Staatsbankett. Seit 1964 für die SPD in der Kommunalpolitik aktiv, blieb ihm nur ein Jahr als Oberbürgermeister seiner Heimatstadt, dann ging er als Wissenschaftsminister nach Düsseldorf. „Der Christ aus dem Rheinland", wie er sich selbst gern tituliert (sein Vater war calvinistischer Prediger), wohnt mit seiner jungen Ehefrau in Elberfeld.

Das Werk hat immer Vorrang

100 Jahre Vorwerk – Fabrikanten mit Prinzipien

Einhundert Jahre Vorwerk & Co., das ist nicht nur eine Unternehmensgruppe mit knapp 16 000 Mitarbeitern im In- und Ausland, das ist auch nicht nur ein Umsatz von über einer Milliarde Mark aus dem Geschäft mit Teppichen, Bodenpflege- und Haushaltsgeräten und Einbauküchen. Vorwerk steht für eine Unternehmensphilosophie, für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln gegenüber den eigenen Mitarbeitern und der Gesellschaft.

Da ist es auch kein Widerspruch, daß die Ur-Ur-Großmutter des heutigen Unternehmenssprechers Jörg Mittelsten Scheid eine Schwester des Sozialrevolutionärs und Fabrikantensohns Friedrich Engels war. In sozialpolitischem Engagement waren bergische Unternehmer denen anderer Regionen schon ein ganzes Stück voraus.

Die Soziologin Helga Pross schrieb jüngst anläßlich des 100jährigen Gründungsjubiläums: „Damals wie heute gaben die Eigentümer der Firma den Vorrang, durch den Verzicht auf freie Verfügung über Gewinne und Kapital, durch das Beharren auf einer Auswahl der Unternehmensleiter, die sich vor allem an sachlicher und menschlicher Eignung orientiert."

Schon 1883 gab es bei Vorwerk eine Altersversorgung für die Angestellten, 1908 folgte ein Pensions- und Invaliditätsfonds, seit 1979 schließlich ist eine von der Belegschaft miterarbeitete Unternehmens-Charta mit weit über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehenden Mitwirkungsrechten in Kraft.

Das einst als Teppichweberei gestartete Unternehmen stützt sich heute auf 34 Unternehmen im In- und Ausland, unter anderem auch auf den Bankbereich. (Py.)

Unternehmensberater in Sachen Lack

Herberts: Umweltschonende Produkte – Vorbildliche Nachwuchsschulung

Die Herberts GmbH, seit 1977 eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Hoechst AG, ist in Wuppertal ein in mancher Hinsicht bemerkenswertes Unternehmen: sie ist mit einem Bruttoumsatz von 807 Millionen Mark, zu dem noch rund 203 Millionen Mark von den neun europäischen Beteiligungsgesellschaften kommen, einer der größten Farben- und Lackhersteller des Kontinents; sie hat mit einem Exportanteil von 30 Prozent mit dazu beigetragen, daß die Stadt weltweit einen guten Namen als Standort innovativer und leistungsfähiger Unternehmen besitzt.

Herberts-Vorstandsvorsitzender Franz-Josef Rankl nennt das Unternehmen „eine europaweit arbeitende Denkfabrik, deren Knowhow überall im Ausland für wirtschaftliche und umweltfreundliche Lackverwendung genutzt wird. Wir fühlen uns als Unternehmensberater in Sachen Lack."

Das 1866 aus einer Lack- und Firnis-Siederei hervorgegangene Unternehmen mit weltweit 5200 Mitarbeitern gibt für Forschung und Entwicklung umweltfreundlicher wie wirtschaftlicher Lacksysteme durchschnittlich 6 Prozent des Umsatzes im Jahr aus.

Für diese erfolgreiche Forschungsarbeit stehen unter anderem die lösemittelarmen umweltfreundlichen Wasserlacke und das ausgereifte Programm von anodisch und kathodisch abscheidbaren Grundierungen. Herberts-Pulverlacke gehören zu den umweltfreundlichsten und durch optimalen Einsatz in Wiedergewinnungsanlagen wirtschaftlichsten Lacksystemen. Ein weiterer Schwerpunkt der Forschung ist die Entwicklung ungiftiger zinkchromatfreier Grundierungen. Das Herberts-Anwendungstechnikum gibt die Möglichkeit, umweltschonende und wirtschaftliche Wege zur Beschichtung zu erarbeiten.

Von der Produktion von 120 000 Jahrestonnen an Automobilserien- und Reparaturlacken, Industrielacken, Baufarben, Kunststoffoberflächen und 60 000 Quadratmeter Folien stammt mehr als die Hälfte aus Wuppertal (2200 Beschäftigte), vor allem Autolacke, Lacke für Blechverpackungen und Elektroisoliermaterial. In den letzten fünf Jahren wurden insgesamt 213 Millionen Mark in neue Produktions- und Funktionsanlagen investiert.

Bei Herberts hat betriebliches Bildungswesen Tradition: dabei will man den Nachwuchs (jährlich 150 Lehrlinge) selbst ausbilden und die mittleren Führungskräfte aus der eigenen Stamm-Mannschaft gewinnen. (H. P.)

Versicherungen aus Barmen

Klangvolle Namen in der Branche: Barmer und Barmenia

Sie tragen fast den gleichen Vornamen, der auf ihren Gründungsort hindeutet. Sie versichern beide gegen Krankheit, wenn auch auf unterschiedliche Weise, und dabei ist der eine Versicherer aus dem anderen hervorgegangen: die Barmer Ersatzkasse, die im nächsten Jahr 100 Jahre alt wird, ist heute mit mehr als 6,4 Millionen Versicherten größter Träger der gesetzlichen Krankenversicherung.

Die aus ihr 1922 entstandene Barmenia Krankenversicherung Versicherungsverein aG liegt nach Prämieneinnahmen von 492 Millionen Mark im Spitzenfeld der privaten Krankenversicherer in der Bundesrepublik. Sie ist die Obergesellschaft einer Gruppe mit einem Beitragsvolumen von 715 Millionen Mark, 4,2 Milliarden Mark Lebensversicherungssumme und 4,2 Milliarden Mark an Kapitalanlagen.

Die Gruppe freilich führt ihre Gründung bereits auf das Jahr 1904 zurück. Damals waren die Vorgänger, auf die sich die Barmenia beruft, Pioniere der jungen „privaten Krankenversicherung". Es begann mit der Gewerbekrankenkasse zu Leipzig „mit allergnädigster Genehmigung S. M. des Königs von Sachsen, Friedrich August", der ihr später sogar seinen Namen verlieh.

Keine Versicherungsgesellschaft hat wohl im Lauf der Jahrzehnte, zuletzt 1969, sooft Namen und Verwaltungssitze gewechselt. Das eine war eine Folge von Fusionen, das andere durch Kriegs- und Nachkriegszeit bedingt.

Anfang der 30er Jahre war die Barmenia größter deutscher privater Krankenversicherer. Mit der Lebensversicherung (1928) und der Sachversicherung (1958) wurde sie Allspartenversicherer. (Py.)

Bayer: Technikum im Tal, Forschung auf dem Berg

Der Weltkonzern hat seine Wiege nicht vergessen

Von der Küche in die Waschküche und von da in den Garten. Mit solcher „expansiver Standortpolitik" begannen anno 1863 im heutigen Wuppertal-Barmen die beiden Freunde Friedrich Bayer und Friedrich Weskott mit einem einzigen Arbeiter die Farbstoffproduktion für die überall im alten Europa wie in der Neuen Welt aufblühende Textilindustrie.

Das war die Geburtsstunde des Weltkonzerns Bayer AG, Leverkusen. Heute ein Gigant mit rund 35 Milliarden Mark Weltumsatz, 180 000 Beschäftigten und 350 000 Eigentümern an dem mit 2,55 Milliarden Mark größten Aktienkapital aller deutschen Publikumsgesellschaften.

Schon in den frühen Gründerjahren ließ die expansive Standortpolitik den Stil der „Gartenlaube" (diese für eine ganze Bürgertum-Epoche charakteristische Zeitschrift – übrigens war anno 1863 auch erst zehn Jahre alt) dank rasch wachsender Farbstoffnachfrage schnell hinter sich. Man produzierte schon längst in Wuppertal-Elberfeld, als 1881 die nun schon 100 Mitarbeiter zählende Firma zur Aktiengesellschaft mit Kleinaktionären wurde – die notabene ihre erste Dividende mit dem Satz von 20 Prozent kassierten.

Schon vor der Jahrhundertwende wurde es im engen Tal der Wupper erneut zu eng. Es folgte der große Sprung auf die „grüne Wiese am Rhein", ins noch gar nicht existente Leverkusen.

Und reizvoll ist noch heute nachzulesen, wie damals der junge angestellte Chemiker Carl Duisberg, später das Haupt des legendären I.G. Farbenkonzerns, seinem Vorstand anno 1894 in einer berühmt gewordenen „Denkschrift" die Konzeption des neuen, schon weit über die Farbstoffproduktion hinausgediehenen Werkes ans Herz legte: „Für jeden Betrieb ist ein solch großes Terrain zu reservieren, daß es voraussichtlich in den nächsten 50 Jahren nicht notwendig wird, an eine Verlegung des Betriebes oder Errichtung eines zweiten, davon entfernt liegenden analogen Betriebes zu denken."

So geschah es. Und es reichte, die stürmische Bayer-Expansion zum heutigen Weltkonzern mit fünf großen Inlandswerken und Hunderten von Fabriken in aller Welt belegt es, immer noch nicht. Doch seine Wuppertaler Wiege hat Bayer dabei nicht vergessen, sie sogar auf besonders sinnfällige Weise ins Konzerngeflecht eingebunden.

Denn im alten, schon um die Jahrhundertwende von Leverkusen abgelösten „Stammwerk" Elberfeld werden schon lange keine Farben mehr produziert. Statt dessen für Pharmazeutika und Pflanzenschutzmittel konzentrierte Wirkstoffe in kleinen Mengen, umrankt von hoher Forschungsintensität, die dem Werk immer mehr den Charakter eines Technikums verleiht.

Und auf einem der Wuppertaler Berge oberhalb des einstigen Stammwerkes baute der Konzern ein Gebilde, das er heute stolz eines der größten und modernsten Pharma-Forschungszentren in aller Welt nennt. Rund 1200 Menschen, von Chemikern und Pharmakologen bis zu Ärzten und Veterinärmedizinern, von Toxikologen und Biochemikern bis zu Laboranten und Tierpflegern, untersuchen hier alljährlich etwa 10 000 Substanzen – von denen sich normalerweise pro Jahr nur eine als so wirksam erweist, daß daraus in zehnjähriger Entwicklung ein erfolgreiches Präparat wird.

Das Sinnfällige an diesen Wuppertaler Bayer-Standorten? In Elberfeld wurde, und wiederum auf Betreiben Duisbergs, schon im letzten Jahrhundert das für seine Zeit außergewöhnlich große und moderne erste Forschungslaboratorium der Firma gebaut. Das bis auf den heutigen Tag erfolgreichste aller Medikamente, das Aspirin, erblickte dort 1899 das Licht der Welt.

Unter allen Produktsparten des Weltkonzerns haben Pharma und Pflanzenschutz, beide besonders forschungsintenisv und ertragskräftig, das stärkste Wachstum. Seit 1971 hat sich ihr Anteil an dem verdreifachten Weltumsatz von 19 auf 30 Prozent erhöht. Auf eben diesen Feldern liegen mit „Technikum im Tal und Forschung auf dem Berg" heute die Wuppertaler Bayer-Aktivitäten. Ein nicht alltägliches Lokalbeispiel dafür, wie Tradition und Fortschritt an der Wiege eines Großunternehmens fruchtbar zusammenwirken.

JOACHIM GEHLHOFF



Hämmer, Kotten und Fachwerkhäuser gehören zum Wuppertal-Bild wie hier im Gelpetal. FOTO: WALTRAUD JAKOB

Treppen, Fachwerk, Kaffeetafeln

In dieser Stadt sollte man gut zu Fuß sein. Tausende von Stufen auf 128 öffentlichen Treppen führen in die Höhe – dorthin, wo Wuppertal selbst zur Treppe ins Bergische Land wird, ein großer Naturpark mit einer Fülle von Ausflugszielen, mit Talsperren, Wäldern und einem Wanderwegenetz von 240 Kilometer.

Im Norden führt das Deilbachtal zu einem der historischen Hämmer, in denen in vorindustrieller Zeit geschmiedet wurde. Im Süden weisen Schilder das historische Gelpetal aus mit Resten typischer Wassertriebanlagen und einer Reihe gemütlicher Einkehrstationen.

Überall anzutreffen sind die schiefergedeckten Fachwerkhäuser, deren Farben von ihrer Herkunft zeugen: weiße Fensterrahmen mit grünen Läden und schwarzes Fachwerk. Schwarz wie die Pfähle, auf denen die Bleicher das Leinen trockneten, weiß wie das Leinen selbst und grün wie die Bleicherwiesen.

Aus dem Spätbarock stammt das Schieferhaus der Familie Engels in Barmen, in dem in einer ständigen Ausstellung an Friedrich Engels und andere Größen der Stadt erinnert wird.

Wer großen Tieren begegnen will, findet sie im Wuppertaler Zoo, einem der landschaftlich reizvollsten Tiergärten der Welt, vor 103 Jahren angelegt und Wahlheimat für 3400 Tiere aus allen Erdteilen.

Ein technisches Denkmal – ebenso wie die Schwebebahn – ist die Müngstener Brücke, die sich bei Schloß Burg 107 Meter hoch in weitem Bogen über den Fluß schwingt.

Besonders beliebtes Ausflugsziel ist der romantische Ortsteil Beyenburg mit Stausee, bergischem Fachwerk, mit winkligen Gassen und spätgotischer Klosterkirche mit einem Altarbild aus der Schule von Rubens.

Kunst und Eßkultur verbinden sich in der Privatgalerie Palette Röderhaus. Dort wird zwischen Kunst und Künstlern gespeist, die Besitzer malen selbst.

Kulinarische Spezialitäten des Bergischen Landes sind deftig und gehaltvoll, zum Beispiel die Bergische Kaffeetafel mit Waffeln und süßem Reis, Schwarzbrot, Stuten, Honig, Quark, Zimt, Zucker und Kaffee aus der Dröppelmina, der Ur-Mutter der Kaffeekannen.

Das einzige Schloß, mit dem Wuppertal aufwarten kann, ist heute lebendiger Mittelpunkt fröhlicher Sommerfeste, Ausstellungen und Konzerte. Schloß Lüntenbeck mit Herrenhaus, Türmen und Park stammt aus dem 17. Jahrhundert und wird u. a. als Restaurant genutzt. (ups)

Enka-Haus in Elberfeld

Kommandozentrale für Europas größten Chemiefaserkonzern

Ein Arbeiter, der 20 Prozent Ausschuß produziert, ist ein Trottel oder ein Saboteur. Ein Vorstandsmitglied aber, dessen Investitionsentschlüsse sich nur zu 20 Prozent als falsch erweisen, ist fast schon ein Genie.

Es war der unvergessene Ernst Hellmut Vits, langjähriger Glanzstoff-Vorstandsvorsitzender und eine der herausragenden Unternehmerfiguren der ersten Nachkriegsjahrzehnte, der solches vor 20 Jahren ahnungsvoll formulierte. Im Zenit seiner Karriere blickte er aus dem Elberfelder Enka-Hochhaus, für traditionsbewußte Wuppertaler auch heute noch das „Glanzstoff-Haus", auf die im Boom stehende Chemiefaserbranche und war der bösen Ahnungen voll: Zuviel Ausländer daheim, zuviel Newcomer in Europa überhaupt, und alle mit neuen, sehr oft staatlich geförderten Kapazitäten. Das könne doch niemals gutgehen.

Es ging auch nicht gut. Seit einem Jahrzehnt und im Gegensatz zum weltweit noch anhaltenden Wachstumstrend ihrer Branche befindet sich die europäische Chemiefaserindustrie auf dem Rückzug von zu groß aufgebauten Kapazitäten. Und notgedrungen mit gutem Beispiel voran geht dabei vielen Zögernden die Wuppertaler Enka AG auch nach dem Motto „Größe verpflichtet".

Denn seit 1969 ist „Enka" Synonym für die in Europa größte Chemiefaserproduktion. Damals wurde die 70 Jahre alte Glanzstoff AG mit den Chemiefaseraktivitäten ihres holländischen Großaktionärs AKU N. V. zusammengeschlossen, der seinerseits 1969 durch Zusammenschluß mit der holländischen Koninklijke Zout Organon zum Chemiemulti Akzo N. V. wurde.

So fiel der Wuppertaler Akzo-Tochter die Kommandorolle bei einem radikalen Kapazitätsabbau im Enkabereich zu: Seit 1973 Reduzierung der europäischen Enka-Kapazitäten um gut ein Drittel auf noch 400 000 Jahrestonnen Chemiefasern mit noch drastischerem Personalabbau um 24 000 Köpfe.

Auch in Wuppertal, wo die Hauptverwaltung kräftig ausgekämmt wurde, eine alles andere als populäre Aktion. Den Lohn der Roßkur aber kann die Enka-Zentrale nach jahrelang haushohen Verlusten für 1982 erstmals wieder mit einem Gewinnabschluß und obendrein mit größerer Bestandssicherheit für den verbliebenen großen Rest der Chemiefaser-Arbeitsplätze präsentieren. (J. G.)

Ein Finanzplatz mit Tradition

Früher gaben Privatbankiers den Ton an – heute ist die Sparkasse Marktführer

Die Konzentration im Finanzwesen, in Wuppertal hat sie schon lange ihr Ende gefunden. Namen, die früher über den bergischen Raum hinaus auch international einen guten Klang hatten, sind verschwunden oder er ziert wie im Fall des 1754 gegründeten Privatbankhauses von der Heydt-Kersten & Söhne nur noch als Untertitel die Außenfassaden der Filialen der Commerzbank AG. Immerhin: mit einer Wuppertaler Hauptstelle der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen weht noch der Hauch eines Finanzplatzes durchs enge Tal.

Schon 1932 fusionierte der lange Zeit expansive Barmer Bankverein mit der Commerzbank. Von der Heydt-Kersten & Söhne ist heute eine hundertprozentige Kommanditbeteiligung mit einer Bilanzsumme von 154 Millionen Mark. Bei Wahrung der Entscheidungsbefugnis der beiden persönlich haftenden Gesellschafter betreibt das Institut Spezialbankgeschäfte, nicht aber das Mengengeschäft der Commerzbank.

Eine schon architektonisch „überragende" Stellung besitzt die Stadtsparkasse Wuppertal: mit einer Bilanzsumme von 3,7 Milliarden Mark und einem Kreditvolumen von 2,5 Milliarden Mark als Nr. 20 in der Bundesrepublik eine führende Großsparkasse. Schon mit ihren 34 Zweigstellen können es die Wettbewerber, seien es Großbanken, sei es die an 15 Stellen auch in Niederberg und Schwelm vertretene Credit- und Volksbank eG, die über eine Bilanzsumme von rund einer halben Milliarde Mark verfügt, nicht aufnehmen.

Das Leistungsangebot der größten deutschen Geschäftsbank, der Deutschen Bank, wird von Wuppertal aus in 19 bundesweit gestreuten Filialen der Gefa Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH sowie deren Tochtergesellschaften Gefa Leasing und Efgee Gesellschaft für Einkaufsfinanzierung ergänzt. Das 1929 in Berlin als Gefi entstandene und 1949 als Gefa neugegründete Institut nahm seinen Sitz – wie das Schicksal so spielt – in Wuppertal, weil hier im bombenzerstörten Zentrum ein halbwegs intaktes Gebäude vorhanden war.

Während die Gefa Investitionskredite für mobile Güter vom Bürogerät bis zur Maschine herauslegt und im Absatzkredit, im Factoring und im Mietkauf tätig ist, betreibt Gefa Leasing seit 1968 als eines der führenden Institute auf dem Markt die Vermietung von beweglichen Investitionsgütern vor allem für die mittelständische Wirtschaft. Die Efgee dagegen betreibt das Konsumentenkreditgeschäft mit Privatpersonen. Die Bilanzsumme der drei Institute liegt bei rund 2,4 Milliarden Mark, das Geschäftsvolumen von Gefa Leasing allein bei 1,1 Milliarden Mark.

Eine ähnliche Geschäftsausrichtung hat auch die AKF Kreditbank GmbH & Co. und die AKF Leasing mit einer Bilanzsumme von rund 120 Millionen Mark. Das Leasinggeschäft ist hier ganz überwiegend auf EDV-Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen ausgerichtet. Das Ratenkreditgeschäft hat kontinuierlich an Gewicht verloren, da immer weniger Teilzahlungskredite für Erzeugnisse der Firmengruppe Vorwerk & Co. anfielen. Vorwerk und das Privatbankhaus Delbrück & Co, Köln, sind die AKF-Alleingesellschafter.

HARALD POSNY

Redaktion: Harald Posny, Düsseldorf
Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg
ISSN: 0722 – 1452



Skulptur der „Barmenia" vor dem Rathaus Wuppertal-Barmen (Sinnbild für Schutz und Sicherheit)

